

<i>Hans Christoph Binswanger über Wirtschaftstheorie</i>	10
<i>Heiner Flassbeck über Meinungsmache</i>	12
<i>Bernhard Suttner über Ordoliberalismus</i>	18
<i>Günter Grzega über Gemeinwohl-Ökonomie</i>	28
<i>Ideen für die Zukunft der Parteien und der ÖDP</i>	45



**Das ÖDP-Journal**  
Nr. 171 August 2016

# Ökologie Politik



*Wirtschaft, Gemeinwohl & Demokratie*

## UMSCHAU

Ökolumne: Der Brexit	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

## WIRTSCHAFT, GEMEINWOHL & DEMOKRATIE

Theorie und Wirklichkeit <b>„Woran sich Wirtschaftspolitik orientiert, ist recht willkürlich“</b> Interview mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger	10
Meinungsmache <b>Der neue ifo-Präsident: alle Vorurteile dieser Welt</b> von Prof. Dr. Heiner Flassbeck	12
Steuersystem <b>Sozial und ökologisch wahre Preise steigern das Gemeinwohl</b> von Björn Klusmann	14
Soziale Ungleichheit <b>Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen</b> von Dr. Jörg Nowak	16
Ordoliberalismus <b>Die Antwort auf Markt-Chaos ist nicht Planwirtschaft</b> von Bernhard Suttner	18
Nachhaltige Wohlfahrt <b>Anleitung zum Umbau unserer Wirtschaftsordnung</b> von Gerd Zeitler	20
Politikversagen <b>Haben wir nicht längst eine „Gemeinwohl-Ökonomie“?</b> von Dr. Klaus J. Klumpers	24
Gemeinwohl-Ökonomie <b>„Ein demokratisches, offenes System“</b> Interview mit Günter Grzego	28
Systemisches Konsensieren <b>„Möglichst viele Grautöne sichtbar machen“</b> Interview mit Jörn Wiedemann	32
Solidarische Ökonomie <b>„Ressourcen als Gemeingüter verstehen und schützen“</b> Interview mit Elisabeth Voß	34
Freihandelsabkommen <b>Auf dem Weg zur Diktatur der Konzerne</b> von Hermann Striedl	38

## ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	42
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	43
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	44
Zukunft der Parteien <b>Mit guten Ideen in eine erfolgreiche Zukunft</b> von Florence von Bodisco und Pablo Ziller	45
Parteiendemokratie <b>Sechs Thesen zum weiteren Aufbau der ÖDP</b> von Dr. Claudius Moseler	47
Verbände	49
Neues aus der ÖDP	57
Presseticker	68
Leserbriefe	70
Impressum	71

Foto: Günther Hartmann  
Titelfoto: Thorben Wengert/pixelio.de

## Liebe Leserinnen und Leser,

„... und im Übrigen muss die neoliberale Wirtschaftsideologie überwunden werden“, sagt Papst Franziskus. Seltsamerweise gibt es gar keine Partei, die sich offen zu einem Neoliberalismus bekennt oder ihn gar im Namen trägt – im Gegensatz zu sozialistischen und kommunistischen Parteien. Der Neoliberalismus agiert im Hintergrund. Er ist für die Finanzkrise 2007/08 verantwortlich, für das groß angelegte Verschieben von Kapital in Steuerparadiese, für Schief lagen staatlicher Haushalte, für die Zunahme der Armut in reichen Staaten, für eine tief greifende Verunsicherung der Mittelschicht, für den Aufstieg der AfD in Deutschland und von Donald Trump in den USA – trotzdem tut die Politik so, als hätten diese Phänomene nichts miteinander zu tun, als hätten sie keine gemeinsame Ursache.

Der Neoliberalismus, 1938 auf einer Versammlung von Wirtschaftstheoretikern in Paris gegründet, seither von wohlhabenden Kreisen üppig gefördert, ist heute allgegenwärtig, obwohl er seit den 1950er-Jahren nicht mehr unter seinem Namen auftritt. Seine Dogmen werden als eine Art Naturgesetz verbreitet. Konkurrenzdenken und Wettbewerb gelten als zentrales Wesensmerkmal des menschlichen Daseins – fast schon als metaphysische Wahrheit, als höchstes kosmisches Prinzip. Der Markt wird glorifiziert, soziale Ungleichheit zu etwas Tugendhaftem umgedeutet. Bemühungen für mehr soziale Gleichheit oder den Schutz der Umwelt werden als Angriff auf die Freiheit oder als Gefährdung internationaler Wettbewerbsfähigkeit bekämpft.

Die Wirklichkeit hat zwar schon oft bewiesen, dass sich die damit verbundenen Heilsversprechen nicht erfüllen, trotzdem treibt der Neoliberalismus sein Unwesen bis heute munter weiter. Wie kann das sein? „Es reicht nicht aus, ein defektes System zu bekämpfen“, schrieb dazu kürzlich der britische Journalist George Monbiot. „Es kommt darauf an, eine schlüssige Alternative vorzuschlagen. Die zentrale Aufgabe ist, so etwas wie ein ökonomisches Apollo-Programm zu entwickeln, ein bewusster Versuch, eine neues System zu entwerfen, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird.“ Die ÖDP bemüht sich schon seit Langem darum. Dieses Heft zeigt richtungsweisende, aber auch durchaus kontroverse Ansätze.

Viel Spaß beim Lesen, Mitdenken und Diskutieren!

Günter Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann  
Verantwortlicher  
Redakteur



Pablo Ziller  
Stellv. Verantwortlicher  
Redakteur



Ökolumne von Ulrich Brehme

## Der Brexit

In Großbritannien hat das Volk mehrheitlich entschieden, dass das Land die EU verlassen soll. In Nordirland und Schottland war die Mehrheit für den Verbleib in der EU. Besonders ältere und arme Schichten haben für den Austritt gestimmt. Die politische Elite trat in diesem Wahlkampf führunglos und widersprüchlich auf. Auf der Seite der Vertreter für den EU-Austritt waren Globalisierungsverlierer, Radikalliberale (die gegen die Regulierung und Bürokratie aus Brüssel sind) und Extremisten.

Die Globalisierungsverlierer haben das Vertrauen in den Staat verloren. Die Glaubwürdigkeit der Eliten ist für sie auf allen politischen Ebenen zusammengebrochen. Sie wollen ein Europa, das Grenzen hat, ein Europa das seine wirtschaftlichen Interessen verteidigt. Das sind nicht nur Milchbauern, die gerade brutal nach der Marktlogik aussortiert werden. Das sind Menschen, die das Gefühl materieller Sicherheit verloren haben. Zu den Globalisierungsverlierern gehören auch die Opfer der Globalisierung wegen strategischer Fehler in der Industriepolitik, Menschen, die das elitäre Bildungssystem und die falsche Überwachungs politik kritisieren. Hinzu kommt die Angst vor Wirtschaftsflüchtlings aus EU-Staaten, die man nicht zurückweisen kann, wenn man am Binnenmarkt teilnehmen möchte. Großbritannien hat 2004 – anders als Deutschland und

Österreich – sofort die Grenzen für die neuen EU-Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa geöffnet. Heute leben dort 850.000 Polen, insgesamt 3,3 Mio. EU-Einwanderer. Die Zahl der Commonwealth-Einwanderer stieg seit 2004 von 3,7 auf 5,5 Mio.

### Die Polarisierung zwischen Pro- und Contra-EU wird in Europa weiter zunehmen.

Diese konkurrieren vor allem um die Jobs im Niedriglohnsektor.

Die Aushandlung eines weitgehenden Handelsabkommens zwischen Großbritannien und der EU kann bis zu 10 Jahre lang dauern. Für ein solches Abkommen wird eine einstimmige Mehrheit aller 27 Mitgliedsstaaten nötig sein. Bis dahin besteht für Investoren das Risiko, ihre Produkte nicht frei in den EU-Binnenmarkt exportieren zu können. Die Folge wird ein starker Investitionsrückgang in Großbritannien über viele Jahre sein. Das wird auch die Abspaltungstendenzen von Nordirland und Schottland von England verstärken.

Auf der anderen Seite des Ärmelkanals ruft nun der Front National noch lauter nach einer Volksabstimmung. Ebenso in den Niederlanden, in Dänemark, in der Slowakei und in Tschechien. Die Polarisierung zwischen Pro- und Contra-EU wird in Europa weiter zunehmen. Gefahren für die EU entstehen vor allem dort, wo es zum Bündnis von Kon-

servativen mit den Anti-Europäern kommt.

Die europäische Idee braucht wieder mehr Verteidiger. Aus dem „Friedensprojekt Europa“ folgte Integrations schritt auf Integrations schritt. Aber neben mangelnden demokratischen Strukturen in der EU gibt es viele strittige Themen. Die EU muss wieder zu einer Stabilitätsunion werden, die nach wettbewerblichen Prinzipien organisiert ist. Die deflationäre Geldpolitik der EZB, die mit negativen Zinsen Sparer enteignet, aber die massive Regelbrechung einiger Staaten toleriert und diese Staaten damit be-

günstigt, zerstört das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit der EU. Wie lange kann der „Kasino-Kapitalismus“ noch so weitergehen? Wann platzt die nächste Blase?

Die Verluste der Finanzindustrie werden sozialisiert und das Haftungsprinzip ausgehebelt. 75 % der Deutschen sind für eine Beteiligung des Finanzsektors an Kosten der Finanzkrise, 57 % würden die Einführung einer Finanztransaktionssteuer noch in diesem Jahr befürworten. Bisher war eine Umsetzung des Gesetzentwurfs dazu aber ebenso wenig realisierbar wie mit den 19 Ländern der Euro-Gruppe. Immer weiter gehen die Versuche der EU-Kommission an den Parlamenten vorbei, Handelsabkommen zu beschließen, die die rechtsstaatliche Bindung der Wirtschaft aushebeln. Immerhin wird jetzt wohl das AKW-Projekt in England endgültig zusammenbrechen. In der EU fehlt auch die glaubwürdige Umsetzung eines Strukturwandels hin zu erneuerbaren Energien. ■

## Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

### EZB rettet Unternehmen durch Kauf von Anleihen

Die Europäische Zentralbank kauft nun auch direkt Anleihen von Unternehmen. Angeblich will sie auf diese Weise dafür sorgen, dass die Anleihezinsen sinken. Das könnte aber zur Folge haben, dass faule Kredite durch EZB-Anleihen ersetzt werden. Auf diese Weise können Unternehmen saniert werden, bei denen eigentlich deren Gläubiger haften müssten. Doch so muss am Ende der europäische Steuerzahler die Konsequenzen einer verfehlten Unternehmenspolitik tragen.

» <http://tinyurl.com/jg94hlt>

### Gewaltige Mengen Antibiotika in der Tiermast

Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) veröffentlicht jährlich Zahlen, aus denen hervorgeht, welche Antibiotika-Mengen an deutsche Tierärzte abgegeben werden. Demnach wurden 2011 insgesamt 1.706 t Antibiotika eingesetzt – fast doppelt so viel wie vermutet. Seitdem sinken die Abgabemengen jedoch – laut aktuellen Zahlen bis 2014 auf 1.238 t. Gerade die Behandlung von gesunden Tieren mit Antibiotika kann die Entstehung resistenter Bakterien begünstigen.

» <http://tinyurl.com/h557f4u>

### Energiewende für Klimaschutz zu langsam

Um die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, müsste Deutschland erheblich mehr Ökostrom produzieren, als bislang geplant. Das zeigt eine neue Studie der Berliner Hochschule für Technik und Wirt-



Foto: Uwe Schlick/pixelio.de

## Internationales Monsanto-Tribunal in Den Haag

Wie bekannt wurde, will der deutsche Pharma-Konzern Bayer den amerikanischen Biotechnologie-Konzern Monsanto kaufen. Der ist bekannt und gefürchtet für seine aggressive Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut und darauf abgestimmten Pestiziden – mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Vom 14. bis 16. Oktober 2016 wird ihm in Den Haag deshalb „der Prozess gemacht“. Das sogenannte „Monsanto-Tribunal“ befasst sich mit diesen Verbrechen gegen die Umwelt in Form des Ökozids, dessen Aufnahme ins internationale Strafrecht bereits vorgeschlagen wurde. Unterstützen Sie die Initiative mit Ihrer Unterschrift und einer Spende!

» [www.monsanto-tribunal.org](http://www.monsanto-tribunal.org)



International Monsanto Tribunal in The Hague

14 - 16 October 2016

For crimes against humanity and ecocide

Patronage, Marie-Monique Robin

[www.monsanto-tribunal.org](http://www.monsanto-tribunal.org)

schaft, die neben dem Stromsektor auch den Energiebedarf von Verkehr, Wärmeversorgung und Industrie untersucht. Demnach braucht Deutschland spätestens im Jahr 2040 jährlich 1.320 TWh erneuerbaren Strom – mehr als doppelt so viel wie heute. Die Wind- und Solarenergie muss deshalb 3- bis 6-mal schneller ausgebaut werden, als von der Bundesregierung geplant. Erforderlich ist zudem ein rascher Abschied von fossilen Treibstoffen im Verkehrssektor.

» <http://tinyurl.com/h268pcd>

### Deutsche Exportkredite für Kohlekraftwerke

Die Exportkreditagenturen der USA und Frankreichs haben bereits Einschränkungen für die Kohlefinanzierung beschlossen, Deutschland und Japan dagegen

nicht. Derzeit sind Garantien im Umfang von 530 Mio. Euro in Bearbeitung. Rund die Hälfte entfällt auf Kroatien, der Rest auf Projekte in Kasachstan, Südafrika, Griechenland und Russland. Die G7-Staaten haben laut einer Studie von Umweltschutzorganisationen zwischen 2007 und 2015 mehr als 42 Mrd. Dollar für



Foto: Kurt F. Dommik/pixelio.de

Kohleprojekte bereitgestellt. Am höchsten war der Anteil von Japan, gefolgt von Deutschland.

» <http://tinyurl.com/z3duhvj>

## Kriege um Erdöl und Erdgas statt Energiewende

Jeden Tag verbraucht die Welt 90 Mio. Fass Erdöl: die EU 15 Mio. Fass, die USA 20 Mio. Fass. Die Industrienationen sind also hochgradig süchtig nach Erdöl. Zudem brauchen sie viel Erdgas. Um sich die knapper werdenden Ressourcen zu sichern, werden Konflikte geschürt und militärische Operationen durchgeführt. Von den



Screenshot: www.youtube.com

Regierungen werden die wahren Motive nie genannt, stattdessen die öffentliche Meinung massiv manipuliert. Wie die Kriegs- und PR-Strategien aussehen, untersucht der schweizerische Historiker Daniele Ganser. Sein Vortrag, den er auf Einladung der ÖDP München am 30. Mai 2016 im Leo17 hielt, ist auf YouTube zu sehen.

» [www.youtube.com/watch?v=UmGzQhaiJ9I](http://www.youtube.com/watch?v=UmGzQhaiJ9I)

## Verfassungsbeschwerde gegen CETA

Ein Aktionsbündnis der drei Nichtregierungsorganisationen Campact, Foodwatch und Mehr Demokratie initiiert eine Bürger-Verfassungsbeschwerde gegen das geplante Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada. Denn es höhlt die demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie der von diesen gewählten Abgeordneten aus. Nach Plänen der EU soll das Abkommen bereits „vorläufig“ in Kraft treten, ohne dass der Deutsche Bundestag und die Parlamente der anderen EU-Staaten darüber abgestimmt haben. „Die bisherige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts lässt nur den Schluss zu, dass völkerrechtliche Verträge eines solchen Inhalts nicht mit dem Grundgesetz übereinstimmen“, sagte Prof. Bernhard Kempen, Direktor des Instituts für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht an der Universität Köln, der das Aktionsbündnis als Prozessbevollmächtigter vertritt. Unterstützen Sie die Bürgerklage „Nein zu CETA“ mit Ihrer Unterschrift!

» [www.ceta-verfassungsbeschwerde.de](http://www.ceta-verfassungsbeschwerde.de)



## EU verschiebt Entscheidung über Glyphosat

Im Juni 2016 lief die EU-weite Genehmigung für das Pestizid Glyphosat aus. Nachdem bei einer Probeabstimmung Anfang März nicht genügend Stimmen für die Wiederzulassung für weitere 15 Jahre zusammenkamen, vertagte die EU-Kommission die Entscheidung. Deutschland enthielt sich bei den Abstimmungen, da sich die SPD dagegen ausgesprochen hatte. Glyphosat ist das in Deutschland – 40% der Ackerfläche! – und der Welt am häufigsten eingesetzte Pestizid. Laut Krebsforschungsagentur der WHO ist es wahrscheinlich krebserregend und zerstört die biologische Vielfalt. In Argentinien ist in der Provinz Cordoba, der Region mit dem höchsten Anteil an gentechnisch veränderten Pflanzen und damit auch mit dem intensivsten Einsatz

von Glyphosat, auch die Zahl der Missbildungen bei Neugeborenen am höchsten.

» <http://tinyurl.com/z2wybq>

## NATO erklärt Cyberspace zum Einsatzgebiet

Den Cyberspace künftig als eigenständiges Einsatzgebiet zu betrachten, beschlossen die NATO-Verteidigungsminister am 14. Juni 2016 bei ihrem Treffen in Brüssel. Das bedeutet: Künftig können auch Cyber-

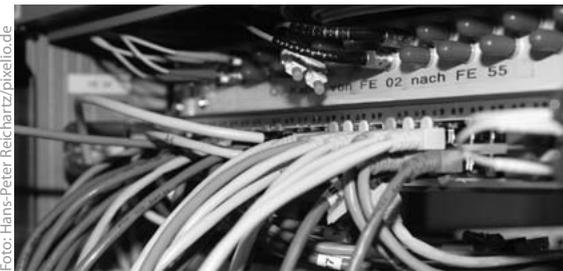


Foto: Hans-Peter Reichartz/pixelio.de

Angriffe den „Bündnisfall“ auslösen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, Angriffe über Datennetze würden künftig wie solche durch Land-, See- oder Luftstreitkräfte behandelt.

» <http://tinyurl.com/zwdp5k2>

## Gerichtsurteil erklärt Küken-Töten für rechtens

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster entschied am 20. Mai 2016 über einen Erlass von NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) aus dem Jahr 2013. Der sogenannte „Rimmel-Erlass“ sollte das systematische Töten von männlichen Küken in den Brüttereien stoppen. Doch dies ist laut OVG nicht rechtens. Seiner Ansicht nach schafft das Tierschutzgesetz keine Ermächtigungsgrundlage für einen solchen Erlass. In Deutschland werden jährlich 40 bis 50 Mio. männliche Küken der Lege-Rassen gleich nach dem Schlüpfen getötet, weil sie als wertlos eingeschätzt werden. Sie legen keine Eier und eignen sich nicht zur Mast.

» <http://tinyurl.com/zp2nl9h>

## Trump kündigt Ende der Klimaschutzpolitik an

Der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump will so gut wie alle wichtigen klimapolitischen Entscheidungen aufheben, wenn er gewählt

würde. „Wir werden all diese Jobs zerstörenden Anweisungen von Präsident Obama außer Kraft setzen“, erklärte er Ende Mai auf einer Öl- und Gaskonferenz in North Dakota. Die Ankündigungen machte er bei der Vorstellung seines eigenen Energieplans. Er will jegliche Beschränkungen bei der Erdgasförderung mittels Fracking, bei Offshore-Ölbohrungen sowie bei Öl- und Gasproduktion auf bundeseigenem Land aufheben, sämtliche US-Finanzierungen für Klimaprogramme der Vereinten Nationen beenden und Zusagen der USA nach dem Pariser Abkommen zurückziehen.

» <http://tinyurl.com/fj3duem>

## BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

### Kein neues Tierversuchslabor in Freiburg!

An der Freiburger Uniklinik soll ein neues Tierversuchslabor mit einer Haltungskapazität von 10.000 Mäusen sowie für eine unbekannte Anzahl Frösche und Fische entstehen, in dem vorwiegend Forschung an genmanipulierten Tieren gemacht werden soll. Der jährliche „Verbrauch“ wird bei 470.000 Tieren liegen. Auftraggeber des „IMITATE“ (Institute for Disease Modeling and Targeted Medicine) ist Baden-Württemberg. Finanziert wird das Projekt von Bund und Land, also vom Steuerzahler. Veranschlagt sind unterschiedlichen Quellen zufolge 40 bis 57 Mio. Euro. Schreiben Sie an das Universitätsbauamt und fordern Sie es auf, keine Gelder in Tierversuchlabore zu investieren:

Land Baden-Württemberg; Universitätsbauamt Freiburg  
Herrn Max Verfondern; Starkenstraße 44; 79104 Freiburg  
E-Mail: [poststelle.ubafr@vbw.bwl.de](mailto:poststelle.ubafr@vbw.bwl.de)

Sehr geehrter Herr Verfondern,

mit Entsetzen habe ich vom geplanten Tierversuchslabor IMITATE am Freiburger Uniklinikum erfahren. Unter anderem sollen dort Mäuse genmanipuliert werden, vorgeblich, um Krankheiten zu simulieren. Tatsächlich jedoch belegen wissenschaftliche Studien immer wieder aufs Neue, dass eine Übertragung von Ergebnissen aus Tierversuchen auf den Menschen ein unkalkulierbares Risiko ist, wie nicht zuletzt die Arzneimittelkatastrophe in Frankreich vor wenigen Monaten erneut gezeigt hat.

Ich fordere Sie auf, keine Tierversuchlabore in Auftrag zu geben oder zu bauen und stattdessen die Steuermillionen in zukunftsweisende tierversuchsfreie Forschung zu investieren, die kranken Menschen zugutekommt.

Mit freundlichen Grüßen

## Bücher

### Soziale Ungleichheit & Demokratie

Marcel Fratzscher  
**Verteilungskampf**  
 Warum Deutschland immer ungleicher wird  
 Hanser, März 2016  
 264 Seiten, 19,99 Euro  
 978-3-446-44465-2



Wohlstand für alle – das Motto gehört in Deutschland der Vergangenheit an. In kaum einem Industrieland herrscht bei Einkommen und Vermögen eine solch hohe Ungleichheit. In kaum einem Industrieland haben es Niedrigverdiener schwerer, in höhere Einkommensklassen aufzusteigen. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen fast zwei Drittel des Vermögens. Und diese Ungleichheit nimmt stetig zu. Der Autor, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, erläutert, was die Politik tun muss, um die Spaltung unserer Gesellschaft abzuwenden. (gh)

### Handel, Marketing & Konsum

Sina Trinkwalder  
**fairarscht**  
 Wie Wirtschaft und Handel die Kunden für dumm verkaufen  
 Knaur, April 2016  
 208 Seiten, 12,99 Euro  
 978-3-426-78794-6



Deftig geschrieben, vermittelt das Buch neues Wissen über Handel und Marketing. Zunächst beschreibt es, wie sich unser Konsumverhalten in den letzten Jahrzehnten geändert hat, dann werden Missstände dargestellt – unter anderem: wieso in der konventionellen Milchpackung vom Discounter manchmal Biomilch zu finden ist; wie westliche Unternehmen von Sicherheitsmaßnahmen für Näher in Bangladesch profitieren (letztere jedoch nicht); warum „Made in Germany“ nicht bedeuten muss, dass etwas fair produziert wurde; welche Konzerne sich hinter manch beschaulich wirkenden Biobetrieben verbergen. Fazit: Wenn wir eine faire und nachhaltige Wirtschaft wollen, dürfen wir keinen Logos, Siegeln oder sonst etwas vertrauen, sondern müssen unser Gehirn einschalten – und vor allem: weniger konsumieren. (ub)

### Weltbilder, Bewusstsein & Handeln

David C. Korten  
**Change the Story, Change the Future**  
 Weltsichten und ökonomischer Wandel  
 Phänomen, November 2015  
 198 Seiten, 19,90 Euro  
 978-84-943147-4-2



Wir Menschen definierten unser Selbstverständnis und unser Handeln seit jeher über Geschichten. Die Wirtschaft als einflussreichste Kraft unserer Zeit arbeitet mit einer eher armseligen Annahme: Wir seien konsumgetriebene, geldgierige Roboter, die durch Konsum ein wenig Ablenkung von unserer Bedeutungslosigkeit erhalten. Diese Weltsicht gilt es zu überwinden, zu ersetzen durch eine authentischere Erzählung, in der das Wunder, dass überhaupt etwas existiert, und die Unbegreifbarkeit des Lebens und Bewusstseins im Mittelpunkt stehen. (gh)

### Flucht, Flüchtlinge & Integration

Rupert Neudeck  
**In uns allen steckt ein Flüchtling**  
 Ein Vermächtnis  
 C. H. Beck, Juli 2016  
 176 Seiten, 14,95 Euro  
 978-3-406-69920-7



Der am 31. Mai 2016 verstorbene Journalist und vielfach ausgezeichnete Aktivist – unter anderem war er Mitbegründer der Hilfsorganisation „Cap Anamur/Deutsche Notärzte“ und Vorsitzender der „Grünhelme“ – blickt auf seine umfangreichen und vielfältigen Erfahrungen zurück, beschreibt anschaulich, was es für Menschen bedeutet, auf der Flucht zu sein, und geht der Frage nach, unter welchen Voraussetzungen die Integration der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge gelingen kann. Er ist dabei Idealist und Realist zugleich. (gh)

### Stellvertreterkriege, Geld & Drogen

Alfred W. McCoy  
**Die CIA und das Heroin**  
 Weltpolitik durch Drogenhandel  
 Westend, März 2016  
 688 Seiten, 24,00 Euro  
 978-3-86489-134-2



Bei seinen Recherchen befragte der Autor zahlreiche Politiker, Militärs,

Geheimdienstler und Drogenbarone. Dabei zeigte sich: Mit Drogenherstellern und -händlern Politik zu betreiben, gehört seit 50 Jahren zur Strategie der CIA. Ganz gleich, ob in Südostasien, am Hindukusch, im Nahen Osten oder in Südamerika, ob in den 1960er-Jahren oder in der Gegenwart: Die Geschehnisse laufen stets nach einem ähnlichen Muster ab, lediglich das Feindbild ändert sich. (gh)

### Lobbyismus, Politik & Medien

Björn Wendt,  
 Marcus B. Klöckner u. a. (Hrsg.)  
**Wie Eliten Macht organisieren**  
 Bilderberg & Co.: Lobbying, Think Tanks und Mediennetzwerke  
 VSA, April 2016  
 256 Seiten, 19,80 Euro  
 978-3-89965-696-1



Wer sind die wirklich Mächtigen in unserer Gesellschaft? Wie organisieren sie sich? Welchen Einfluss üben sie tatsächlich aus? Und wie? Komplexe Fragen, komplexe Antworten. Neben einem Überblick über den Stand der Eliten- und Machtstrukturforschung behandelt das Buch den Einfluss von Lobbyorganisationen auf Politik und Medienberichterstattung. Auch die sogenannte „Bilderberg-Gruppe“ – ein Netzwerk aus 140 Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Medien, das sich jedes Jahr trifft und hinter verschlossenen Türen debattiert – wird dargestellt, steht aber nicht im Zentrum der Betrachtungen. (gh)

### Erstaufnahme & Einwandererviertel

Peter Cachola Schmal,  
 Oliver Elser,  
 Anna Scheuermann (Hrsg.)  
**Making Heimat. Germany, Arrival Country**  
 Hatje Cantz, Juni 2016  
 288 Seiten, 9,80 Euro  
 978-3-7757-4141-5



Der Katalog zur Ausstellung im Deutschen Pavillon auf der diesjährigen Architekturbiennale in Venedig geht vor allem der Frage nach, was mit den Flüchtlingen, die bei uns bleiben, mittel- und langfristig geschehen soll, wie sich die Neuankömmlinge am besten in unsere Gesellschaft integrieren lassen. Die vom kanadischen Journalisten Doug Saunders in

seinem Buch „Arrival City“ veröffentlichten Analysen und Thesen wurden auf Deutschland übertragen und Stadtteile mit hohem Ausländeranteil untersucht. Dabei zeigt sich, dass viele als „Ghettos“ verunglimpfte Gegenden durchaus positive Eigenschaften haben – oder zumindest haben könnten. (gh)

### Geostrategie & Bürgerkriegsarmeen

Tim Anderson  
**Der schmutzige Krieg gegen Syrien**  
 Washington, Regime Change, Widerstand  
 Liepsen, Juni 2016  
 280 Seiten, 15,00 Euro  
 978-3-9812703-9-6



Schwer durchschaubar ist der Bürgerkrieg in Syrien. Kritiker halten den USA vor, sie hätten die Lage falsch eingeschätzt, deshalb falsch gehandelt. Dem widerspricht der australische Soziologe. Seiner Auffassung nach ist die aktuelle Situation das gewollte Ergebnis der geostrategischen Konzeption eines „Neuen Mittleren Ostens“. Zwar treten die USA in diesem Konflikt als Akteure nur am Rande in Erscheinung, haben aber durch Stellvertreterarmeen systematisch die gewachsenen Strukturen Syriens zerschlagen lassen. Das Ziel ist ein Regime Change, vielleicht sogar die Schaffung neuer Mini-Staaten. (gh)

### Digitalisierung & Demokratieabbau

Harald Welzer  
**Die smarte Diktatur**  
 Der Angriff auf unsere Freiheit  
 S. Fischer, April 2016  
 320 Seiten, 18,99 Euro  
 978-3-10-403686-1



Der Soziologe und Sozialpsychologe liefert eine bestechende Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. Seine Hauptthese: Die Digitalisierung ist eine wesentliche Triebkraft zu Hyperkonsum, Ressourcenverschwendung und Klimakatastrophe, ein Katalysator auf dem Weg in den smarten Totalitarismus. Unsere parlamentarische Demokratie verwandelt sich schleichend in eine Diktatur, in der Autonomie und Freiheit mithilfe digitaler Medien aufgehoben sind und staatliche Ordnung dem Diktator weniger Konzerne weicht. Widerstand ist jedoch durchaus möglich. (ph)

Theorie und Wirklichkeit

## „Woran sich Wirtschaftspolitik orientiert, ist recht willkürlich“

Einer der großen Vordenker der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zeigt in seinem neuen Buch, wie eindimensional die heutige Wirtschaftstheorie und -politik denkt und agiert. Um den großen Herausforderungen der Gegenwart gerecht zu werden, darf sie nicht länger nur um sich selbst kreisen, sondern muss ihren beschränkten Tunnelblick öffnen und die ganze Wirklichkeit wahrnehmen.

Interview mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Binswanger, wir kennen Sie als brillanten Wirtschaftswissenschaftler und Vordenker der ökologischen Steuerreform. Ihr neues Buch ist verblüffend „unwissenschaftlich“. Es reflektiert über Texte des Alten und Neuen Testaments, über Werke Goethes und anderer Dichter, über Poesie und Träume. Warum?

Prof. Dr. Hans C. Binswanger: In meinem Buch „Die Wachstumsspirale“, das 2006 erschien, habe ich eine neue ökonomische Theorie vor-

derere auch sein Hauptwerk, in der er seine Theorie der „Daseinsanalyse“ darlegt. Einen direkten Bezug von seinen zu meinen Überlegun-

„Leider ist die konventionelle Wirtschaftstheorie nicht in der Lage, die Wirtschaft in ihrer aktuellen Wirklichkeit zusammenhängend zu erklären.“

gelegt, die rein fachwissenschaftlich konzipiert ist. Um die Wirtschaft in ihrer ganzen Wirklichkeit und Wirksamkeit zu verstehen, muss man aber die fachwissenschaftlichen Grenzen überschreiten und auch Erkenntnisse einbeziehen, die aus sogenannten „unwissenschaftlichen Quellen“ stammen, wie etwa aus der Bibel oder der Literatur. Damit habe ich mich in meinem neuen Buch beschäftigt. Es ist erstaunlich, wie erhellend diese Erkenntnisse für die Erfassung ökonomischer Zusammenhänge sein können!

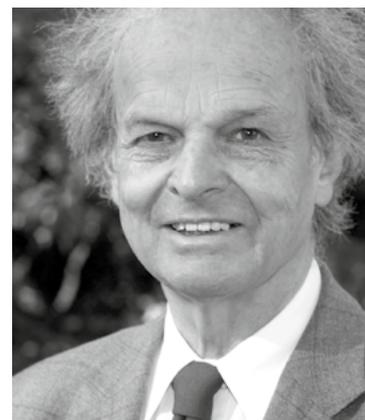
Ihr Onkel ist der bekannte Psychiater Ludwig Binswanger, der Begründer der Daseinsanalyse. Welchen Einfluss hatte er auf Sie und Ihr Denken?

Ich habe die meisten Bücher meines Onkels gelesen, insbeson-

gen gibt es allerdings nicht. Er ist aber vorbildlich für mich gewesen bezüglich des umfassenden Einbezugs der Literatur in seine wissenschaftlichen Überlegungen.

In Ihrer Familie gibt es ja gleich einige Psychiater. Warum haben Sie selbst sich der Wirtschaftswissenschaft zugewandt?

Als ich mich im letzten Jahr meiner Schulzeit für ein Studium entscheiden musste – es war am Ende der Nachkriegszeit –, wurde mir deutlich, dass in der Zukunft vor allem die wirtschaftliche Entwicklung prägend sein würde und daher ein genaueres Verständnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge wichtig sei, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Ich habe mich nicht darin getäuscht und daher auch nie bereut, mich für das Stu-



Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Jahrgang 1929, lehrte von 1969 bis zu seiner Emeritierung 1994 Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Zu seinen Arbeits- und Forschungsschwerpunkten zählen Umwelt- und Ressourcenökonomie, Geldtheorie, Geschichte der Wirtschaftstheorie und Europäische Integration. Sein Hauptinteresse gilt seit den 1960er-Jahren dem Zusammenhang von Ökonomie und Ökologie. Er entwickelte die Idee einer ökologischen Steuerreform und gilt als profiliertes nicht-marxistischer Geld- und Wachstumskritiker.

[www.alexandria.unisg.ch/persons/930](http://www.alexandria.unisg.ch/persons/930)

dium der Ökonomie entschieden zu haben.

Die heutige Wirtschaftspolitik ist teilweise ziemlich irrational. Woher kommt das?

Leider ist die konventionelle Wirtschaftstheorie, wie sie heute an den Universitäten gelehrt wird, nicht in der Lage, die Wirtschaft in ihrer aktuellen Wirklichkeit zusammenhängend zu erklären. Sie bildet daher auch keine Grundlage für eine Wirtschaftspolitik, die in sich logisch kohärent sein könnte. Woran sich die Wirtschaftspolitik orientiert, ist daher recht willkürlich und erscheint somit oft auch als irrational.

Welche „Therapie“ braucht die heutige Wirtschaftswissenschaft, um

eine taugliche Basis für die Wirtschaftspolitik zu sein?

Die konventionelle Wirtschaftstheorie baut auf einem Modell auf – es handelt sich um das sogenannte „Modell des allgemeinen Gleichgewichts“ –, in dem weder Geld noch Energie vorkommen, obwohl diese die tragenden Grundlagen der heutigen Wirtschaft sind. Um die ökonomische Theorie praxistauglich zu machen, müssen Geld und Energie in sie eingebaut werden. Dies bedeutet eine Überwindung des statischen Konzepts des Gleichgewichts und eine Hinwendung zu einer Konzeption der dynamischen Entwicklung, denn Geld und Energie sind ökonomisch nur in ihrer Dynamik erfassbar. In meinem eingangs erwähnten Buch „Die Wachstumsspirale“ habe ich versucht, einen Beitrag zu einer solchen Neuorientierung der Ökonomie zu leisten.

Brauchen wir denn überhaupt Wachstum?

In meinen Überlegungen komme ich zum Schluss, dass es ein gewisses Wachstum braucht, um die Marktwirtschaft – für deren Aufrechterhaltung ich plädiere! –

„Es gilt, durch institutionelle Reformen den Zwang und Drang zum Wachstum zu minimieren.“

zu erhalten. Es braucht aber kein beliebig hohes, sondern nur ein mäßiges Wachstum. In meinem Buch „Die Wachstumsspirale“ habe ich berechnet, dass ein Wachstum im globalen (!) Durchschnitt von 1,8% statt wie heute 4 bis 5% genügen würde.

Was sind die wichtigsten Maßnahmen, damit die Wirtschaft wieder dem Gemeinwohl dient?

Erstens gilt es, durch institutionelle Reformen den Zwang und

### BUCHTIPPS

Hans C. Binswanger  
**Die Wirklichkeit als Herausforderung**  
Grenzgänge eines Ökonomen

Murmann, Februar 2016  
150 Seiten, 20,00 Euro  
978-3-86774-538-3

Hans C. Binswanger  
**Die Wachstumsspirale**  
Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses

Metropolis, 2006/4.  
Auflage Januar 2013  
432 Seiten, 26,00 Euro  
978-3-89518-956-2



Drang zum Wachstum zu minimieren. Dabei geht es vor allem um Reformen im Bereich des Geldsystems und der Unternehmensverfassungen, insbesondere der Aktiengesellschaften, die in der gegenwärtigen Form einseitig auf Wachstum ausgerichtet sind. Zweitens müssen Bereiche der Wirtschaft, die außer-

halb der Marktwirtschaft stehen und auf Kooperation setzen, stärker ausgebaut werden. Drittens müssen zusätzliche Maßnahmen sowohl im sozialen wie im ökologischen Bereich, wie beispielsweise die ökologische Steuerreform, ergriffen werden. Die Realisierung solcher Reformen setzt ein entsprechendes Umdenken voraus. Dazu soll auch mein neues Buch dienen.

Herr Prof. Binswanger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Meinungsmache

## Der neue ifo-Präsident: alle Vorurteile dieser Welt

Die Aussagen der führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler klingen ziemlich ähnlich. Das liegt vor allem daran, dass von ihnen abweichende Meinungen nicht toleriert werden. Wer an Universitäten Karriere machen möchte, muss die dortigen Meinungsführer davon überzeugen, dass er ihre zentralen Überzeugungen teilt und in keiner Weise anzweifelt.

von Prof. Dr. Heiner Flassbeck

Der neue Präsident des ifo-Instituts, Clemens Fuest, sagte im Interview mit der Süddeutschen Zeitung: „Mehr Mindestlohn, mehr Arbeitslosigkeit!“ Und auf die Nachfrage, dass das umstritten sei: „Nicht wirklich. Die Grundaussage kann man nicht ernsthaft bestreiten.“ Zu Unternehmenssteuern: „Höhere Unternehmenssteuern oder Netto-Vermögenssteuern kosten Arbeitsplätze.“ Wieder muss man die Frage stellen, die uns so oft gestellt wird: Kann das bloß Ignoranz oder Unwissen sein? Viele werden sicher zu dem Urteil kommen, dass hier schlicht ein Lobbyist zum Präsidenten eines Instituts bestellt wurde, der das exekutiert, was ihm die deutsche Industrie einflüstert. Das mag sein, aber es hilft nicht weiter, wenn man dabei stehen bleibt.

Fuest ist der typische Fall eines in Deutschland in den einschlägigen konservativen Institutionen ausgebildeten Ökonomen. Er ist zudem Finanzwissenschaftler, was schwer wiegt, weil in diesem Fach in Deutschland traditionell eine Ausbildung vorherrscht, die eher zur Ausübung eines Buchhalterjobs qualifiziert als eines Gesellschaftswissenschaftlers. Man kann in die-

sem Fach (und in vielen anderen zumal) nur Karriere machen, wenn man in allen Fragen, von denen man nichts versteht, den Mainstream nachplappert. Sich einmal mit Hans-Werner Sinn in der Frage anlegen, ob es den neoklassischen Arbeitsmarkt wirklich gibt, kann

geschottet und die Meinungsführer haben sich quasi abgesprochen, keinen „Andersdenkenden“ mehr auf einen Universitäts-Lehrstuhl zu lassen – nur an einigen Fachhochschulen „dürfen“ auch weiterhin einige kritische Geister lehren. Man wollte endlich diese Keynesianer loswer-

*Die Meinungsführer haben sich quasi abgesprochen, keinen „Andersdenkenden“ mehr auf einen Universitäts-Lehrstuhl zu lassen.*

die gesamte Karriere kosten. Einmal einwenden, es könne auch Nachfrageprobleme geben, schon steht man als Keynesianer auf dem Index und ist quasi erledigt.

### Abschottung der deutschen Universitäten

Das klingt übertrieben, ist es aber nicht. Früher gab es einen einzigen Weg, wie man als kritischer Ökonom in Deutschland volkswirtschaftlich arbeiten konnte, das war der Weg über das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Auch der ist heute praktisch nicht mehr vorhanden. Die deutschen Universitäten haben sich schon vor mehr als zwanzig Jahren total ab-

den und in Deutschland die „reine Lehre“ der Neoklassik und der Ordnungspolitik predigen. Wichtige Institutionen für solche Absprachen sind schon immer der „Verein für Socialpolitik“ und die wissenschaftlichen Beiräte beim Wirtschafts- und beim Finanzminister gewesen.

Wenn man genau hinhört, kann man spüren, was da passiert. Man kann nach Fuests Aussage den einfachen Zusammenhang zwischen Mindestlohn und Arbeitslosigkeit nicht einmal ernsthaft bestreiten. Das ist absolut lächerlich, aber das ist genau der Ton, den dieser Mann sein ganzes Leben lang gehört hat und den er jetzt, wo er eine gewisse Position erreicht hat – nach unten –



Foto: ifo Institut

Der alte und der neue Präsident des ifo-Instituts: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn (links) und Prof. Dr. Clemens Fuest (rechts)

weitergibt. Das ist zwar von vornherein die Kapitulation vor der wissenschaftlichen Aufgabe, die da heißt, alles zu bestreiten und nichts nachzuplappern, weil es andere schon vorgeplappert haben. In diesem Fall ist das besonders schlimm, weil es eine übergroße Evidenz einschließlich der deutschen aus dem letzten Jahr gibt, die zeigt, dass der Zusammenhang so einfach niemals sein kann. Aber er weiß insgeheim, dass er aus allen „relevanten“ Zirkeln ausgeschlossen ist, wenn er hier auch nur den Anschein erweckt, es könne am Kern des Glaubens einen Zweifel geben.

Das politisch vorgegebene Tabu bei den Unternehmenssteuern macht er selbstverständlich mit, weil er weiß, dass man hier auf besonders vermintes Gelände trifft. Ein falsches Wort hier und man wird von den deutschen Industrie- und Arbeitgeberverbänden geächtet, was bei deren Omnipotenz für einen Institutspräsidenten bedeutet, aus vielen Kreisen ausgeschlossen zu werden, bei denen man eigentlich dabei sein muss.

### Anpassung ist Voraussetzung für Karriere

Wenn mich heute ein hochbegabter junger Volkswirt, der akademisch arbeiten will, fragt, wie er sich profilieren soll, um kritische Ökonomik zu machen, muss ich ihm sagen, dass er seinen kritischen Geist für zehn bis fünfzehn Jahre in einen Tresor einschließen soll, um ihn genau dann wieder herauszuholen, wenn er akademische Karriere gemacht hat. Ob das aber überhaupt möglich ist, muss man bezweifeln, weil man kaum über so lange Zeit den üblichen Kram mitmachen kann, ohne seinen Geist so dauerhaft in Richtung Mainstream zu verbiegen, dass man den Weg zurück nicht mehr findet.

Der Skandal heißt folglich nicht „Clemens Fuest“. Er ist nur einer von vielen, die fast beliebig austauschbar sind und von denen jeder Einzelne belanglos ist. Der eigentliche Skandal heißt „Selbstverwaltung einer Wissenschaft, die sich zur Religionsgemeinschaft entwickelt hat“ – ohne fürchten zu müssen, dass sie irgendwann enttarnt

### BUCHTIPPS

Heiner Flassbeck, Costas Lapavistas  
**Nur Deutschland kann den Euro retten**  
Der letzte Akt beginnt Westend, Februar 2015  
192 Seiten, 14,99 Euro  
978-3-86489-096-3



Heiner Flassbeck  
**66 starke Thesen zum Euro, zur Wirtschaftspolitik und zum deutschen Wesen**  
Westend, April 2014  
224 Seiten, 14,99 Euro  
978-3-86489-055-0



wird, weil die Aufsichtsbehörden in der Politik (also die Bildungsministerien vor allem) das absurde Spiel niemals infrage stellen würden. ■

Dieser Artikel erschien im April 2016 erstmals auf der Internetplattform „Flassbeck-Economics“ und wurde für die Zweitveröffentlichung in der ÖkologiePolitik leicht überarbeitet.

**Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Jahrgang 1950, Wirtschaftswissenschaftler, war von 1998 bis 1999 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium**



**und von 2003 bis 2012 Chef-Volkswirt der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD). Neben zahlreichen Artikeln und Büchern gab er seit 2013 die Internetplattform „Flassbeck-Economics“ heraus, die im Juni 2016 von der Internetplattform „Makroskop – Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft“ abgelöst wurde.**

[www.markroskop.eu](http://www.markroskop.eu)

## Steuersystem

# Sozial und ökologisch *wahre* Preise steigern das Gemeinwohl

Der demografische Wandel wirkt sich tief greifend auf die Sozialsysteme aus, das Bildungs- und Gesundheitswesen brauchen große Investitionen, Energiewende und Verkehrsinfrastruktur auch. Wie lässt sich das finanzieren? Ohne Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen wird es nicht gehen. Eine Chance, unser Steuersystem ökologischer und sozialer auszurichten!

von Björn Klusmann

**F**lüge von Berlin nach Köln werden heute für absurde 9,99 Euro angeboten – ein Preis, wie er nur zum Nachteil von Arbeitnehmern, Steuerzahlern und Umwelt entstehen kann. Ein Preis, der den Konsumenten nur eines signalisiert: immer mehr, immer weiter – aber immer auf Kosten der anderen. Diese Preispolitik wird durch eine verzerrte deutsche Steuer- und Subventionspolitik erst ermöglicht. Der Staat begünstigt unsoziales und umweltschädliches Verhalten, verzichtet auf Milliardeneinnahmen und gewährt sogar mehr als 50 Mrd. Euro umweltschädlicher Subventionen pro Jahr. Und das, obwohl schon heute klar ist: In Anbetracht der vielen Herausforderungen wird es in absehbarer Zeit ohne deutliche Ausgabenkürzungen oder Einnahmenerhöhungen nicht weitergehen. Spätestens an dieser Stelle schrillt bei manchen die Alarmglocke: Die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit wird bedroht. Doch mit „immer mehr, immer weiter“ kann es nicht vorwärtsgehen – die Ressourcen unserer Erde sind endlich.

Dabei schließen sich Wettbewerbsfähigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit gar nicht aus. Eine Steuer- und Finanzreform

kann konkrete Antworten auf die Frage liefern, wie wir in Zukunft wirtschaften, ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Sozial und ökologisch wahre Preise sorgen für effektiven Umweltschutz und machen Unternehmen fit für künftige

*Die Politik muss verlässliche Leitplanken setzen, damit gesellschaftsschädliche Fehlentwicklungen gar nicht erst auftreten.*

Herausforderungen – denn effizientes Wirtschaften wird sich immer durchsetzen. Höchste Zeit, sich der Erfahrungen mit der Ökologischen Steuerreform zu besinnen und einen neuen Anlauf für ökologisch wahre Preise zu nehmen.

## Preisreize besitzen großes Potenzial

Bereits in den 1990er-Jahren setzte sich die Erkenntnis durch, dass in einer Marktwirtschaft falsche Anreize gegeben werden, wenn Energie und Rohstoffe zu billig sind. „Kilowattstunden arbeitslos machen, nicht Menschen“ – damit brachte das FÖS-Gründungsmitglied Ernst Ulrich von Weizsäcker die Idee der Ökosteuer-Reform auf den Punkt.

Am 1. April 1999 trat die Ökologische Steuerreform in Kraft: Während die Steuersätze auf Mineralöl, Heizöl und Erdgas schrittweise anstiegen und für eine Kilowattstunde Strom 2 Pfennige (inzwischen 2,05 Cent) mehr zu bezahlen waren,

konnten die Rentenversicherungsbeiträge und somit die Lohnnebenkosten um 1,7% niedriger gehalten werden, die Sozialversicherungsbeiträge gegen den Trend sogar stabilisiert und gesenkt.

Mehrere Studien wiesen nach, dass die Ökosteuer als Innovationsantrieb wirkt und zu 250.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen führte. Zudem sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2010 durch die Ökosteuer-Reform um bis zu 3% zurückgegangen. Seit der letzten Ökosteuer-Stufe 2003 ist nichts mehr passiert – allein die Inflation sorgt seitdem dafür, dass Umweltschmutzung immer geringer besteuert wird und der Staatshaushalt real über 40 Mrd. Euro verloren

hat. Auch an anderen Stellen ist der Bedarf unübersehbar: Heizstoffe werden in Deutschland weit unter dem EU-Durchschnitt besteuert, Kraftstoff wie Diesel profitiert zu Unrecht von einem Steuervor-

stattdessen die Lohnnebenkosten gesenkt, von den Maßnahmen betroffene Akteure entlastet oder der Übergang der entsprechenden Sektoren, zu mehr Energieeffizienz oder einem besseren ÖPNV, erleich-

*Es darf nicht länger finanziell bestraft werden, wer sich umweltfreundlich verhält.*

teil. Mit diesen Zusatzeinnahmen könnte der Staat zukunftsweisend in soziale und ökologische Zwecke investieren oder die Steuerzahler an anderer Stelle entlasten.

## Eigennutz und Gemeinwohl gemeinsam denken

Was ist also zu tun? Der Staat muss sein Steuersystem mit den sozialen, ökonomischen und ökologischen Zielen in Einklang bringen. Die Politik muss verlässliche Leitplanken setzen, damit gesellschaftsschädliche Fehlentwicklungen gar nicht erst auftreten. Gleichzeitig muss der Staat innovativen Unternehmen ermöglichen, nachhaltige Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die zur Lösung der beschriebenen Probleme beitragen können. Der entscheidende Hebel dafür ist in einer Marktwirtschaft der Preis – dieser kann dafür sorgen, dass Eigennutz und Gemeinwohl sich keineswegs ausschließen müssen und sich zukünftig nicht ausschließen dürfen. Die komfortable Haushaltslage erlaubt es der Bundesregierung, endlich grundsätzliche steuerpolitische Notwendigkeiten anzugehen. Die Zeit ist reif für eine nachhaltige Umschichtung aktueller Steuern.

Es geht dabei nicht darum, Bürger und Wirtschaft zu belasten oder noch mehr Steuern einzunehmen. Mit den neuen Mitteln könnten

ter werden. Es darf nicht länger finanziell bestraft werden, wer sich umweltfreundlich verhält. Wann sollte der Schritt zu einer zukunftsfähigen Steuerreform vollzogen werden, wenn nicht gerade jetzt?

## Umweltsteuern machen Staat handlungsfähig

Es ist klar, dass wir unseren Ressourcenverbrauch drosseln müssen. Immerhin hatten dies alle Parteien im Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ anerkannt – nur keine Konsequenzen gezogen und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.

Abseits der strittigen Frage, ob die Wirtschaft auch weiterhin innerhalb der planetaren Grenzen wachsen kann oder ob Wachstum aufhören muss, damit die Umweltzerstörung nicht weiter zunimmt, adressiert ein ökologischer Umbau Wachstumswänge im System, die uns künftig vor Herausforderungen stellen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit, die Sicherung der Renten und die Reduzierung des Staatsdefizits sind wichtige gesellschaftliche Herausforderungen, welche dazu führen, dass Wachstum in der Politik heute immer noch als Königsweg gilt, um diese Ziele zu erreichen. Die Mehreinnahmen aus Umweltsteuern eröffnen dem Staat dagegen eine Reihe von Verwendungsmög-

## ONLINETIPPS

Damien Ludewig, Alexander Mahler, Bettina Meyer  
**Woher der Staat sein Geld bekommt**

Zuordnung der Steuern und Abgaben auf die Faktoren Arbeit, Kapital, Umwelt  
FÖS Hintergrundpapier, Feb. 2015  
<http://tinyurl.com/htah3tq>



Swantje Küchler, Rupert Wronski  
**Was Strom wirklich kostet**

FÖS Studie, Januar 2015  
im Auftrag von Greenpeace Energy  
<http://tinyurl.com/h9tafjx>



lichkeiten. Es ist an der Zeit, dieses Instrument wiederzubeleben, mit dem Deutschland gute Erfahrungen gesammelt hat. So lassen sich ökologische Fortschritte mit einer Verbesserung der Beschäftigungslage bei größtmöglichen Freiheiten des Einzelnen erzielen. ■

**Björn Klusmann,**  
Jahrgang 1977, ist seit August 2015 Geschäftsführer des „Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft“ (FÖS). Zuvor



war der Politikwissenschaftler beruflich im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig, unter anderem von 2008 bis 2012 als Geschäftsführer des „Bundesverbandes Erneuerbare Energie“ (BEE).

[bjoern.klusmann@foes.de](mailto:bjoern.klusmann@foes.de)

## Soziale Ungleichheit

# Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen

Im Jahr 2015 besaßen die reichsten 62 Personen dieser Welt so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Ein Jahr zuvor waren es noch 80 Personen. Die Konzentration des Reichtums nimmt also rasant zu. Ursachen dafür gibt es mehrere. Eine wichtige Ursache: Große Konzerne und Kapitalbesitzer nutzen die Globalisierung geschickt, um Steuern zu sparen.

von Dr. Jörg Nowak

Der Anteil des Nationaleinkommens, der an Arbeiter/-innen und Angestellte geht, ist seit 1980 in fast allen Ländern zurückgegangen. Der Lohnzuwachs ist global gesehen immer geringer, während die Kapitalrenditen steigen. Kapitalbesitzer/-innen konnten ihr Vermögen durch Zinseinnahmen und Dividenden vermehren – oft mit Wachstumsraten, die über denen des Bruttonationaleinkommens liegen.

Obwohl die Ausdehnung der Produktion von Waren und Dienstleistungen auf den gesamten Globus den Wohlstand enorm gesteigert hat, sind immer mehr Menschen vom Zugriff auf diesen Wohlstand ausgeschlossen. Denn durch den technologischen Fortschritt werden immer weniger Arbeitsstunden für die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen benötigt, weshalb die Unternehmen weniger Arbeitskräfte brauchen. Statt den Arbeitstag für alle zu verkürzen, passiert genau das Gegenteil: Es werden insgesamt weniger Arbeitskräfte beschäftigt, anstatt die Arbeit gleichmäßig zu verteilen.

Mit dem höheren Kapitaleinsatz in der Produktion im Zuge des Einsatzes von Hochtechnologie sinken die Profitraten der Unternehmen, also das Verhältnis von eingesetztem Kapital und Profit. Profit ent-

*Die Summe an Geldern, die in Steueroasen geparkt werden, steigt weiterhin an: Im Jahr 2014 waren sie viermal so hoch wie im Jahr 2001.*

steht nur durch die Ausbeutung von Mehrarbeit. Je höher der Anteil der Ausgaben für Maschinerie und je geringer der Anteil von Mehrarbeit, desto stärker sinken die Profitraten. In den G7-Staaten sinken die Profitraten stetig seit Ende der 1980er-Jahre, in den vier BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) seit 2005.

Um die Profitraten zu stabilisieren, treffen die Unternehmen Maßnahmen, die auf Kosten der großen Mehrheit gehen: Der Arbeitstag wird verlängert, Löhne werden durch Informalisierung und Outsourcing gesenkt – und es werden im großen Stil Steuern vermieden.

Multinationale Konzerne nutzen die Manipulation von Transferpreisen und die Existenz von Steueroasen, um ihre Steuerzahlungen zu minimieren.

## Steuervermeidung belastet Gemeinwohl

Eine konsequente Bekämpfung der Möglichkeiten zur Steuervermeidung würde Staaten höhere Mittel zur Verfügung stellen, die für einen Ausbau öffentlicher Dienste genutzt werden könnten. Durch die Steuervermeidung multinationaler Konzerne verlieren die Staaten im Globalen Süden jedes Jahr 100 Mrd. US-Dollar an Steuereinnahmen. Die Summe an Geldern, die in Steueroasen geparkt werden, steigt weiterhin an: Im Jahr 2014 waren sie viermal so hoch wie im Jahr 2001. Allein reiche Einzelpersonen haben 7,6 Billionen US-Dollar in Steueroasen angelegt. Dabei spielen Finanz-

unternehmen eine Schlüsselrolle: 72 % des Vermögens in Steueroasen wird von 50 Banken verwaltet.

Jedoch sind nicht nur Unternehmen und reiche Einzelpersonen am System der Steuervermeidung beteiligt: Viele Regierungen beteiligen sich am Steuerwettbewerb und locken Unternehmen mit speziellen Vergünstigungen an. Im Luxleaks-Skandal wurde öffentlich, dass zahlreiche Konzerne in Luxemburg nur 2 % Steuern oder sogar noch weniger gezahlt haben. Die Whistleblower, die dieses System aufgedeckt haben, wurden im Juni 2016 vor Gericht verurteilt – nicht jedoch der damalige Premierminister von



Foto: Dewald Brand, Miran für Oxfam

Slum in Tondo, einem Distrikt im Nordwesten der philippinischen Hauptstadt Manila (2014)

Luxemburg und heutige Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker, zu dessen Regierungszeit dieses System in Luxemburg eingeführt wurde.

## Maßnahmen gegen Steuervermeidung

Die Steuervermeidung von Unternehmen ist eine wichtige Ursache der Verschärfung sozialer Ungleichheit. Mit folgenden Maßnahmen ließe sie sich reduzieren:

Öffentliche länderbezogene Berichterstattung: Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, für jedes Land, in dem sie tätig sind, einen Bericht über die jeweilige Zahl der Beschäftigten, die Vermögenswerte, Verkäufe, Gewinne und (ausstehende und bereits gezahlte) Steuern zu erstellen und diesen Bericht der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So können Medien, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen die Steuerzahlungen von Konzernen nachvollziehen und überprüfen.

Schluss mit Wettlauf um niedrige Steuersätze: Ausnahmeregelungen und Befreiungen bei Steuern für Unternehmen müssen transparent gemacht werden. Bevor Unternehmen Steuervergünstigungen gewährt werden, müssen eine Kosten-

Nutzen- und Alternativen-Analyse erfolgen. Außerdem müssen international angemessene Mindeststeuersätze für Gewinne von Unternehmen eingeführt werden.

Mehr Fairness im nationalen Steuersystem: In den letzten Jahren wurden in vielen Ländern vor allem Löhne und Konsum stärker durch Steuern belastet. Stattdessen müssen Vermögen, Kapitalgewinne und hohe Einkommen deutlich stärker besteuert werden. Es sollten öffentliche Register über wirtschaftliches Eigentum geschaffen werden, um die wirtschaftlich Berechtigten aller Firmen, Stiftungen und Trusts offenzulegen und so die Voraussetzungen für eine faire Besteuerung zu schaffen.

Internationales Steuersystem reformieren: Die Interessen der Länder im Globalen Süden sind innerhalb des bestehenden internationalen Steuerregimes kaum berücksichtigt. Es ist deshalb eine zwischenstaatliche, alle Länder umfassende Steuerinstitution auf UN-Ebene erforderlich. Diese Forderung der Länder des Globalen Südens wird von den Regierungen aus Europa und Nordamerika konsequent abgewehrt.

Die steigende Ungleichheit und die massive Steuervermeidung zeigen, dass „der Markt“ nicht in der Lage ist, die Entwicklung der Ge-

## ONLINETIPPS

### Oxfam Deutschland (Hrsg.) Ein Wirtschaftssystem für die Superreichen

Wie ein unfaires Steuersystem und Steueroasen die soziale Ungleichheit verschärfen  
Januar 2016, 6 Seiten  
<http://tinyurl.com/hjttgaz>

### Oxfam International (Hrsg.) An Economy for the 1%

How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped  
Januar 2016, 44 Seiten  
<http://tinyurl.com/znt2lac>

Jörn Kalinski

### Antwort an unsere Kritiker

Warum Oxfams Berechnungen zur Ungleichheit korrekt sind  
Blog, 21.01.2016/01.02.2016  
<http://tinyurl.com/gvvfec>

### Oxfam Deutschland Steueroasen trockenlegen!

Unterschriften-Aktion  
<http://tinyurl.com/htujdat>

sellschaft in sinnvoller Weise zu steuern. Es bedarf korrigierender und lenkender Eingriffe durch die Gesellschaft und die Politik, damit der Wohlstand in sinnvoller Weise erwirtschaftet und verteilt werden kann. ■

**Dr. Jörg Nowak,**  
Jahrgang 1973, studierte Philosophie, promovierte in Politikwissenschaft und forschte zu Ungleichheit und Arbeitskonflikten. Bei



Oxfam Deutschland ist er als Analyst zum Thema „Soziale Ungleichheit“ tätig.

[jnowak@oxfam.de](mailto:jnowak@oxfam.de)

Ordoliberalismus

# Die Antwort auf Markt-Chaos ist nicht Planwirtschaft

Die Verfechter einer radikalen Marktwirtschaft dominieren heute Wirtschaftswissenschaft und -politik. „De-Regulierung“ lautet ihre mantraartig wiederholte Kernforderung. Doch die ist zutiefst irrational und ein kultureller Rückschritt. Wir waren schon mal weiter. Ein besseres Wirtschaftssystem müssen wir nicht neu erfinden, sondern nur wiederbeleben.

von Bernhard Suttner

**T**hese 1: Verkehrsteilnehmer wollen ihre Ziele schnell erreichen. Das geht am besten, wenn die Straßenverkehrsordnung weitgehend abgeschafft wird.

These 2: Sportler wollen Wettkämpfe gewinnen und Freude erleben. Deshalb sollte es keine einengenden Vorschriften wie z.B. das Dopingverbot geben.

These 3: Menschen wollen angenehm wohnen. Aus diesem Grund sollten alle Hausbewohner ohne Hausordnung tun und lassen können, was ihnen gefällt.

These 4: Die Wirtschaft funktioniert dann am besten, wenn das freie Spiel der Marktkräfte ungehindert ablaufen kann.

## Ohne Regeln entsteht Chaos

Während die ersten drei Thesen relativ leicht als absurd zu erkennen sind, gibt es zur Verteidigung der These 4 potente Anwälte: Einflussreiche Teile der internationalen Wirtschaftswissenschaft plädieren für eine weitgehende De-Regulierung. Man schmückt seine Forderungen mit dem Wörtchen „frei“ und denunziert Kritiker als „staatlich-bürokratische Regulierer“ oder „Wirtschaftsfeinde“. Ohne Regeln oder ohne Sanktionen bei Regelver-

letzung würde aber z.B. beim Fußball unweigerlich das Chaos ausbrechen. Niemand käme auf die Idee, dies als erfreuliche Entwicklung hin zu einem „neu-freiheitlichen Sport“ zu bezeichnen. Nur in der

*im freien Wettbewerb, besitze diese ja ihr regulatives Prinzip in sich, durch das sie sich vollkommener selbst reguliere als das Eingreifen irgendeines geschaffenen Geistes dies je vermöchte. Die Wettbewerbsfreiheit – obwohl*

## Unverzichtbare Bestandteile der Gemeinwohlsicherung sind neben Arbeitsschutz- und Umweltschutzregeln auch die Verhinderung von Monopolen und Oligopolen.

Wirtschaftswissenschaft versprechen sich viele davon das Heil.

Das ist übrigens nicht neu. Schon die vom deutschen Jesuiten Oswald von Nell-Breuning maßgeblich verfasste päpstliche Enzyklika „Quadragesimo anno“ aus dem Jahr 1931 enthält folgende kritische Analyse: „Das ist der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaft, aus dem alle ihre Einzelirrtümer sich ableiten: in Vergessenheit oder Verknennung der gesellschaftlichen wie der sittlichen Natur der Wirtschaft glaubt sie, die öffentliche Gewalt habe der Wirtschaft gegenüber nichts anderes zu tun, als sie frei und ungehindert sich selbst zu überlassen, im Markt, d.h.

*innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen – kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein.“*

Gerne behaupten die Vertreter der marktradikal-neoliberalen Theorie, es gäbe als Alternative zu ihrer Position nur die staatliche Planwirtschaft. Das ist grober Unfug! Die Antwort auf das inhumane Markt-Chaos ist nicht die Planwirtschaft, sondern der Ordoliberalismus, auch „Rheinischer Kapitalismus“ genannt. Dieser geht davon aus, dass die Marktkräfte prinzipiell frei sind, aber durch eine verbindliche staatliche Rahmensetzung („ordo“) an gemeinwohlverletzenden Handlungen gehindert werden müssen. Positiv

ausgedrückt: Die politische Rahmensetzung muss das gemeinwohl-orientierte Verhalten der Marktkräfte herausfordern. Unverzichtbare Bestandteile der Gemeinwohlsicherung sind neben Arbeitsschutz- und Umweltschutzregeln auch die Verhinderung von Monopolen und Oligopolen. Eine aktive Anti-Kar-

mische Straßenverkehrsordnung“ oder für eine „am Gemeinwohl orientierte Hausordnung“ vorrangig am dauerhaften Schutz der Lebensgrundlagen, an der Begrenzung von Ressourcenverbrauch und Emissionen, an der Förderung der Familien, an Gerechtigkeit und Frieden sowie an der Bekämpfung von Fluchtur-

*Regeln müssen sich an ethischen Zielen, an Werten ausrichten, denn ohne überzeugende Begründung werden Regeln als Schikanen empfunden.*

tellpolitik und die Förderung des Mittelstandes waren z.B. Hauptanliegen des von ordoliberalen Denkern beratenen Ludwig Erhard.

Die ÖDP sollte diese bewährte Position entschieden besetzen und offensiv vertreten. Textvorschlag: „Wir streben national, europäisch und weltweit eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft an. Den Irrglauben, dass der freie Markt sozusagen automatisch das Gemeinwohl fördert, halten wir für gefährlich. Deshalb lehnen wir eine Wirtschaft nach dem Modell des ‚Washington Consensus‘ mit den Zielen einer möglichst vollständigen Deregulierung, einer umfassenden Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und einem totalen Freihandel ab. Marktwirtschaft braucht auf allen Ebenen eine verbindlich-gesetzliche Rahmenordnung, mit der das soziale und ökologische Gemeinwohl gesichert werden kann.“

## Regeln brauchen Wertebasis

Wichtig ist, den interessierten Bürgern nicht eine theoretische Systemdebatte aufzudrängen, sondern konkrete Vorschläge für problem-lösende, gemeinwohlsichernde Regeln anzubieten. Gemäß unserem Grundsatzprogramm müssen sich unsere Vorschläge für eine „ökono-

sachen orientieren. Eine Ordnung ist nämlich kein Selbstzweck: Die Regeln müssen sich an ethischen Zielen, an Werten ausrichten, denn ohne überzeugende Begründung werden Regeln als Schikanen empfunden.

Hier eine (unvollständige) Aufzählung möglicher Regelungen, mit denen die Freiheit der Marktteilnehmer nicht aufgehoben, sondern ordoliberal gestaltet wird:

- Entlastung des Wirtschaftsfaktors „Arbeit“ von Abgaben, stärkere Belastung von Ressourcenverbrauch, Emissionen und Kapitalerträgen
- Besteuerung aller Finanztransaktionen („Steuer gegen Armut“, „Börsumsatzsteuer“)
- Einführung eines Trennbankensystems
- Verbot „toxischer“ Finanzprodukte
- Stärkere Differenzierung bei der Mehrwertsteuer: Entlastung des Grundbedarfs, stärkere Belastung von Luxus
- Verpflichtung aller Unternehmen zur Aufstellung einer Gemeinwohlbilanz; Belohnung des Erreichens verschiedener Niveaus mit steuerlichen Vorteilen
- Abschluss internationaler Fair-

## BUCHTIPP

Bernhard Suttner  
**Die 10 Gebote**  
Eine Ethik für den Alltag im 21. Jahrhundert  
Mankau, 2007  
69 Seiten, 7,95 Euro  
978-3-938396-14-8



handelsverträge zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Mindeststandards

## Zusammenfassung

Freiheit braucht Regeln, denn ohne Regeln regiert das (Un-)Recht der Stärksten. Regeln müssen Werte schützen, denn ohne Wertebasis werden aus Regeln Schikanen. Die Wertebasis für die Wirtschaft muss das Gemeinwohl sein. Das Gemeinwohl umfasst nicht nur die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen, sondern auch das dauerhafte Bestehen der ökologischen und sozialen Lebensvoraussetzungen. ■

**Bernhard Suttner,** Jahrgang 1949, studierte Politikwissenschaft, Pädagogik sowie Christliche Gesellschaftswissenschaften und arbeitete anschließend als freiberuflicher Referent in der Erwachsenenbildung. 1982 war er Mitbegründer der ÖDP und von 1991 bis 2011 Landesvorsitzender der ÖDP Bayern. Seit 2011 ist er ihr Fachbeauftragter für Grundsatzfragen. 2007 veröffentlichte er sein Buch „Die 10 Gebote – Eine Ethik für den Alltag im 21. Jahrhundert“.



BuESuttner@aol.com

Nachhaltige Wohlfahrt

# Anleitung zum *Umbau* unserer Wirtschaftsordnung

Das Wohlergehen unserer Gesellschaft hängt wesentlich davon ab, welche wirtschaftspolitischen Leitlinien gelten. Die Freiheit, darüber demokratisch zu entscheiden, wird uns jedoch verweigert, seit das Wirtschaftsleben von globalisierten Marktkräften bestimmt wird. Es gilt, den Irrsinn dieser Entwicklung offenzulegen und zukunftsweisende Kriterien einzufordern.

von Gerd Zeitler

Das die Voraussetzungen für gesellschaftliche Wohlfahrt derzeit hinter einer Nebelwand verschwinden, ist den Profiteuren und Verfechtern der herrschenden „neoliberalen“ Ordnung zuzuschreiben, die ihre Doktrin mit dem Etikett der Alternativlosigkeit versehen. Die Saat dazu wurde schon Anfang des 20. Jahrhunderts von Ökonomen gelegt, die den Wohlfahrtsbegriff auf den materiellen Nutzen von Gütern und Dienstleistungen einengten. Deren Arbeiten sind erstaunlicherweise noch heute Bestandteil der volkswirtschaftlichen Lehrpläne.

Wohlfahrt bezeichnet jedoch eine dynamische Entwicklung, die das dauerhafte Überleben einer Gesellschaft durch sozialpolitische, wirtschaftspolitische und umweltpolitische Maßnahmen zu sichern sucht. Wohlfahrt und Nachhaltigkeit sind quasi Synonyme, Wohlfahrt ohne Nachhaltigkeit ist undenkbar. Dabei ist optimale Wohlfahrt an kein bestimmtes Niveau der Bereitstellung materieller Güter, also an kein bestimmtes Wohlstandsniveau gebunden. Naturvölker können ebenso wie Industriegesellschaften in einem Zustand optimaler Wohlfahrt leben.

Das Streben nach Wohlstand hingegen, so wie es von „Neoliberalen“ verstanden wird, ist nicht zukunftsgerecht, weil es die sozialen und ökologischen Schäden ausklam-

men Menschenrechten und der gesellschaftlichen Wohlfahrt her: Das Personprinzip stellt den Menschen in den Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Belange, das Solidari-

*Das Streben nach Wohlstand, so wie es von „Neoliberalen“ verstanden wird, ist nicht zukunftsgerecht, weil es die sozialen und ökologischen Schäden ausklammert.*

tätsprinzip verankert die gegenseitigen Verpflichtungen zwischen Individuum und Gesellschaft, und das Subsidiaritätsprinzip weist dem Individuum, der Familie und anderen Gruppen der unteren Ebenen a priori eine Selbstverantwortung zu, die nur im Notfall durch das Solidariätsprinzip aufgehoben wird. So sind im Übergang von der feudalistischen zur industriellen Ordnung im 19. Jahrhundert die ersten solidarischen Kranken- und Rentenkassen entstanden.

## Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit

Die im 19. Jahrhundert als Gegenentwurf zu Liberalismus und Marxismus entwickelte katholische Soziallehre stellt erstmals eine Verbindung zwischen den individuel-

len Menschenrechten und der gesellschaftlichen Wohlfahrt her: Das Personprinzip stellt den Menschen in den Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Belange, das Solidari-

Es fügt sich, dass in Europa und den USA seither ein Bewusstsein evolutionär entstanden ist, dass die Menschenrechte und den Umweltschutz sowie zugleich die Demokratie und die Marktwirtschaft um-

fasst. Damit ist das Fundament für eine Wohlfahrtspolitik gelegt: Das Subsidiaritätsprinzip kann nun auf die politische und – entscheidender noch – auf die wirtschaftliche Sphäre angewendet werden und als viertes das Nachhaltigkeitsprinzip hinzugefügt werden, das sich auf alle menschlichen Aktivitäten bezieht, die soziale und ökologische Auswirkungen haben.

## Moralische und ökonomische Prinzipien

In diesem Bewusstsein kann der Sinn und Zweck wirtschaftlichen Handelns allein darin bestehen, für ein besseres Leben aller Bürger zu sorgen. Damit wird der Wirtschaft eine soziale Funktion zugesprochen, deren Ausgestaltung Teil der Kultur einer Gesellschaft ist. Die soziale Funktion kann jedoch nur erfüllt werden, wenn die wirtschaftlichen Einzelinteressen, die eine wesentliche Antriebskraft sind, zugleich dem Gemeinwohl dienen.

Für eine nachhaltige gesellschaftliche Wohlfahrt lassen sich dazu aus den genannten vier moralischen Prinzipien vier ökonomi-

sche Prinzipien herleiten: (1) die uneingeschränkte Teilnahme aller am Wirtschaftsleben, (2) die existenzsichernde Teilhabe am Wirtschaftsergebnis, (3) die leis-

*Schäden, deren Kosten nicht erfasst und den Verursachern nicht zugeordnet werden, setzen ein verdecktes Zerstörungswerk in Gang.*

tungsgerechte Gleichverteilung des Wirtschaftsergebnisses und (4) die nachhaltige Rohstoffnutzung in Stoffkreisläufen.

## Uneingeschränkte Teilnahme

Aus der Erkenntnis, dass allein der Mensch Schöpfer, Träger und Nutznießer aller gesellschaftlichen Einrichtungen ist, ergibt sich für jeden einzelnen Bürger das Recht auf wirtschaftliche Teilnahme, sowohl in seiner Funktion als Konsument als auch in seiner Funktion als Produzent (als Beschäftigter oder Unternehmer). Aus dem Recht auf Teilnahme ist – zuerst in der Charta der Vereinten Nationen – das Recht auf Arbeit abgeleitet worden. Ein hoher

Grad der Teilnahme ist Garant für die Vielfalt und Robustheit einer Volkswirtschaft. Für jeden Einzelnen ist die Teilnahme Voraussetzung, um als freier, mündiger und

angesehener Bürger agieren und seinen Beitrag zur Entwicklung leisten zu können.

Die Teilnahme auf der produzierenden Seite des Wirtschaftslebens ist durch nichts zu ersetzen, schon gar nicht durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Für die Gestaltung eines hohen Grades der Teilnahme bietet sich nur ein Weg an: die Subsidiarisierung der wirtschaftlichen Strukturen. Das heißt, die Wertschöpfung wird geografisch so weit dezentralisiert, wie es der jeweilige produktionstechnische Entwicklungsstand erlaubt. Es entsteht eine Hierarchie, bei der die arbeitsintensive Wertschöpfung zu den oberen Ebenen hin abnimmt und die kapitalintensive zunimmt. Die flächendeckende Vielfalt sorgt dafür, dass die Arbeitsnachfrage der Unternehmen mit dem Arbeitsangebot der Erwerbsbevölkerung zur Deckung gebracht wird, monopolistische Strukturen verhindert werden und soziale wie ökologische Kosten in die Preisbildung einfließen.

Voraussetzung für die Gestaltung subsidiärer Strukturen ist nationale (oder später auch europäische) wirtschaftspolitische Autonomie. Die ist zudem unabdingbar, um den Außenwettbewerb mittels Wechselkursen, Kontingenten und Zöllen in den Binnenwettbewerb einzubinden, oder anders ausgedrückt, um Unterschiede im Produktivitätsni-



Börsenkurse sind für Aktienunternehmen und -besitzer interessant, sagen aber über Höhe und Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen Wohlfahrt nichts aus.

veau zwischen Handelspartners zu neutralisieren. So haben Dumping- und Verdrängungswettbewerb keine Chance mehr.

Die Subsidiarisierung erfolgt dynamisch, indem Betriebe, wenn sie wachsen, zunehmend höher besteuert werden. Dadurch sind sie gezwungen sich aufzuspalten, sobald die Steuerlast ihre Erträge unerträglich mindert. Die betrieblichen Aufspaltungen sorgen dafür, dass die wirtschaftliche Dezentralität und Vielfalt erhalten bleiben, Erlöse aus Abspaltungen in Forschung und Entwicklung investiert werden und Existenzgründern Möglichkeiten geboten werden, Betriebsteile zu übernehmen.

### Existenzsichernde Teilhabe

Jeder am Wirtschaftsleben teilnehmende Bürger erwirbt prinzipiell das Recht auf einen seiner Leistung entsprechenden Anteil am wirtschaftlichen Ergebnis. Solidarität und Subsidiarität gebieten es, dass der Anteil jedem Teilnehmenden ein Leben ermöglicht, das dem gesellschaftlichen Standard angemessen ist. Dazu sind vor allem die Löhne (und/oder die Wochenarbeitszeiten) der abhängig Beschäftigten regelmäßig dem produktiven Fortschritt anzupassen. Dasselbe gilt für die Transferleistungen an Arbeitsunfähige

Konsums wie auch, über die Sparquote, seitens der Investitionen. Die genannte „wirtschaftspolitische Autonomie“ einschließlich des Verzichts auf internationalen Dumping- und Verdrängungswettbewerb

mit Billigprodukten ist Voraussetzung, um ausgewogene Machtverhältnisse zwischen den Vertretern der Unternehmen und denen der Beschäftigten (den Gewerkschaften) herzustellen.

Im derzeitigen Wettbewerb auf offenen globalen Märkten ist diese Voraussetzung nicht mehr gegeben, weshalb die Gewerkschaften ihre Verhandlungsmacht zunehmend einbüßen und sich die Schere zwischen Produktivitäts- und Lohnniveau immer weiter öffnet – und die binnenwirtschaftlichen Kreisläufe schwächt.

### Leistungsgerechte Gleichverteilung

Die leistungsgerechte Gleichverteilung ergänzt das Recht auf Teilhabe durch das Recht auf einen „gerechten“ Anteil am Wirtschaftsergebnis. Die Gerechtigkeit gründet auf dem

solidarische „Dividende“ (als Steuer) an die Gesellschaft zurückzahlen. Solidarisch heißt konkret: je höher das Einkommen, desto höher der Steueranteil (progressive Besteuerung). Dadurch ergibt sich

eine als gerecht empfundene, begrenzte, zugleich aber Leistung fördernde Spreizung von Einkommen und Vermögen, die den Faktor 10 nicht überschreiten sollte. Auch die geringe Spreizung folgt ökonomischer Vernunft, weil sie Kaufkraft, Sparquote und Wirtschaftskreisläufe zusätzlich stärkt.

Das Prinzip der Gleichverteilung schließt die Sozialpflichtigkeit von unternehmerisch eingesetztem Geld- und Sachkapital ein. Die Verpflichtung ergibt sich aus der Tatsache, dass auch das produktive Kapital von einer Vielzahl von Menschen auf dem Fundament aller gesellschaftlichen Einrichtungen erwirtschaftet wird und es ungerecht wäre, es zum privaten Vorteil Einzelner einzusetzen oder gar ins Ausland zu transferieren. Eine weitere Maßnahme besteht in der Einführung sogenannter solidarischer Bürgerversicherungen für Krankheit, Berufsunfähigkeit, Alter, Pflege und Unfall, in die jeder Bürger ohne Bemessungsgrenze einen identischen Prozentsatz seines gesamten Nettoeinkommens einzahlt, während er im Versicherungsfall einen für alle geltenden identischen Betrag ausgezahlt bekommt.

### Nachhaltige Rohstoffnutzung

Das Gebot der nachhaltigen Rohstoffnutzung gründet auf der Tatsache, dass die menschliche Wirt-

## Voraussetzung für die Gestaltung subsidiärer Strukturen ist wirtschaftspolitische Autonomie.



Foto: Günther Hartmann

Die Installation „Trash People“ von HA Schult thematisierte beim Münchner Tollwood-Festival 2015 unsere Müllproduktion auf künstlerische Weise.

schaft ein abhängiges Subsystem der Bio-, Litho- und Atmosphäre ist. Anzustreben ist deshalb eine Wirtschaft, die – nach dem Vorbild der biologischen Kreisläufe – ohne

werden, dass sie anschließend, ohne Materialverlust und ohne irreparable externe Schäden verursacht zu haben, einer dauerhaften Wiederverwendung in technischen

## Anzustreben ist eine Wirtschaft, die nach dem Vorbild der biologischen Kreisläufe ohne schädliche Emissionen und Abfälle auskommt.

schädliche Emissionen und Abfälle auskommt. Dieses Ziel erfordert den Einsatz geschlossener Stoffkreisläufe und erneuerbarer Energien. Die genannte Subsidiarisierung der wirtschaftlichen Strukturen ist wie keine andere Methode geeignet, den Akteuren die ökologische Verantwortung vor Ort zuzuweisen, sodass sie im eigenen Interesse motiviert sind, ihre Ressourcen zu erhalten und ökologische Kosten zu vermeiden.

Die Nachhaltigkeit ist gewährleistet, wenn nicht-erneuerbare Ressourcen wie Mineralien, Tiefenwasser und Luft in Produktionen und Produkten so eingesetzt

Kreisläufen zugeführt werden, und wenn erneuerbare Ressourcen wie Humus, Meer- und Oberflächenwasser sowie biologische Produkte wie Holz anschließend ohne Verlust und unbeschädigt in die biologischen Kreisläufe zurückgeführt werden. Feste erneuerbare Stoffe müssen, kurz gesagt, restlos kompostierbar sein, Meer- und Oberflächenwasser unbelastet zurückfließen. Und: wenn alle direkten und indirekten Formen der Sonnenenergie sowie die Erdwärme als erneuerbare Energien genutzt und Abwärme und Abfälle fossiler und nuklearer Energieträger vermieden werden.

Eine auf nachhaltige Rohstoffnutzung und erneuerbare Energien aufgebaute Wirtschaft erfordert keineswegs Genügsamkeit (Suffizienz) beim materiellen Wohlstand. Denn der vom biologischen System betriebene Überfluss lässt sich auf eine Kreislaufwirtschaft sinngemäß und schadlos übertragen. ■

## Der Sinn und Zweck wirtschaftlichen Handelns kann allein darin bestehen, für ein besseres Leben aller Bürger zu sorgen.

hige und Rentner, sodass auch die solidarisch versorgten Bürger am allgemeinen Fortschritt teilhaben.

Die Anpassung der Einkommen folgt aber auch ökonomischer Vernunft, denn sie stabilisiert die Wirtschaftskreisläufe seitens des

Verständnis, dass jeder Bürger zum Ergebnis auf dem Fundament aller gesellschaftlichen Einrichtungen beiträgt und es keine davon entkoppelten Leistungen geben kann. Somit ist jeder Bürger verpflichtet, einen Teil seines Einkommens als

### Gerd Zeitler,

Jahrgang 1940, gestaltete nach dem Ingenieurstudium internationale Unternehmensallianzen mit und war als Dozent für strategisches Unternehmens- und Technologiemanagement tätig. Seit den 1990er-Jahren analysiert er die neoliberale Wirtschaftstheorie. Darüber veröffentlichte er 2006 sein Buch „Der Freihandelskrieg“ und ab 2008 im Internet sein „Lexikon der sozialökologischen Marktwirtschaft“, das seit 2011 auf WordPress unter dem Titel „Kompendium der sozialökologischen Ökonomik“ zu finden ist.



<https://gerdzeitler.wordpress.com>

## Politikversagen

# Haben wir nicht längst eine „Gemeinwohl-Ökonomie“?

Die freie Marktwirtschaft dient dem Gemeinwohl. Alle Produkte und Dienstleistungen können sich nur dann auf dem Markt halten, wenn frei entscheidende Bürgerinnen und Bürger ein Interesse an ihnen haben. Demokratischer kann eine Angebotspalette nicht sein. Trotzdem läuft eine Menge schief – in unserem Land und erst recht in der globalisierten Welt.

von Dr. Klaus J. Klumpers

**W**ir benötigen kein neues Wirtschaftssystem, wohl aber eine andere Politik. Unsere Lösung ist nicht der Umsturz oder die Revolution, sondern eine „Gemeinwohl-Ökonomie“, welche ganz gezielt die Behebung von längst klar erkennbaren

Regelwerke zu beschließen und zur Sicherstellung ihrer Durchsetzung die entsprechenden Kontrollmechanismen konsequent anzuwenden.

In Deutschland ist sicherlich nicht der gravierendste Systemfehler das Profitinteresse der Angebotsseite – sprich: der Arbeitgeber –,

leistet die intransparente Lobbybeeinflussung der Politik einen ganz entscheidenden Beitrag.

## Menschenwürdiger Mindestlohn ist Aufgabe der Politik

Ein prägnantes und hochaktuelles Beispiel für das Versagen der Politik ist der gesetzliche Mindestlohn. Seit Geltung unseres Grundgesetzes gilt gemäß seinem Artikel 1 die Verpflichtung des Staates zum Schutz der Menschenwürde. Seit 1949 hat der Gesetzgeber diese Pflicht zum Schutz der Arbeitnehmer vor Ausbeutung nicht als seine Aufgabe wahrgenommen. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Mindeststandard, unterhalb dessen Niveau keiner sich der Arbeitskraft seines Mitmenschen bedienen dürfen soll-

welches wir kritisieren müssen. Ganz im Gegenteil: Deren Profitinteresse ist der notwendige Antrieb zur Steigerung der Effizienz und zur Schaffung neuer Angebote. Unser Systemfehler ist das derzeitige

Fehlentwicklungen anstrebt. Diese Fehlentwicklungen sind in einer Demokratie umfassend und grundsätzlich als Politikversagen zu bezeichnen. Genau hier gibt die ÖDP passgenaue Antworten. Antworten, mit denen die Folgen dieser Fehler Stück für Stück gemindert bzw. die Fehler letztlich ganz abgestellt werden könnten.

Wir müssen politisch erreichen, dass es nicht „lukrativ“ ist, Menschen auszubeuten, die Umwelt zu belasten und Tiere zu quälen. In der freien Marktwirtschaft hat ausschließlich die Politik die Verantwortung und die Pflicht, mit ihren demokratisch legitimierten Institutionen entsprechende Gesetze und

Versäumnis und die Unfähigkeit des demokratisch legitimierten Gesetzgebers, gegen erkennbare Fehlentwicklungen entschieden vorzugehen. Zur heutigen Fehlsteuerung weiter Bereiche der Wirtschaft

te. Dieses Gesetz ist vergleichbar mit einem Jugendschutzgesetz oder vielen anderen Gesetzen zum Schutz der Menschen voreinander.

Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss Armut nicht nur

während des Erwerbslebens vermeiden. Auch die daran gesetzlich gekoppelte Altersrente muss oberhalb der Armutsgrenze liegen. Es gilt, die Altersarmut weniger im Interesse der Altersrentner zu vermeiden, sondern vielmehr im Interesse der Allgemeinheit. Diese Betrachtungsweise wird immer wieder bewusst verwechselt. Es ist im Interesse der Allgemeinheit, dass die Arbeitnehmer zu ihrer aktiven Zeit selbst so viel Rentenversicherungsbeiträge abführen müssen, dass sie später garantiert keinen Anspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben, für den die Allgemeinheit dann entsprechend mehr Steuern zahlen müsste.

Der jetzige Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde führt direkt in die Altersarmut, weil damit nach dem heutigen Renten-Berechnungsverfahren am Ende von 45 Arbeitsjahren nur eine Altersrente von netto 530 Euro pro Monat – nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge – selbst erwirt-

schaftet wird. Es ist deshalb gerade nicht die Aufgabe der Tarifparteien, das erforderliche Mindestniveau des Lohns so hoch festzulegen, dass später kein ergänzender Sozialhil-

Steuerzahler finanzierte „Betriebsrente“ in Höhe von etwa 25 % der gesetzlichen Altersrente. Um dieses Rentenniveau für einen Beschäftigten der Privatwirtschaft zu errei-

*Unser Systemfehler ist die Unfähigkeit des Gesetzgebers, gegen erkennbare Fehlentwicklungen entschieden vorzugehen.*

anspruch befriedigt werden muss. Das ist vielmehr ganz alleine die Aufgabe des Gesetzgebers, der sich durch die Tarifparteien selbstverständlich sehr gerne, gut und ausgewogen beraten lassen sollte.

Selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) beginnt sich jetzt für die Altersrente zu interessieren. Da ist der Öffentliche Dienst mit seiner Gewerkschaft Verd.i seit Jahren schon sehr viel weiter. Erstens liegt hier der Mindestlohn für die Beschäftigten des Bundes bei etwa 12,20 Euro pro Stunde und die Altersrentner erhalten eine vom

chen, müsste der Mindestlohn auf 15,25 Euro pro Stunde angehoben werden.

Der Gesetzgeber kann selbstverständlich zu der Überzeugung gelangen, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde während der Arbeitsperiode ein ausreichendes Erwerbseinkommen darstellt. Er muss jedoch dann auf diesen Mindestlohn den Rentenversicherungsbeitrag von 18,9 % auf 32,8 % anheben, damit der Arbeitnehmer damit eine Altersrente von 920 Euro nach 45 Arbeitsjahren auch selbst erwirtschaftet.



Foto: Günther Hartmann

Märkte sind jeher ideal, um die vielfältigen Bedürfnisse und Angebote zusammenzubringen und Preise auszuhandeln.

Zuvor müsste der Gesetzgeber allerdings auch den verfassungswidrigen Zustand beseitigen, dass die Höhe des Beitragssatzes bisher nicht bei der Berechnung der Entgeltpunkte im Rentensystem berücksichtigt wird. Statt hier einen systemisch richtigen Weg zu beschreiben, „empfiehlt“ der Gesetzgeber gerade den Geringverdienern unbedingt eine zusätzliche private Altersvorsorge zu betreiben – Rieser und Rürup lassen freundlichst grüßen! –, an der gemäß den Regeln unserer freien Marktwirtschaft bisher nur die Anbieter dieser Produkte wirklich verdienen. Zynischer kann die sogenannte „Sozialpolitik“ der sich plakativ christlich und sozial nennenden beiden großen Volksparteien wirklich nicht sein.

### Ausbeutung im Einzelhandel und in Krankenhäusern

Als Bürgerinnen und Bürger unseres Rechtsstaates müssen wir uns darauf verlassen können, dass staatliche Kontrolle unangemeldet in der erforderlichen Dichte dafür sorgt, dass die Gesetze und Tarifverträge eingehalten werden. Es kann nicht verlangt werden, sich als Kunde vor die Ladentüre eines Supermarktes zu stellen, um zu kontrollieren, welche Mitarbeiter dort wie lange arbeiten. Und dann wäre immer unklar, ob eine etwaige Mehrarbeit bezahlt wird oder nicht. Gerade solche Arbeitsplätze können nicht ins billigere Ausland verlagert werden, sodass dieses von Arbeitgeberseite immer wieder gegen höhere Löhne vorgebrachte Argument völlig ins Leere geht. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers – konkret: der Gewerkschaften –, die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen durchzusetzen.

Ein Zeitungsartikel berichtete Anfang Mai 2016 darüber, dass

die 2.100 Mitarbeiter des Klinikums Coburg zum Monat April, also unmittelbar vor Beginn der Urlaubszeit, insgesamt einen Berg von über 92.000 unbezahlten Überstunden vor sich herschieben. Das sind im Durchschnitt mehr als 40 Überstunden pro Mitarbeiter – in vielen Fällen ganz sicher mehr, als die Tarifverträge zulassen. Diese Arbeitsüberlastungen und vielleicht sogar Arbeitszeitgesetzverletzungen finden in einem besonders sensiblen „Geschäftsbereich“ der freien Marktwirtschaft statt, in dem es um Leben und Tod und um die Menschenwürde von uns allen geht. Aus Kostengründen wird ein systematischer Personalmangel und damit Personalraub betrieben – in einem Dienstleistungsbereich, der sich ebenfalls nicht ins billigere Ausland verlagern lässt.

Nochmals zurück zum Einzelhandel: Die internationale Arbeitsorganisation „International Labour Organization“ (ILO) legt Bedingungen für eine menschenwürdige

Fabriken und zu denselben ausbeuterischen Bedingungen hergestellt. Hier kann der Kunde alleine nichts unternehmen. Hier ist ganz eindeutig die Politik gefordert.

### Paritätische Finanzierung des Sozialversicherungspakets

Ein weiteres eklatantes Beispiel des Politikversagens: Es gibt eine Vielzahl von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe, in dem immer wieder bestätigt wird, dass der sogenannte „Arbeitgeberanteil“ zu den Sozialversicherungsbeiträgen das Eigentum der Arbeitnehmer ist, nämlich ein ihnen alleine gehörender Lohnanteil für ihre geleistete Arbeit. Trotzdem tut die Arbeitgeberseite immer wieder so, als wäre er auch ihr Eigentum und als hätte sie deshalb ein legitimes Mitspracherecht über die Verwendung der Sozialversicherungsbeiträge seiner Arbeitnehmer.

Jüngstes Beispiel ist der vehemente Einsatz der Arbeitgeber für eine weitere Absenkung des Ren-

*Wir müssen aufpassen, dass in einer  
gemeinwohl-orientierten Wirtschaft nicht  
staatliche Regelungen bestimmen,  
was das Gemeinwohl im Einzelnen ist.*

Arbeitswelt fest. Alle Produkte, die unter Verletzung dieser Bedingungen produziert werden, dürften eigentlich nicht in den Regalen unseres Einzelhandels zu finden sein. Tun sie aber. Dies verstößt gegen international anerkanntes Recht. Die Politik setzt hier auf „Mündigkeit und Eigenverantwortung des Verbrauchers“, rät uns, nicht die preiswerten, sondern die teureren Produkte zu kaufen. Völliger Quatsch! Diese werden doch in denselben

tenniveaus. Man stelle sich den Aufschrei der Arbeitgeber vor, wenn die Arbeitnehmer über die Verwendung der Arbeitgeber-Gewinne mitentscheiden dürften! Die sogenannten „Arbeitgeberanteile“ sollten gänzlich in den Bruttolohn eingearbeitet werden, denn jeder Arbeitgeber verschrenkt selbstverständlich nichts, sondern kalkuliert mit den gesamten Lohnkosten, also mit beiden „Anteilen“, weil er ja beide an den Arbeitnehmer zahlen muss. Dass

die Sozialversicherungsbeiträge angeblich zur Hälfte vom Arbeitnehmer und zur Hälfte vom Arbeitgeber bezahlt werden, ist nur eine optische Täuschung, ein psychologischer Trick, um den Arbeitgeber „großzügig“ erscheinen zu lassen.

eine Grundfinanzierung darstellen, wird der Kassenpatient trotzdem als Patient zweiter Klasse behandelt. Hat ein Privatpatient schon einmal keinen Arzttermin bekommen oder keinen neuen Hausarzt gefunden, wenn der alte Hausarzt seine Praxis

*Die ÖDP sollte konsequent die bisherigen  
Wirtschaftsprogrammansätze weiter  
verfolgen, insbesondere die Umsetzung der  
ökologischen Steuerreform.*

Beide „Anteile“ eindeutig als Bruttolohn zu benennen, würde sehr zur Transparenz unserer sozialen Umverteilung beitragen und endlich den Arbeitgebern die Grundlage für die von ihnen eingeforderte und proklamierte Mitsprache bei der Verwendung eines erheblichen Lohnanteils – also des Eigentums! – ihrer Arbeitnehmer entziehen.

### Gemeinwohl von oben zu definieren ist nicht sinnvoll

Wir müssen aufpassen, dass in einer gemeinwohl-orientierten Wirtschaft nicht staatliche Regelungen bestimmen, was das Gemeinwohl im Einzelnen ist. Hier muss weiterhin die Marktnachfrage erstrebenswerte Produkte und Dienstleistungen hervorbringen. Eine staatlich definierte „Gemeinwohl-Ökonomie“ ist so ungeeignet für eine zukunftsfähige Volkswirtschaft wie die Utopie des Sozialismus, der zum Glück bis heute nur noch in unserem staatlich überreglementierten, kassenärztlich organisierten Gesundheitssystem überlebt hat.

In unserem gesetzlichen Gesundheitssystem, das den Wohlstand der Ärzte und die gesamte medizinische Weiterentwicklung sichert, weil die Millionen von Kassenpatienten

für immer geschlossen hat? Für die Kassenpatienten als die eigentlichen Träger des Gesundheitssystems ist das die tägliche Sorge. Hier wird staatlich völlig am Gemeinwohl vorbeigorganisiert.

### Wir haben eine funktionierende „Gemeinwohl-Ökonomie“

Es steht außer Frage, dass unsere zukünftige Politik unbedingt eine noch stärkere Orientierung am Gemeinwohl erfordert, auch wenn unstrittig ist, dass das bestehende Wirtschaftssystem einen nie dagewesenen materiellen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten hervorgebracht hat.

Mit den Vermögensstatistiken für Deutschland wird der Eindruck erweckt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer würden. Diese Darstellung ist falsch. In den offiziellen Vermögens- und Staatsschuldenstatistiken wird das Eigentum der Arbeitnehmer und Rentner an ihren Anwartschaften bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) völlig ausgeblendet. Dieses „Vermögen“ der privaten Haushalte der Pflichtversicherten beläuft sich auf mehr als 5 Billionen Euro und müsste sowohl in der Vermögensstatistik als auch bei

den Schulden des Staates als sogenannte „Rückstellung“ für künftige Verpflichtungen erscheinen, wird aber unterschlagen. Die Bürger sind um 5 Billionen Euro reicher, als die Statistiken ausweisen, und der Staat hat statt der angegebenen 2 Billionen Euro dramatische 7 Billionen Euro Schulden aufgehäuft.

Die ÖDP sollte konsequent die bisherigen Wirtschaftsprogrammansätze weiter verfolgen, insbesondere die Umsetzung der ökologischen Steuerreform mit stärkerer Belastung von Ressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung sowie einer Entlastung des Faktors Arbeit. Wenn für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung nach den Vorstellungen der EZB tatsächlich eine Inflationsrate von 2% erforderlich sein sollte, dann wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2%-Punkte oder gar mehr eine probate, sozial ausgewogene Maßnahme, weil entsprechende Preissteigerungen durch die Erhöhung der Sozialhilfe und der Mindestlöhne für die Ärmsten der Armen kompensiert werden müssten. ■

**Dr. Klaus J. Klumpers, Jahrgang 1944, studierte Elektrotechnik, war Geschäftsführer bei zwei mittelständischen Unternehmen**



**und Universitätsdozent, bezieht seit 2009 Altersrente und arbeitet als freiberuflicher Unternehmens-, Gründungs- und Energieberater. In die ÖDP trat er 2005 ein. Seit 2008 ist er Stadtrat in Coburg, seit 2011 Mitglied im „Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen“, von 2013 bis 2015 war er Vorsitzender des Bezirks Oberfranken.**

[klumpers@oedp.de](mailto:klumpers@oedp.de)

## Gemeinwohl-Ökonomie

# „Ein demokratisches, offenes System“

Im Jahr 2010 veröffentlichte der österreichische Publizist Christian Felber das zusammen mit Unternehmern entwickelte Konzept der „Gemeinwohl-Ökonomie“. Sie entwickelte sich seither zur weltweiten Bewegung. Eines ihrer prominentesten Mitglieder ist die Sparda-Bank München e. G. Deren ehemaliger Vorstandsvorsitzender ist heute als Botschafter der Gemeinwohl-Ökonomie unterwegs.

Interview mit Günter Grzega

*ÖkologiePolitik:* Herr Grzega, wie wurden Sie zum Anhänger der Gemeinwohl-Ökonomie?

Günter Grzega: Durch Zufall hörte ich vor rund 15 Jahren während eines Urlaubs in Österreich einen Vortrag von Christian Felber. Wir unterhielten uns hinterher, blieben in Kontakt und irgendwann

mie. Das bedeutet zwar nicht, dass ich mit all ihren aktuellen Positionen 100-prozentig übereinstimme, aber immerhin mit so vielen, dass ich inzwischen als ihr offizieller Botschafter unterwegs bin.

*Worin stimmen Sie nicht überein?*  
Beim Finanzwesen – meinem Spezialgebiet als Bankier. Eine De-

schaft einführen und diese konsequent umsetzen. Eine Bank sollte beispielsweise keine Aktiengesellschaft sein, denn dann denkt sie nur noch in Quartalszahlen und an den Shareholder-Value – auf Kosten des Kundenwohls und auch des Gemeinwohls. Völlig grotesk ist, dass sogar Landesbanken von Körperschaften des öffentlichen Rechts in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden. Gute Regeln für das Finanzwesen, also die Re-Regulierung der Finanzinstitute und des Finanzmarkts, sind entscheidend – und die genügen dann aber auch. Die Fokussierung auf das Finanzwesen lenkt nur von anderen, wichtigeren Themen wie Steuergerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit ab.

*Worin sehen Sie die große Stärke der Gemeinwohl-Ökonomie?*

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine Graswurzelbewegung, eine Initiative von unten, der sich aber – und das ist etwas Besonderes! – zahlreiche kluge Köpfe angeschlossen haben, darunter viele Unternehmer und Manager. Es geht hier nicht um die Vertretung und Durchsetzung von gemeinsamen Interessen – dafür ist die Truppe viel zu bunt –, sondern um das En-

mokratisierung und damit Aufwertung der Zentralbank zu einer vierten Staatsgewalt halte ich nicht für notwendig und auch nicht für zielführend. Da schießt die Gemeinwohl-Ökonomie momentan etwas übers Ziel hinaus. Meiner Meinung nach sollte die Zuständigkeit für die Geldschöpfung nicht an eine mächtige Zentralorganisation delegiert werden, sondern weiterhin so dezentral, also subsidiär – was ja eigentlich ein Kerngedanke der Gemeinwohl-Ökonomie ist! – organisiert bleiben, wie das aktuell der Fall ist. Viel wichtiger wäre, dass wir bessere Regeln für die Finanzwirt-

„Die Fokussierung auf das Finanzwesen lenkt von wichtigeren Themen wie Steuergerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit ab.“

lud ich ihn ein, bei uns Vorträge zu halten, was er dann auch tat. Das geschah in Übereinstimmung mit Helmut Lind, meinem Nachfolger als Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank, der seit 2011 neben der Finanzbilanz eine auditierte Gemeinwohl-Bilanz nach den Kriterien der Gemeinwohl-Ökonomie erstellen lässt. Es existiert einfach eine große Übereinstimmung zwischen dem Selbstverständnis der Sparda-Bank und den Kerngedanken der Gemeinwohl-Ökonomie. Und zwischen meinen persönlichen Überzeugungen und den Kerngedanken der Gemeinwohl-Ökono-



Günter Grzega, Jahrgang 1944, Dipl.-Bankbetriebswirt und Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt, wurde 1994 in den Vorstand der Sparda-Bank München eG berufen und war von 2000 bis 2006 ihr Vorstandsvorsitzender. Unter seiner Führung stieg sie zu einer der größten Genossenschaftsbanken in Deutschland auf. Grzega engagiert sich zudem seit 2004 für die Global-Marshall-Plan-Initiative, war 2009 Gründungsmitglied des „Senats der Wirtschaft Deutschlands“ und ist seit 2011 als offizieller Botschafter für die Gemeinwohl-Ökonomie unterwegs.

[g.grzega@t-online.de](mailto:g.grzega@t-online.de)

gagement für eine Idee, die man für richtig hält. Dadurch, dass sie von unten kommt, ergänzt sie hervorragend Initiativen, die eine Veränderung von oben her bewirken wollen. Beide Bewegungen sind richtig und wichtig.

*Warum übt die Gemeinwohl-Ökonomie eine so große Faszination und Anziehungskraft aus?*

Dahinter steht zunächst einmal die von immer mehr Menschen geteilte Erkenntnis, dass die neoliberale Wirtschaftsdeologie, die alles dem Konkurrenzdenken und dem Gewinnstreben unterordnet,

unsere Gesellschaft voll gegen die Wand fahren lässt. Hier setzt die Gemeinwohl-Ökonomie an. Sie ist eine evolutionäre Fortschreibung der Sozialen Marktwirtschaft. Sie entwickelt diese weiter und ergänzt sie um die wichtigen Themen „Basis-Demokratie“ und „Ökologie“. Und sie tut das eben so schlüssig, dass sich viele Menschen von ihr überzeugen ließen – so ja auch ich.

nur, weil die Kernidee einfach und gleichzeitig brillant ist.

*Was ist die Kernidee der Gemeinwohl-Ökonomie?*

Die Kernidee ist, dass das Eigennutzstreben viel stärker an das Gemeinwohl gekoppelt werden muss – zielgerichtet und nicht zufällig. Das geschieht über die Gemeinwohl-Bilanz, die den Grad des Gemeinwohl-Nutzens fest-

„Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine Graswurzelbewegung, der sich zahlreiche kluge Köpfe angeschlossen haben.“

*Es gibt auch noch andere Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus. Worin unterscheidet sich die Gemeinwohl-Ökonomie von denen?*

Die Gemeinwohl-Ökonomie ist offen. Sie behauptet nicht, schon der Weisheit letzten Schluss gefunden haben, sondern sie ist ein Anfang, ein Impuls, eine Bewegung, ein demokratischer Prozess. Sie ermuntert zum Mitmachen, Mitdenken, Mitreden und Mitentscheiden. Und das ist ja gerade in einer Demokratie von zentraler Bedeutung. Da brauchen Ideen und Positionen Mehrheiten. Und Mehrheiten erreicht man eher nicht, indem man von oben herab radikale Ideen propagiert, welche die meisten Menschen nicht verste-

stellt und ausdrückt. Je höher der Gemeinwohl-Nutzen, desto niedriger die Steuern, je niedriger der Gemeinwohl-Nutzen, desto höher die Steuern. Eine simple Logik, klar, einleuchtend und fair.

*Ohne Gemeinwohl-Bilanz keine Gemeinwohl-Ökonomie?*

Richtig. Die Gemeinwohl-Bilanz ist das Herzstück. Sie ist unbedingt notwendig und sorgt für Orientierung. Viele Unternehmen unterziehen sich ja heute schon freiwillig einer Gemeinwohl-Bilanzierung. Sie wollen wissen, wo sie stehen und ob sie sich auf dem richtigen Weg befinden. Wenn keine Gemeinwohl-Bilanz erstellt wird, tappen die Unternehmen ja im Dunkeln. Sie

„Die neoliberale Wirtschaftsdeologie, die alles dem Konkurrenzdenken und dem Gewinnstreben unterordnet, lässt unsere Gesellschaft voll gegen die Wand fahren.“

hen oder bei der Umsetzung völlig überfordern. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist da sehr pragmatisch und unideologisch. Und das kommt offensichtlich gut an. Aber natürlich

können sich vornehmen, zum Gemeinwohl beizutragen, können behaupten, zum Gemeinwohl beizutragen – aber ob sie das dann auch tatsächlich tun, und wenn ja: wie

stark, das ist eine ganz andere Sache. Das Gegenteil von „gut gemacht“ ist ja bekanntlich „gut gemeint“. Nur durch die Gemeinwohl-Bilanz

einer „Offenen Gesellschaft“ – ganz im Sinne des Staatsphilosophen Karl Popper. Wir sind Menschen, wir können nicht in die Zukunft

finanziell lohnen. Ich betrachte den Wettbewerb nach wie vor als etwas durchaus Positives. Gute Ideen, Konzepte und Strategien setzen sich durch, schlechte scheitern und verschwinden. Dass dabei Arbeitsplätze verloren gehen, liegt in der Natur der Sache, aber das müssen wir akzeptieren und das können wir auch akzeptieren, denn es entstehen dafür ja an anderer Stelle neue Arbeitsplätze. Und für die Gestaltung dieser stetigen Unwägbarkeiten im Arbeitsleben braucht es selbstverständlich einen gut funktionierenden Sozialstaat, also eine stark sozial geprägte, gemeinwohlorientierte Marktwirtschaft. Etwas anderes wie der Wettbewerb zwischen Unternehmen ist aber der Wettbewerb zwischen Staaten.

### „Die Gemeinwohl-Ökonomie ist eine evolutionäre Fortschreibung der Sozialen Marktwirtschaft.“

erhält ein Unternehmen – und bei ihrer Veröffentlichung auch die Gesellschaft – eine belastbare Aussage, wie hoch sein aktueller Nutzen für das Gemeinwohl tatsächlich ist. Und welches die größten Schwachpunkte sind.

Eine Gemeinwohl-Bilanzierung setzt aber voraus, dass der Begriff „Gemeinwohl“ exakt definiert ist. Tatsächlich ist er aber sehr diffus und subjektiv. Verbirgt sich hinter den Gemeinwohl-Kriterien nicht eine ziemliche Willkür?

Ja, selbstverständlich, aber das ist unvermeidbar. Die heute praktizierte Gemeinwohl-Bilanzierung ist nicht der Weisheit letzter Schluss. Sie ist deshalb auch nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern das zeitlich begrenzte Ergebnis einer demokratisch zustande gekommenen Übereinkunft. Als solche kann und sollte sie sich natürlich immer wieder ändern. Das liegt im Wesen

schauen, wir sind nicht allwissend, wir sind nicht unfehlbar. Irrtümer passieren, Fehler passieren. Die sollten aber, wenn sie erkannt sind, möglichst schnell und gewaltfrei korrigiert werden können. Und das geht erfahrungsgemäß am besten in einer stark subsidiär gestalteten Demokratie. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist kein totalitäres, geschlossenes System, sondern ein

### „Die Kernidee ist, dass das Eigennutzstreben viel stärker an das Gemeinwohl gekoppelt werden muss – zielgerichtet und nicht zufällig.“

demokratisches, offenes. Dabei kann es durchaus sein, dass die demokratische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung künftig anders erfolgen muss, als dies heute üblich ist. Auch da müssen wir für neue Ideen offen sein.

Welches sind denn bei Ihren Vorträgen und Diskussionen die häufigsten Argumente gegen die Gemeinwohl-Ökonomie? Und die häufigsten Missverständnisse?

Oft wird behauptet, die Gemeinwohl-Ökonomie sei eine sozialistische oder gar kommunistische Wirtschaftsform. Das ist natürlich völliger Quatsch! Die Gemeinwohl-Ökonomie will keine Gleichmacherei und auch keine zentralistische Planwirtschaft. Sie will weiterhin Wettbewerb. Und sie will, dass sich Kreativität, Können, Mut und Fleiß

Die können nicht einfach Insolvenz anmelden und ihren Bürgern sagen, sie sollen sich einen anderen Staat suchen. Wir sollten erkennen und eingestehen, dass das deutsche Exportweltmeistertum unweigerlich dazu führt, dass andere Staaten in eine volkswirtschaftliche Krise geraten. Handelsbilanzen sind ein Nullsummenspiel: Wenn ein Staat einen Handelsüberschuss erzielt, weist mindestens ein anderer Staat ein Handelsdefizit auf. Das führt dort auf Dauer zu Armut. Und die führt wiederum dazu, dass Menschen keine Zukunftsperspektive haben und ihre Heimat verlassen. „Wirtschaftsflüchtlinge“ werden sie bei uns abwertend genannt. Meines Erachtens trifft der Begriff eher auf Unternehmen und Personen zu, die ihr Geld in Steueroasen wie Panama

verstecken – aber das ist jetzt ein anderes Thema.

Von Sympathisanten der Gemeinwohl-Ökonomie wird manchmal behauptet, sie würde das Eigennutzstreben durch das Gemeinwohl ersetzen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie ersetzt das Eigennutzstreben nicht, sondern lenkt es in die richtige Richtung. Was dem Gemeinwohl nützt, wird von staatlicher Seite belohnt. Dadurch wird das Eigennutzstreben, von dem die Gesellschaft profitiert, gefördert. Je mehr sie profitiert, desto höher die Förderung – und umgekehrt. Es geht also um die bewusste Herbeiführung von Win-win-Situationen, in denen sowohl das Unternehmen als auch die Gesellschaft einen hohen Nutzen haben.

Von Kritikern wird gerne vorgebracht, die Gemeinwohl-Ökonomie würde einen gigantischen bürokratischen Aufwand bedeuten.

Wir haben ja schon eine gigantische Bürokratie, die den Wildwuchs unseres Subventionierungssystems verwaltet. Da erfolgt die Förderung allerdings meist ohne klare Gemeinwohl-Orientierung nach recht willkürlich anmutenden Kriterien, die nicht aufeinander abgestimmt sind und sich häufig auch noch widersprechen. Hier etwas zu entschlacken und eine klare Linie reinzubringen, würde sicher den Bürokratieaufwand insgesamt nicht erhöhen – zumal es dann auch viele Probleme, die heute aufwendig verwaltet werden, gar nicht mehr gibt.

Für die Unternehmen bedeutet die Gemeinwohl-Bilanz aber einen hohen Aufwand.

Ein Unternehmen wird nicht gezwungen, eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen zu lassen. Das kann es frei entscheiden. Wenn es darauf verzichtet, kommt es halt nicht in den Genuss der Vorteile, die sich aus einer guten Gemeinwohl-Bilanz er-

geben. Das ist wie beim Lohnsteuerjahresausgleich: Man ist nicht verpflichtet, den Antrag zu stellen, will man aber auf das Geld nicht verzichten, muss man sich durch die Formulare kämpfen. Eine Gemeinwohl-Bilanz sollte aber auch nicht als lästige Pflicht betrachtet werden, sondern als nützliches Hilfsmittel, das eigene Unternehmen besser zu verstehen und eventuellen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen.

Kommen wir zum Abschluss noch kurz auf den Workshop zu sprechen, den Sie für die ÖDP in Würzburg gehalten haben. Wie lief er?

Für mich überraschend positiv. Die Teilnehmer waren alle sehr offen, dachten mit, stellten kluge und konstruktive Fragen. Bei anderen Veranstaltungen erlebe ich immer wieder, dass es Teilnehmern vor allem darum geht, sich selbst zu profilieren und die eigene Meinung zu verteidigen bzw. zu propagieren. Das war hier nicht der Fall. Und das machte es für mich sehr angenehm.

Sollte die ÖDP versuchen, sich als Gemeinwohl-Partei zu profilieren?

Selbstverständlich. Die ÖDP zeichnete sich schon immer durch ein hervorragendes Parteiprogramm aus. Bei ihrer Gründung gab es in

### „Das Gefühl, dass es so, wie es momentan läuft, nicht weitergehen kann, dass der Neoliberalismus überwunden werden muss, ist heute weit verbreitet.“

Deutschland ja noch eine Soziale Marktwirtschaft, weshalb es logisch war, dass der Schwerpunkt zunächst auf ökologischen Themen lag. Seither hat sich aber der Neoliberalismus immer mehr durchgesetzt und zu gewaltigen sozialen Schiefen und Problemen geführt. Vor dieser Fehlentwicklung kann die ÖDP die Augen nicht verschließen, sondern

## BUCHTIPPS

Christian Felber  
**Gemeinwohl-Ökonomie**  
Deuticke, Neuauflage  
Dezember 2014  
280 Seiten, 17,90 Euro  
978-3-552-06291-7



Dirk Ehnts  
**Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive**  
Metropolis,  
Neuauflage Juli 2016,  
204 Seiten, 19,80 Euro  
978-3-7316-1105-9



muss darauf reagieren und in ihrem Parteiprogramm noch etwas stärker überzeugende Lösungsansätze aufnehmen. Sie sollte dabei eine Linie vertreten, die eine große Zahl von Menschen versteht und anspricht – und nicht überfordert und abstoßt. Das Gefühl, dass es so, wie es momentan läuft, nicht weitergehen kann, dass der Neoliberalismus überwunden werden muss, ist heute weit verbreitet – und sogar Papst Franziskus spricht das offen aus. Die Menschen warten auf schlüssige Antworten auf diese große Heraus-

forderung. Die Gemeinwohl-Ökonomie zeichnet sich durch einfache, klare Ideen aus, die leicht verständlich sind und denen viele Menschen sofort zustimmen – ja, die sogar viele Menschen spontan begeistern. Der ÖDP würde es sicher nicht schaden, diese Ideen aufzugreifen.

Herr Grzega, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

## ONLINETIPPS

### Gemeinwohl-Ökonomie

www.ecogood.org

### Gemeinwohl Ökonomie Bayern e.V.

www.gwoe-bayern.org

### Christian Felber

www.christian-felber.at

### Sparda-Bank München eG

www.zum-wohl-aller.de

Systemisches Konsensieren

## „Möglichst viele Grautöne sichtbar machen“

Statt einer „marktkonformen Demokratie“, wie sie Bundeskanzlerin Angela Merkel einmal als Ziel formulierte, brauchen wir, wenn das Gemeinwohl nicht den Konzerninteressen geopfert werden soll, eine „demokratiekonforme Marktwirtschaft“. Doch sind unsere aktuellen demokratischen Entscheidungsverfahren dafür überhaupt geeignet? Gibt es Alternativen?

Interview mit Jörn Wiedemann

ÖkologiePolitik: Herr Wiedemann, was ist die Kernidee der Gemeinwohl-Ökonomie?

Jörn Wiedemann: Durch eine Gemeinwohl-Bilanz wird das Ei-

gemeinwohl-orientierten Handelns auch am leichtesten umzusetzen. Beispielsweise können Kommunen entsprechende Kriterien in ihre Auftragsvergabe integrieren oder

sensfindung. Meine ganz persönliche Vorstellung davon könnte z.B. so aussehen: Zunächst werden von den kommunalen Funktionsträgern keine Lösungen vorgegeben, sondern zusammen mit interessierten Bürgern erst einmal die Fragestellung erarbeitet. Also nicht wie heute: „Sind sie für oder gegen die Erweiterung des Flughafens?“ Sondern: „Wie können wir unsere Mobilitätsbedürfnisse zukünftig optimal befriedigen?“ Bei einer solch offenen Fragestellung bleibt der Blick offen für andere Lösungen – z.B. für den Ausbau des ÖPNV, den Ausbau des Güterbahnhofs, das Einrichten zusätzlicher Schnellbahnverbindungen etc. oder die Kombination verschiedener Lösungen. Alle diese Lö-

„Vor Ort in der Kommune sind Ideen des gemeinwohl-orientierten Handelns am leichtesten umzusetzen.“

gennutzstreben an das Gemeinwohl gekoppelt. Die Gemeinwohl-Bilanz zeigt die Auswirkungen der unternehmerischen Tätigkeit einer Organisation auf die Allgemeinheit. Die Vision ist, dass gemeinwohl-orientiertes Handeln damit messbar und vergleichbar wird. Je höher der Nutzen der wirtschaftlichen Aktivitäten für das Gemeinwohl ist, desto mehr Steuererleichterungen und andere Vergünstigungen erhält ein Unternehmen. Wie diese Vorteile dann genau aussehen, das muss in einem demokratischen Prozess festgelegt werden.

Auf welcher Ebene? Bund, Land oder Kommune?

Prinzipiell denken wir diese Ideen auf allen Ebenen. Angefangen wird immer vor Ort in der Kommune. Dort sind Ideen des

ein Beispiel geben, in dem sie kommunale Eigenbetriebe bilanzieren.

Wie sieht ein demokratisches System im Sinne der Gemeinwohl-Ökonomie aus?

Es bindet die Bürger auf allen Ebenen so weit wie möglich ein und ist offen für alternative, demokrati-

sche Abstimmungsverfahren wie z.B. das Systemische Konsensieren. Was ist das?

Ein Entscheidungsverfahren, das etwas anders funktioniert als diejenigen, die wir sonst so praktizieren. Es geht um einen Prozess der Kon-

„Es geht darum, statt dem üblichen ‚Entweder/Oder‘ die Vielfalt der Möglichkeiten sichtbar zu machen.“

sungsvorschläge werden dann zur Abstimmung gegeben. So kann ein differenziertes Meinungsbild eingeholt werden. Und es wird sichtbar, bei welchen Lösungen von den Wählern der geringste Widerstand zu erwarten ist. Es geht also nicht



Jörn Wiedemann, Jahrgang 1968, absolvierte eine Ausbildung zum Bankkaufmann und arbeitete anschließend mehrere Jahre im Vermögensmanagement. 2013 gründete er die Münchner Niederlassung des Terra-Instituts, wo er als Berater und Trainer für nachhaltiges Wirtschaften tätig ist. Seit 2015 ist er Vorstand in der „Gemeinwohl-Ökonomie Bayern“, seit 2013 Mitglied in der ÖDP, 2014 kandidierte er für den Münchner Stadtrat.

[www.joerwiedemann.de](http://www.joerwiedemann.de)

um „Schwarz oder Weiß“, sondern darum, möglichst viele „Grautöne“ sichtbar zu machen.

Den Weg des geringsten Widerstands zu gehen – das klingt nach Opportunismus und ist ein häufig gebrauchter Vorwurf an karriereorientierte Politiker, die keine eigenen Überzeugungen haben.

Das genau ist es nicht, das ist meistens die Suche nach dem Kompromiss oder es wird die Lösung gewählt, bei der kein oder nur schwacher Widerstand erwartet wird – z.B. weil die betroffene Gruppe keine Lobby hat. Der Kerngedanke ist, möglichst viele Lösungsansätze zu suchen. Also statt dem üblichen „Entweder/Oder“ die Vielfalt der Möglichkeiten sichtbar zu machen und dann die Lösung zu wählen, die, nachdem alle Beteiligten sich einbringen konnten, den größten gemeinsamen Nenner hat.

Vertreter von Konzernen oder Branchen, wohl auch ganz normale Mitarbeiter, werden nur so lange kompromissbereit sein, wie ihnen keine wirtschaftlichen Nachteile drohen.

Anders als beim Konsens – alle sind dafür! – kann es beim Systemischen Konsensieren durchaus Widerstand geben. Der Unterschied liegt unter anderem darin, dass eben

Kann über die Würde von Menschen und über Menschenrechte demokratisch abgestimmt werden?

Ich glaube ja, wenn man das richtige Verfahren dafür wählt. Unser derzeitig praktiziertes Mehrheitswahlrecht ist dafür meines Erachtens aber vollkommen ungeeignet!

Besteht die Gefahr, dass die Menschen durch ein Zuviel an Demo-

„Alle Beteiligten sollen nachvollziehen können, welche Lösungsvorschläge den größten, aber eben auch den kleinsten Widerstand erzeugen.“

jeder Lösungsvorschlag bewertet wird. Das heißt, dass alle Beteiligten nachvollziehen können, welche Lösungsvorschläge den größten, aber eben auch den kleinsten Widerstand erzeugen. So kann ein sehr differenziertes Meinungsbild gewonnen werden. Allerdings ist beim Systemischen Konsensieren kein Vetorecht vorgesehen, was einigen Akteuren sicherlich weniger behagen könnte.

Über was soll demokratisch abgestimmt werden? Und über was nicht? Wo sind die Grenzen?

Das kann meines Erachtens nur der Souverän, also der Wähler entscheiden.

kratie überfordert, genervt und ihrer überdrüssig werden?

Ich kann mir das schon vorstellen. Im Moment sehe ich aber eher, dass der Überdruß daher kommt, dass die Menschen das Gefühl haben, keinen Einfluss nehmen zu können bzw. nicht ernst genommen zu werden. Der breite Widerstand gegen TTIP, CETA oder Glyphosat findet bei unserer gegenwärtigen Regierung nur geringe Resonanz. Das ist für mich der beste Beleg dafür, dass unsere Regierenden auf diesem Ohr schwer hörbehindert sind.

Herr Wiedemann, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■



Foto: Deborah Weber/pixelio.de  
Direkte Demokratie in der Schweiz: Bürgerversammlung einer Gemeinde des Kanton Glarus

Solidarische Ökonomie

## „Ressourcen als Gemeingüter verstehen und schützen“

Die „Solidarische Ökonomie“ ist eine alternative Form des Wirtschaftens. Sie will den Materialismus überwinden, Mitbestimmung und Demokratie erweitern, bedürfnisorientiert produzieren und die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten. Selbstorganisierte Unternehmen und Projekte, die sie verwirklichen wollen, gibt es weltweit, viele in Lateinamerika, aber auch in Europa.

Interview mit Elisabeth Voß

ÖkologiePolitik: Frau Voß, wie kommen wir aus der Wachstumsspirale heraus?

Elisabeth Voß: Ganz ehrlich: Ich weiß es nicht. Dass dieses zerstörerische Schneller-Höher-Weiter keine Zukunft hat, wird immer mehr Menschen klar. Aber was folgt daraus? Das wohlige Gefühl, sich an diesem Punkt einig zu sein, ändert ja nichts an der wirtschaftlichen Dynamik.

Ist der Kollaps also unvermeidlich?

Auch das kann ich nur schwer beantworten. Es gibt ja in der Degrowth-Bewegung die Frage „By design or by disaster?“, also ob es gelingen wird, die notwendige Wachstumsrücknahme bewusst zu gestalten, oder ob es erst zur Katastrophe kommen muss. Da denke ich dann immer, die Katastrophe ist doch längst da. Noch nicht für uns hier in den privilegierten Weltregionen, aber für Millionen Menschen im globalen Süden. Die verlieren schon seit Jahrzehnten ihre Lebensgrundlagen, werden vertrieben, sterben in Ressourcenkriegen oder auf der Flucht. Jedes „Weiter so!“ nimmt das nicht nur in Kauf, sondern verstärkt es.

Ist Solidarische Ökonomie eine wirksame Antwort darauf?

Sie kann ein Teil davon sein. Die vielen kleineren und wenigen größeren Ansätze zeigen ja, dass es an-

sorge“ – in gesellschaftlicher Verantwortung durch öffentliche Unternehmen sichergestellt wird. Dazu

„Über die gemeinschaftliche wirtschaftliche Selbsthilfe hinaus ist es notwendig, die gesamte Wirtschaft solidarisch zu gestalten.“

ders geht, dass Wirtschaft nicht bedeuten muss, maximalen Profit zu erwirtschaften, sondern dass Menschen das herstellen können, was sie zum Leben brauchen. Allerdings reicht es sicherlich nicht aus, in ein paar Nischen – viel mehr ist es ja meist nicht – anders zu wirtschaften.

Was wäre notwendig?

Über die gemeinschaftliche wirtschaftliche Selbsthilfe hinaus ist es notwendig, die gesamte Wirtschaft solidarisch zu gestalten, also auch die gesellschaftliche Perspektive nicht aus dem Blick zu verlieren: Wer entscheidet über Produktionsprozesse, über Ressourcennutzung, über Arbeitsverhältnisse und über die Verteilung des Produzierten? In diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig, dass die Grundversorgung mit dem Lebensnotwendigen – die sogenannte „Daseinsvor-

ist es notwendig, die erforderlichen Ressourcen als Gemeingüter zu verstehen und zu schützen.

Wir können wir denn die Privatisierung von immer mehr Gemeingütern in Privateigentum umkehren?

Dafür sind soziale Auseinandersetzungen und politische Kämpfe gegen Privatisierungen unabdingbar, die ja heute weltweit geführt werden, und die ich als Bestandteil solidarischen Wirtschaftens verstehe. Solidarisches Wirtschaften wird in der globalen Welt nicht in einem Land möglich sein, sondern schließt eine globale Perspektive mit ein.

Kann denn eine Solidarische Ökonomie innerhalb des Kapitalismus überhaupt funktionieren?

Solidarische Ökonomie im engeren Sinne, also wirtschaftliche Selbsthilfe, entsteht oft gerade dort, wo die kapitalistische Marktwirt-



Elisabeth Voß, Jahrgang 1955, Dipl.-Betriebswirtin (FH), schreibt als freiberufliche Publizistin über Solidarische Ökonomien, genossenschaftliche Unternehmungen, Hausprojekte sowie Selbstorganisation in Wirtschaft und Gesellschaft unter anderem für die Zeitschriften „Contraste“ und „Oya“. Des Weiteren engagiert sie sich in Organisationen wie „Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation“, „Gemeingut in BürgerInnenhand“ und „Bewegungsstiftung“.

[www.elisabeth-voss.de](http://www.elisabeth-voss.de)

schaft die Bedürfnisse der Menschen nicht mehr erfüllen kann. Meist ist die Not der Auslöser, sich mit anderen zusammenzutun, um irgendwie über die Runden zu kommen. Wir sehen das aktuell in Griechenland und Spanien, aber auch seit der Krise in Argentinien Anfang des Jahrhunderts oder in Brasilien, wo 2003 sogar ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie eingerichtet wurde, um Menschen dabei zu unterstützen, sich in Genossenschaften zu organisieren, und damit Hunger und Armut zu überwinden. Menschen haben sich in der Geschichte schon immer zusammengetan, weil sie als soziale Wesen

alleine nicht lebensfähig wären. Ohne das Gemeinschaftliche gäbe es die Menschheit sicher schon lange nicht mehr. Diese Solidarität in der Not hat also ganz pragmatische Aspekte und oft zerfällt

sehr entgegen. Natürlich ohne eine Diktatur des Proletariats und solche autoritär-patriarchalen Ideen. Aber das Bestreben, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechte-

„Es ist wichtig, dass die Grundversorgung mit dem Lebensnotwendigen durch öffentliche Unternehmen sichergestellt wird.“

sie auch ganz schnell, wenn sich gesellschaftliche Verhältnisse verändern. Das war zum Beispiel nach dem Ende der DDR zu beobachten, wo viele, die bisher notgedrungen kooperiert hatten, nun in der sogenannten „Freien Marktwirtschaft“ nur noch auf ihren persönlichen Vorteil geschaut haben. Nun sind die Träume von blühenden Landschaften zerplatzt und so manchen abgehängten Regionen in den Neuen Bundesländern täte es gut, in gemeinschaftlicher wirtschaftlicher Selbsthilfe ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Ansätze dazu gibt es, nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit neu hinzuziehenden Menschen mit Fluchtbiografien.

tes, verlassenes, verächtliches Wesen ist, könnte eine Klammer sein, die beides verbindet.

Was würden Sie tun, wenn Sie Wirtschaftsministerin wären?

Zuerst würde ich den Wirtschaftskrieg, den Deutschland gegen den Rest der Welt führt, beenden: die destruktiven Exportüberschüsse. Vor allem die Rüstungsexporte, überhaupt die gesamte Rüstungsproduktion würde ich herunterfahren. Des Weiteren würde ich mich dafür einsetzen, die Ausplünderung der Ressourcen im globalen Süden zu stoppen, die ja vor allem der Produktion von Futtermitteln für den überbordenden Fleischkonsum und dem Anbau

„Solidarisches Wirtschaften wird in der globalen Welt nicht in einem Land möglich sein, sondern schließt eine globale Perspektive mit ein.“

Was ist der Unterschied zwischen Solidarischen Ökonomien zum Kommunismus?

Der Kommunismus ist eine Utopie, es gab ihn noch nie. Die Idee einer Gesellschaft von Gleichen, in denen die einen die anderen nicht ausbeuten können, weil es kein Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, kommt meiner Vorstellung solidarischen Wirtschaftens schon

von Energiepflanzen zum Opfer fallen. Bekanntlich kann der Hunger in der Welt nur durch Ernährungssouveränität und eine kleinbäuerliche Landwirtschaft überwunden werden.

Wie lässt sich das umsetzen?

Das ist eine Frage der politischen Vernetzung und Macht, denn ohne einschneidende Maßnahmen, insbesondere ins Eigentumsrecht von

Unternehmen, wird solidarisches Wirtschaften in größerem Stil nicht möglich sein. Im Inland wäre die Unterstützung aus Politik und Verwaltung notwendig, also eine ausreichende Anzahl von Menschen dort, die das Ziel einer menschen-

schaften, die ausschließlich der Profitmaximierung dienen. Daneben wird es sicher auch weiterhin einen Welthandel geben. Seit Jahrzehnten zeigt beispielsweise der solidarische Kaffeehandel, wie das gehen kann. Da geht es nicht darum, den Kaffee-

Produktion und am sozialen Miteinander zu arbeiten.

*Führt uns nicht gerade der Geldverwertungsdrang im Wirtschaftsprozess in den Abgrund?*

Einerseits ja, denn aus Geld mehr Geld und daraus noch mehr Geld zu machen, setzt zerstörerische Mechanismen in Gang. Andererseits ist Geld nur der Gegenwert der Ausbeutung von Mensch und Natur, und ein praktikables Instrument zur Sicherung von Ansprüchen auf Güter und Leistungen. Sicher kann es sinnvoll sein, spekulative Geldflüsse zur Schadensbegrenzung zu regulieren, als Notmaßnahme. Aber wenn wir über Alternativen sprechen, dann scheint mir die Fokussierung auf die Zirkulation mitunter wie eine Fetischisierung des Geldes. Vielleicht ist es einfacher, ein technisch anders organisiertes Geldsystem zu erdenken, als sich der Frage zu stellen, wie sich Machtverhältnisse – insbesondere das Privateigentum an Produktionsmitteln – verändern lassen. Aber genau dies ist meines Erachtens notwendig.

von Arbeitenden und Nutzenden gemeinsam das Lebensnotwendige erwirtschaften. Aktuelle Beispiele sind Community-Supported-Agriculture-Projekte der Solidarischen Landwirtschaft. Sie zeigen, dass genossenschaftliches Wirtschaften

für autofreie Innenstädte, Tempo 30 und Vorrang für diejenigen, die sich zu Fuß und auf dem Rad bewegen, einsetzen. Die Shareconomy ist für mich ganz klar ein trojanisches Pferd der gewinnorientierten Wachstumsökonomie, auch wenn

*„Die Idee einer Gesellschaft von Gleichen, in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, kommt meiner Vorstellung solidarischen Wirtschaftens schon sehr entgegen.“*

würdigen Wirtschaftsgestaltung teilen, sowie solidarische internationale Beziehungen. Ebenso wichtig ist der Rückhalt in der Bevölkerung. Es könnte zum Beispiel über einen „Transformatorischen Wirtschaftsrat“ nachgedacht werden: ein Gremium zur breiten Bildung der Bevölkerung in Wirtschaftsfragen und zur Diskussion von Leitbildern für eine solidarische Gesellschaft.

*Wie könnten Solidarische Ökonomien in einer globalisierten Welt funktionieren?*

Ich gehe davon aus, dass der Schwerpunkt der Versorgung durch lokale und regionale Wirtschaftsstrukturen abgedeckt wird. Dabei sehe ich die Hauptverantwortung in öffentlichen Unternehmen, die jedoch keine „closed shops“ sein werden, wie bisher, sondern von der Bevölkerung gesteuert und kontrolliert werden. Daneben könnte es einen breiten Sektor genossenschaftlicher Unternehmen geben, und auch einige Kleinunternehmen, Familienbetriebe und Kollektive sowie Selbstständige und freiberufliche Tätige. Also durchaus eine breite Mischung von Unternehmensformen. Aber keine globalen Konzerne, keine privaten Großunternehmen und vor allem keine Aktiengesell-

möglichst billig zu beziehen, sondern es werden persönliche Beziehungen zwischen den Produzenten und Händlerinnen und Händlern aufgebaut. Oft entsteht solche Zusammenarbeit aus dem Wunsch, politische Befreiungsbewegungen nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zu unterstützen.

*Brauchen wir ein anderes Geldsystem?*

In meiner persönlichen Utopie gibt es kein Geld mehr. Geld für sich ist nichts, außer das, was Men-

*„Ohne einschneidende Maßnahmen, insbesondere ins Eigentumsrecht von Unternehmen, wird solidarisches Wirtschaften in größerem Stil nicht möglich sein.“*

schen vereinbaren, was es sein soll. Viel wesentlicher finde ich jedoch die Frage, wie Güter hergestellt und Leistungen erbracht werden. Was geschieht mit den Ressourcen und den arbeitenden Menschen im Wirtschaftsprozess und wer entscheidet eigentlich darüber? Solidarische Ökonomien basieren ja wesentlich auf menschlichen Beziehungen, nicht auf Geld, das höchstens ein Hilfsmittel zur Verrechnung ist. Darum halte ich es für wichtiger, an der

*Welche Rolle können Genossenschaften in den Solidarischen Ökonomien spielen?*

Genossenschaften sind aus meiner Sicht so etwas wie ein Prototyp solidarischen Wirtschaftens, insbesondere wenn sie im Mitgliedergeschäft tätig sind, also mit ihren Gütern oder Leistungen nicht an den Markt gehen, sondern die Mitglieder sich mit ihrer eigenen Arbeit selbst versorgen oder in einer solidarischen Gemeinschaft

*„Die Shareconomy ist für mich ganz klar ein trojanisches Pferd der gewinnorientierten Wachstumsökonomie.“*

nicht zwangsläufig die Rechtsform der Genossenschaft benötigt. Ein anderes Beispiel ist das Mietshäuser Syndikat – ein Solidarverbund von Wohnprojekten, der sogar 2012 im Internationalen Jahr der Genossenschaften einen Genossenschaftspreis bekommen hat, obwohl das Syndikat aus GmbHs und Vereinen besteht. Genossenschaften haben meines Erachtens eine große Zukunft, weil sie zum Nutzen ihrer Mitglieder wirtschaften, nicht für den Profit. Sie stehen jedoch vor der Herausforderung, über den Mitgliedernutzen hinaus auch gesellschaftlich sozial und verantwortlich zu handeln, was viele Genossenschaften ja bereits tun.

*Welche Rolle kommt der Shareconomy zu?*

Eine ganz fatale. Die Shareconomy wird ja seit einigen Jahren medial unglaublich gehypt. Das ist ein neues, profitables Geschäftsmodell, mit dem sich große Unternehmen und Konzerne – insbesondere aus der Digitalwirtschaft – Daten, Umsatzbeteiligungen und nicht zuletzt auch ideologische Legitimation verschaffen. Zum Beispiel scheint es dem CarSharing zu gelingen, dem Autofahren Legitimation und sogar einen gewissen Ökofaktor anzudichten. Wer ohne Reue Autos nutzen kann, wird sich kaum

vereinzelt Wohlmeinende auf den Trend aufspringen und kleine selbstorganisierte Projekte auch unter diesem Label betreiben.

*Was halten Sie von einem individuellen Ressourcenbudget als handelbare Zweitwährung?*

Das halte ich für einen grundlegend falschen Ansatz, denn er folgt

*„Ich denke, dass natürliche Ressourcen keine Waren sein sollten, deren Nutzung käuflich ist.“*

der marktwirtschaftlichen Logik. Warum sollte das Recht auf den Verbrauch von Ressourcen käuflich sein? Das war meines Erachtens auch schon einer der Fehler bei den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten für Unternehmen. Ich denke, dass natürliche Ressourcen keine Waren sein sollten, deren Nutzung käuflich ist, sodass diejenigen, die mehr Geld haben, mehr davon bekommen, sondern dass es eine der vielen Herausforderungen Solidarischen Wirtschaftens wäre, dafür andere gesellschaftliche Aushandlungsmechanismen zu finden, ohne in autoritäre Bürokratien zu verfallen. Vor dem individuellen Ressourcenverbrauch steht ja der Produktionsprozess, also die Ausbeutung der Natur durch große Unternehmen

## BUCHTIPP

Elisabeth Voß, Netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. (Hrsg.)

### Wegweiser Solidarische Ökonomie

!Anders Wirtschaften ist möglich!

AG SPAK, September 2015

204 Seiten, 10,00 Euro

978-3-940865-33-5



und Konzerne. Da wäre anzusetzen – aber nicht mit käuflichen Zertifikaten! –, statt die Regulation individualistisch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern anzusetzen. Mit großer Sorge sehe ich den Trend

zur Akzeptanz ökonomistischer Sichtweisen, in denen alles Handeln legitim erscheint, sofern dafür bezahlt wird. Hier sind grundsätzliche politische Entscheidungen und demokratische Steuerung in der Wirtschaft notwendig. Statt sich in vermeintlichen Sachzwängen und Wirtschaftlichkeitsfragen zu verfangen, sollte eine der Grundfragen Solidarischen Wirtschaftens breit diskutiert werden: Was brauchen Menschen zum Leben? Und wofür ist es legitim, Ressourcen und menschliche Arbeitskraft einzusetzen?

*Frau Voß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.* ■

*Das Interview führte Jürgen Osterlänger, Mitglied der ÖDP-Bundesprogrammkommission.*

Freihandelsabkommen

# Auf dem Weg zur Diktatur der Konzerne

International operierende Konzerne dominieren unsere Wirtschaft immer mehr. Und sie wollen nicht nur die Wirtschaft dominieren, sondern unsere gesamte Gesellschaft. Die sogenannten „Freihandelsabkommen“ dienen weniger dem freien Handel, sondern dazu, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit abzubauen. Das scheint zum Wesen der EU zu gehören.

von Hermann Striedl

Erst vor wenigen Jahren wurde nach und nach bekannt, dass die EU Freihandelsabkommen plant: mit den USA das „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP), mit Kanada das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ (CETA) und zwischen 23 Staaten das „Trade in Services Agreement“ (TiSA) für Dienstleistungen. Diese völkerrechtlichen Verträge würden den Konzernen Sonderrechte einräumen. Sie wären von den einzelnen vertragsschließenden Staaten überwiegend nicht mehr kündbar.

Konzerne könnten Staaten auf dreistellige Millionenbeträge verklagen, wenn diese aus Gesundheits-, Umwelt- und Sozialgründen Gesetze erlassen und Großinvestoren dadurch ihre Gewinnerwartung beeinträchtigt sehen. Spezialisierte Anwaltskanzleien könnten durch Klagen von Konzernen vor dubiosen Schiedsstellen ebenfalls Millionen verdienen. Die Schiedsstellen sind keine Gerichte, sind nicht mit unabhängigen Richtern besetzt. Ihre Entscheidungen sind von ordentlichen Gerichten nicht überprüfbar.

Obwohl die gefährlichen Inhalte der Freihandelsabkommen von un-

abhängigen Fachleuten und von verschiedenen NGOs offengelegt und kritisiert wurden, obwohl Millionen von EU- und USA-Bürgern gegen diese Freihandelsabkommen

als Wirtschaftsgroßmacht. Diesem vereinten Europa wurden nach und nach immer mehr nationale Souveränitätsrechte übertragen. 1992 kam es zu einer Grundgesetzänderung,

*Von der EU-Gesetzgebung und davon, wie die EU von ihren Hoheitsrechten Gebrauch macht, sind die EU-Bürger ausgeschlossen.*

auf die Straße gehen, wird deren Verabschiedung von den Regierungen mit allen Mitteln vorwärtsgetrieben. Wie kann das sein?

## Politische Vorgeschichte

Um die gegenwärtige Situation zu verstehen, ist ein Blick auf die politische Entwicklung nach 1948 zu werfen: Deutschland verstand sich nach dem gerade in Kraft getretenen Grundgesetz als ein demokratischer, sozialer Bundesstaat. Um die wirtschaftliche Katastrophe nach den Weltkriegen zu überwinden, aber auch zur Friedenssicherung zwischen ehemals verfeindeten europäischen Nationen wurden Wirtschaftsbündnisse geschlossen und in der Folgezeit intensiviert. Wunsch war ein vereintes Europa

um nationale Hoheitsrechte auf eine europäische Staatengemeinschaft übertragen zu können – die Voraussetzung für den Maastricht- und den Lissabonvertrag.

Es erfolgte eine Übertragung nationaler Hoheitsrechte auf die EU – und damit die Minimierung nationaler Souveränität. Dies entsprach den Anforderungen eines demokratischen sozialen Rechtsstaates nicht, so das Bundesverfassungsgericht (BVerfG). Die Übertragung nationaler staatlicher Souveränität erfolgte ohne Mitwirkung des Volkes. Sie erfolgte durch völkerrechtliche Vereinbarungen der Regierungen, verfassungsrechtlich fehlte es diesen an einem Mandat des Volkes. Die Übertragung erfolgte unwiderlich.



Nach der zynischen Eingangsfrage „Kommen bei TTIP die berechtigten Interessen unserer Konzerne nicht unter die Räder einer entfesselten Demokratie?“ wird in der brillanten Satiresendung „Die Anstalt“ vom 24. Mai 2016 detailliert aufgezeigt, mit welchen Mitteln die EU und die USA dies konsequent verhindern.

## Wirtschaftsliberalismus als Leitbild

Was jedoch wesentlicher ist: Es wurde ein Wirtschaftsbündnis geschlossen, dessen Grundlagen der EU-Vertrag (EUV) und der Vertrag über die Arbeitsweise der Union (AEUV) sind. Dort sind folgende Ziele festgeschrieben: freier Wettbewerb, freier Waren- und Geldverkehr, weitestmögliche Privatisierung sogar der Daseinsvorsorge. Maßnahmen wie die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und

chen Verträgen ist der Wirtschaftsliberalismus die bindende Gesellschaftsgrundlage.

Die ursprüngliche Intention von Liberalismus war die individuelle Freiheit innerhalb einer staatlichen Ordnung. Der Wirtschaftsliberalismus dagegen will einen Marktfundamentalismus, d.h. die Gesellschaft soll einem System sich selbst regulierender Märkte untergeordnet werden. Der Staat hat nur noch für den Schutz der Handelsfreiheit, für die Einhaltung der von den Markt-

*Die Geschäfte des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) führen Finanzfachleute ohne demokratische Legitimation.*

Arbeitsbedingungen und ein angemessener sozialer Schutz sind zwar erwähnt, jedoch dem obersten Ziel, nämlich der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und dem freien Handel, untergeordnet. Die Verträge sind zeitlich nicht begrenzt und können nur gemeinsam von allen Vertragsschließenden aufgehoben oder abgeändert werden. In diesen zeitlich unbegrenzten völkerrechtli-

beteiligten frei ausgehandelten Verträge sowie für die Gefahrenabwehr gegen außen und innen zu sorgen, ansonsten ist er abzuschaffen. David Rockefeller, Berater mehrerer amerikanischer Präsidenten, wollte eine neue Weltordnung, in der Banken und Konzerne die Weltpolitik bestimmen. Seinen Forderungen wurde von den EU-Regierungen nie widersprochen.

## ONLINETIPPS

Harald Klimenta  
**Was hilft es, nur Freihandelsverträge anzuprangern?**  
Telepolis, 29.06.2016  
<http://tinyurl.com/gst3cj>

Andreas Sieber  
**TTIP gefährdet den Klimaschutz**  
Cicero, 29.05.2016  
<http://tinyurl.com/zmcvmb>

Petra Pinzler  
**Also doch Sonderrechte**  
Zeit, 27.05.2016  
<http://tinyurl.com/za89r8j>

Claus von Wagner, Max Uthoff  
**Die Anstalt**  
ZDF, 24.05.2016  
<http://tinyurl.com/jcexp4p>

Josef Brami  
**Teile und herrsche**  
DGAP, 20.05.2016  
<http://tinyurl.com/hl4kraw>

Thilo Bode  
**Das Märchen von den Standards**  
Süddeutsche, 08.05.2016  
<http://tinyurl.com/j6lwdk>

Markus Kompa  
**TTIP ohne ZerrSPIEGEL**  
Telepolis, 02.05.2016  
<http://tinyurl.com/j3vbb8g>

Markus Diem Meier  
**Warum ohne TTIP nichts verloren wäre**  
Tagesanzeiger, 02.05.2016  
<http://tinyurl.com/jsbbrlm3>

## Übertragung von Hoheitsrechten

Von Anfang an wurde von den Regierungen der EU-Staaten ein Staatenbündnis EU errichtet, das eine Weltwirtschaftsmacht ist. Die EU-Gründerstaaten übertrugen die

wichtigsten nationalen Hoheitsrechte auf die EU. Die EU verfügt nach der Übertragung autonom über diese Hoheitsrechte, die sie durch ihre Institutionen im Interesse des Kapitals sowohl durch Gesetzgebung als auch in der Verwaltung ausübt. Nach der Übertragung der Hoheitsrechte ist ein Einfluss der EU-Bürger, aber auch der einzelnen EU-Staaten ausgeschlossen. Ausgeschlossen sind die EU-Bürger auch von der EU-Gesetzgebung

*Es ist nicht nachvollziehbar, was die Bundesregierung dazu treibt, einen demokratischen Rechtsstaat in eine Diktatur der Konzerne umzugestalten.*

und davon, wie die EU von ihren Hoheitsrechten Gebrauch macht.

Die Regelungen über die Gesetzgebung in der EU sind äußerst verwirrend. Hinzu kommt, dass sie in den offiziellen Verlautbarungen entstellt wiedergegeben werden. Unter die Gesetzgebung der EU fallen verschiedene Begriffe mit verschiedenen Verfahren:

**Richtlinien:** Das sind Rahmengesetze, an denen die EU-Staaten ihre nationalen Gesetze ausrichten müssen.

**Verordnungen:** Das sind für die EU-Staaten direkt bindende Anweisungen der EU-Kommission, die sich an die Verwaltung richten.

**Völkerrechtliche Verträge,** die ein Teil der intergouvernementalen Zusammenarbeit sind. Diese werden für die EU durch den Europäischen Rat mit anderen Staaten abgeschlossen. Hierzu gehören die Freihandelsabkommen.

Dass das EU-Parlament das wichtigste Gesetzgebungsorgan der EU sei, ist ein Märchen. Es hat keine Gesetzesinitiative. Es hat sich zwar gegen langen Widerstand bei einem

Großteil der Gesetzgebungsverfahren ein Mitwirkungsrecht erkämpft, aber bei Weitem nicht bei allen. Genau ausgedrückt: Das EU-Parlament hat teilweise die Möglichkeit, ein EU-Gesetz zu verhindern. Obwohl es Abänderungsvorschläge machen kann, hat es keine Möglichkeit, diese gegen den Willen des EU-Rats durchzusetzen. Bei den Freihandelsabkommen handelt es sich um völkerrechtliche Verträge, denen das EU-Parlament zustim-

men muss. Es hat auch hier kein Mitberatungsrecht und kann auch keine Abänderungen durchsetzen. Es gibt kein Kontrollrecht, wie die EU mit den ihr übertragenen Hoheitsrechten umgeht.

#### Abgabe des Haushaltsrechts

Für einen souveränen Staat ist das Haushaltsrecht von wesentlicher Bedeutung. Für eine Demokratie unvorstellbar ist, dass wichtigste Hoheitsrechte an Einrichtungen außerhalb staatlicher Institutionen oder von der Gemeinschaft nicht kontrollierbare Organisationen abgegeben werden – und das zeitlich

*Soweit eine Mitwirkung von Parlamenten erforderlich war, herrscht strengste Geheimhaltung.*

unbegrenzt. Bei dem Versuch, die Eurokrise in die Hand zu bekommen, wurden von den Regierungen der Euro-Staaten der Europäische Stabilitätsmechanismus und der sogenannte „Fiskalpakt“ verabschiedet. Die Euro-Staaten setzten sich dadurch der Haftung von meh-

rerer Billionen Euro aus und gaben ihre Haushaltshoheit überwiegend auf. Ihre Parlamente können nicht mehr über die Staatsfinanzen bestimmen. Die Geschäfte des „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) führen Finanzfachleute ohne demokratische Legitimation – sie werden von den Finanzministern bestimmt.

Noch weiter geht die EU bei den Freihandelsabkommen. Hier wird für die Konzerne ein Sonderrecht geschaffen. Hier werden im Namen des freien Wettbewerbs und des freien Handels Vereinbarungen getroffen, die es den EU-Staaten unmöglich machen, ihre Verantwortung für die Bürger, für die Umwelt, für die Daseinsvorsorge weiterhin ausreichend wahrzunehmen. Den Konzernen bleibt es überlassen, auf derartige Gesetze Einfluss zu nehmen, wenn nach ihren Vorstellungen der unbehinderte Wettbewerb und ihre Gewinnerwartungen beeinträchtigt werden. Die unabhängige staatliche Rechtsprechung soll in diesem Zusammenhang weitgehend abgeschafft werden.

#### Geheimhaltung und Trickereien

Bei all dem ist nicht nachvollziehbar, was die deutsche Bundesregierung dazu treibt, einen demokratischen sozialen Rechtsstaat in eine Diktatur der Konzerne umzugestalten.

Dabei ist es mehr als umstritten, ob diese Art von Liberalismus volkswirtschaftlich überhaupt sinnvoll ist. Noch unverständlicher ist, mit welchen Mitteln die Bundesregierung versucht, diese Revolution durchzusetzen: Es wurde von Anfang an geheim verhandelt. Als nach

dem geheim ausgehandelten Verfassungsentwurf zur Ratifizierung in einigen Staaten eine Volksabstimmung gemäß deren Verfassungen durchgeführt wurde, die zu einer

*Dass ein völkerrechtlicher Vertrag zustande kommen soll, der den Rechtsstaat ausschließt, ist ein Skandal.*

Ablehnung des Verfassungsvertrags führten, wurde der „Verfassungsvertrag“ in „Lissabonvertrag“ umbenannt. Trotz nahezu des gleichen Inhalts erreichten die Regierungschefs der EU-Staaten, dass darüber keine Volksabstimmungen durchgeführt wurden.

Die Übertragung der wesentlichen Hoheitsrechte wurde so gestaltet, dass diese durch die einzelnen EU-Staaten nicht widerrufbar ist. Es gibt kein Mitgestaltungsrecht der nationalen Parlamente oder des EU-Parlaments. Nur ablehnen kann das meist schlecht informierte EU-Parlament manche Gesetzentwürfe. Und nur ablehnen kann ein nationales Parlament die Ratifizierung für sein Land.

Die Regierungschefs der EU-Staaten haben eine Mitwirkung der Bürger weitestgehend ausgeschlossen. Soweit eine Mitwirkung von Parlamenten erforderlich war, herrscht strengste Geheimhaltung. Wie sich gerade bei den Freihandelsabkommen zeigt, erfuhren die längste Zeit Bürger und Parlamente überhaupt nichts. Erst nachdem durch Whistleblower teilweise Verhandlungsinhalte nach außen drangen, begannen die EU-Verantwortlichen zu tricksen. Es wurden zwar keine Einzelheiten über die Verhandlungen bekannt, es wurde lediglich oberflächlich bekannt gegeben, worüber verhandelt wurde.

Auf weiteres Drängen der Öffentlichkeit wurde ausgewählten Vertretern der nationalen Regierungen und Abgeordneten die Möglichkeit eingeräumt, Verhandlungsproto-

kolle in geschlossenen Räumen in einer Zeitspanne einzusehen, die auch für den Geschultesten nicht ausreicht, sich auch nur einen Überblick zu verschaffen. Fotografieren, Abschriften, Notizen sind

*Die Öffentlichkeit wird gezielt mit Fehlinformationen getäuscht und irreführt, ebenso die nationalen Parlamente und das EU-Parlament.*

untersagt. Darüber hinaus sind die Berechtigten verpflichtet, strengstes Stillschweigen zu wahren.

#### Fehlinformationen zu Schiedsstellen

Auch sonst gehen die Trickereien weiter. Als das für einen Rechtsstaat unvorstellbare Vorhaben von im Interesse von Investoren geschaffener Schiedsstellen bekannt wurde, wurde von der Bundesregierung und der EU verlautbart, dass die Proteste der Bürger zu einer Änderung der Verträge geführt haben. Die Schiedsstellen würden den Vorgaben für staatliche Gerichte angeglichen. Man beabsichtigt, die Bürger, aber auch die Abgeordneten zu beruhigen. Tatsächlich aber sollen die nach wie vor fälschlich als „Schiedsgericht“ bezeichneten Schiedsstellen geschaffen und nicht mit unabhängigen Richtern besetzt werden. Nach wie vor sollen die Entscheidungen

#### BUCHTIPP

Thilo Bode  
**Die Freihandelslüge**  
Warum wir CETA und TTIP stoppen müssen  
DVA, Neuauflage Juli 2016  
272 Seiten, 9,99 Euro  
978-3-421-04764-9



dieser Schiedsstellen nicht von unabhängigen staatlichen Gerichten überprüft werden können.

Dass ein völkerrechtlicher Vertrag zustande kommen soll, der

den Rechtsstaat ausschließt, ist ein Skandal. Die Öffentlichkeit wird gezielt mit Fehlinformationen getäuscht und irreführt, ebenso die nationalen Parlamente und das EU-Parlament. Sie sollen aus alter Treue zu ihren nationalen Regierungen diesen Gesetzen und diesen Verträgen zustimmen. ■

**Hermann Striedl,**  
Jahrgang 1938, ist  
Jurist und war von  
1967 bis 1969 Staats-  
anwalt und von 1969  
bis 2003 Richter  
am Landgericht



Regensburg. 2003 trat er in die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.

[www.hermannstriedl.wordpress.com](http://www.hermannstriedl.wordpress.com)

## An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz

**„Eine Stimme für die ÖDP ist weder „verschenkt“ noch „verloren“! Eine Stimme für die ÖDP ist eine lohnende Investition mit einer hohen Rendite für Kinder und Enkel.“**



Gabriela Schimmer-Göresz, Bundesvorsitzende



**www.oedp.de**

## Die ÖDP: eine Gerechtigkeits- und Friedenspartei

### Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde!

„Der Friede entspringt aus der Gerechtigkeit.“ Diese Weisheit wird dem Kaufmann, Politiker und Philosophen Lü Bu We um 300–235 v. Chr. zugeschrieben. Ohne Gerechtigkeit also kein Frieden!

74 % der Deutschen halten einer N24-Emnid-Umfrage zufolge die etablierten Parteien für realitätsfremd. Die kritisierte Realitätsferne fällt zusammen mit einem tief empfundenen Ungerechtigkeitsgefühl. Die größten sozialen Ungerechtigkeiten sehen die Deutschen bei der Verteilung der Steuerlast (71 %), gefolgt von der generellen Vermögensverteilung mit 67 % und ungleichen Bildungschancen mit 53 %. Das, was hier als „Empfindung“ wiedergegeben wird, ist Realität und beileibe kein bundesdeutsches Phänomen, sondern weltweit Auslöser millionenfacher Fluchtbewegungen.

Der Soziologe Wolfgang Streeck beschreibt fünf chronisch gewordene Funktionsstörungen unserer Zeit, jede für sich genommen folgenschwer, erst recht ihr Zusammenspiel: der dauerhafte Einbruch des Wachstums; die explodierende Ungleichheit; die Verarmung des Staates und die Ausbeutung der öffentlichen Güter; der Verfall der ökonomischen Moral und die globale wirtschaftliche Anarchie. Es stellt sich neben der Frage innerstaatlicher sozialer Gerech-

tigkeit auch die Frage der Generationengerechtigkeit und nach einer gerechten Welt(wirtschafts)ordnung.

Wenn Gerechtigkeit also eine oder gar die Grundlage für friedliches menschliches Miteinander ist, dann muss unser aller Bemühen – politisch wie privat – sein, Ungerechtigkeiten aufzulösen und verantwortungsvolle sowie nachhaltige Lösungen für eine lebenswerte und gerechte Gesellschaft zu entwickeln. In der Demokratie gibt es immer Alternativen und die Welt ist voller Lösungen. Es gilt, mögliche Auswege aus der festgefahrenen Situation zu entwerfen, diese Wege auch zu gehen und möglichst viele Verbündete zu finden. Getreu dieser Liedzeile: „Wir müssen uns bewegen, sonst bewegt sich nichts. Es geht nicht nur um dein Leben, sondern ob es ein Leben ist ...“

Für ein Genug und das Ende der Maßlosigkeit. Wir brauchen eine neue Art zu wirtschaften: gerechter, genügsamer, stabiler, ökologisch verträglicher und letztlich friedensschaffend. „Mensch vor Profit“: ÖDP, die Gerechtigkeitspartei – ÖDP, die Friedenspartei!

Ihre



Gabriela Schimmer-Göresz  
Bundesvorsitzende

## Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

### Nach der Wahl ist vor Wahl

Die ÖDP hat bereits einige Wahlen in 2016 hinter sich gebracht. Nun wirft die Bundestagswahl 2017 ihre Schatten voraus. Nachdem die Gremien bereits vor längerer Zeit die entsprechenden Beschlüsse zu einer flächendeckenden Teilnahme gegeben haben, laufen nun die Vorbereitungen auf Hochtouren: Es werden z. B. Landeswahlbeauftragte in Teilzeit zur Unterstützung der kleineren Landesverbände eingestellt, die ersten Landesparteitage mit der Nominierung der entsprechenden Landeslisten finden statt bzw. haben bereits stattgefunden. Jede Menge organisatorische Vorbereitungen in den Geschäftsstellen stehen an. Geplant ist im Herbst auch eine Mitgliederbefragung zu den bevorzugten Schwerpunktthemen, welche die ÖDP in die Bundestagswahlkampagne einbringen möchte.

### Kommunalwahl Niedersachsen

Die ÖDP wird sich am 11. September 2016 an der niedersächsischen

Kommunalwahl beteiligen. Nach derzeitigem Stand kandidiert die ÖDP in Bad Zwischenahn (Landkreis Ammerland) sowie in Wiesmoor (Landkreis Aurich). Wir wünschen allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern viel Erfolg.

### Kleine Landesverbände

Der Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern wurde mit Unterstützung von Bundesvorstandsmitglied Dr. Manfred Link Anfang 2016 neu gewählt. Neuer Vorsitzender ist Klaus Wagner aus Waren (Müritz). Herzlichen Glückwunsch! Darüber hinaus hat Ende Juni 2016 auch ein Treffen der saarländischen Mitglieder in Neunkirchen stattgefunden. Die Ergebnisse lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

### Leitfäden für aktive Mitglieder

Auf einer Klausurtagung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Würzburg wurde damit begonnen, die zahlreichen Leitfäden der ÖDP für die politische Arbeit zu

überarbeiten und zu einem Handbuch zusammenzufassen. Da diese Arbeit neben dem politischen Tagesgeschäft geleistet werden muss, hoffen wir, dass spätestens Ende des Jahres die entsprechende Neufassung vorgelegt werden kann. Diese Schrift soll sowohl „alten Hasen“ als auch neuen Mitgliedern wichtige Tipps und Hinweise für die alltägliche politische Arbeit geben. Neben der klassischen Kreisverbandsarbeit umfasst die Schrift die Informationen zu den Themenfeldern Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit in den Kommunalparlamenten sowie dem EU-Parlament. Weitere Anregungen und Ideen werden gerne entgegen- genommen.

### Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,  
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro  
Neckarstr. 27–29,  
55118 Mainz, Tel.: (0 61 31) 67 98 20  
Fax: (0 61 31) 67 98 15  
Mobil: (0 61 31) 87 10 542



[politik@oedp.de](mailto:politik@oedp.de)

**STOP GETA TTIP**

**FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL!**

**SA 17. SEPT. 2016**

**ZEITGLEICH 7 DEMOS**

**DEMO**

**IN BERLIN, FRANKFURT/MAIN, HAMBURG, KÖLN, LEIPZIG, MÜNCHEN UND STUTT GART!**

Weitere Informationen: <http://ttip-demo.de>

## Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

### Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Trotz der Atomkatastrophen von Fukushima und Tschernobyl lernt die EU-Kommission offenbar nichts hinzu. So wurden Mitte Mai Pläne der Kommission bekannt, nach denen die Atomkraft in Europa eine Renaissance erfahren soll. So will man etwa die Entwicklung sogenannter „Mini-Atomkraftwerke“ forcieren. Dafür sollen erhebliche finanzielle Mittel aus dem EU-Budget bereitgestellt werden. Erklärtes Ziel ist es, die „technologische Vorherrschaft der EU im Nuklearsektor“ zu verteidigen. Es handelt sich um den Versuch der strauchelnden Atomindustrie, ihr gescheitertes Geschäftsmodell mithilfe willfähriger Politiker und der Bereitstellung massiver Subventionen in die Zukunft zu retten. Ich habe die deutsche Bundesregierung aufgefordert, sich diesem Irrsinn im Europäischen Rat deutlich entgegenzustellen. Als einziger Kernphysiker im Europaparlament werde ich mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Dinosauriertechnologie Atomkraft endgültig auf dem Müllhaufen der Geschichte landet.

Im April haben wir im Europäischen Parlament über einen Entschließungsantrag zur Verlängerung der Genehmigung des Unkrautvernichters Glyphosat abgestimmt. Zu meinem Bedauern konnte sich das Parlament nicht durchringen, ein Verbot von Glyphosat zu fordern. Da es im Europäischen Rat aber keine Mehrheit für die Verlängerung der Zulassung gab, hat die Kommission Ende Juni auf eigene Faust Glyphosat für weitere 18 Monate erlaubt. Dabei handelt es sich um einen faulen Kompromiss. Aktuelle Studien belegen die gravierenden gesundheitlichen Risiken des Mittels. Da Glyphosat flächendeckend in der Landwirtschaft eingesetzt wird, ist es im Blut und Urin der meisten Menschen nachweisbar. Es wäre deshalb ein Gebot der Vernunft gewesen, das Mittel zu verbieten, solange seine Unbedenklichkeit nicht eindeutig bewiesen ist. Dieses so wichtige Vorsorgeprinzip darf nicht auf Druck der Lobbyisten der Chemie- und Agrarindustrie ausgehebelt werden.

Einen Teilerfolg feierten wir Anfang Juli gegen CETA. Die EU-Kommission hat auf politischen Druck entschieden, dass sie das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada als ein sog. „Gemischtes Abkommen“ betrachtet, d.h. dass die Parlamente der Mitgliedstaaten der EU nun auch darüber abstimmen können, ob sie CETA zustimmen oder ablehnen. Das ist nötig, weil das Abkommen Bereiche wie den Investorenschutz umfasst, die in der



Foto: Simone Lettenmayer

Zuständigkeit der Mitgliedsländer liegen. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker wollte CETA ursprünglich nur im EU-Ministerrat beschließen lassen. Allerdings soll CETA trotzdem provisorisch in Kraft treten, d.h. noch vor der Zustimmung der Parlamente. Weil bisher kein Ende des „vorläufigen“ Zustands genannt wurde, ist zu befürchten, dass dieser auch dann noch andauert, wenn ein Mitgliedstaat CETA ablehnt. Ich rufe die Bürger und die Zivilgesellschaft deshalb auf, sich weiterhin mit aller Macht gegen die geplanten Freihandelsabkommen zu engagieren. Die Bürger in Baden-Württemberg haben zudem die Möglichkeit, den von der ÖDP initiierten Volksantrag zu unterschreiben.

Als Mitglied der Iran-Delegation des Europäischen Parlaments sowie als Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte beschäftige ich mich intensiv mit der Lage im Iran. Dieses Jahr wurden bereits ein kanadischer und fünf US-Bürger aus iranischen Gefängnissen entlassen. Trotz alledem werden immer noch einige Bürger aus der Europäischen Union unschuldig in iranischen Gefängnissen festgehalten. Um gegen diese Ungerechtigkeit anzugehen, habe ich kürzlich im Europäischen Parlament eine Veranstaltung mit dem Titel „Europäer gefangen gehalten in Iran“ abgehalten. Es ging um die Menschenrechtslage von EU-Bürgern, die meist ohne jede Beweislage in iranischen Gefängnissen inhaftiert sind. Ich will über die Missstände in dem Land aufklären und mich mit Betroffenen und Menschenrechts-Organisationen vernetzen.

Am Schluss möchte ich Sie noch zum Sommerfest am 20. August in meinem Berliner Büro einladen. Ich würde mich freuen, Sie dort zu sehen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr   
Klaus Buchner

## Zukunft der Parteien

# Mit guten Ideen in eine erfolgreiche Zukunft

Fast alle Parteien mussten in den vergangenen Jahren stark rückläufige Mitgliederzahlen verkraften. Das progressive Zentrum, eine politische Denkfabrik aus Berlin, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung haben zusammen mit den im Bundestag vertretenen Parteien ein Konzept erarbeitet, wie eine Partei auch im Jahr 2025 noch attraktiv für die Bürger sein kann. Wir stellen die besten Ideen vor.

von Florence von Bodisco und Pablo Ziller

Die Autoren der Studie „Die Partei 2025 – Impulse für zukunftsfähige politische Parteien“ stellen gleich zu Anfang dar, warum die althergebrachten Rezepte zur Krise der Parteien nicht mehr taugen: Der demografische Wandel, die veränderten Arbeitswelten und die neuen Informationsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger haben die Gesellschaft und damit auch die Parteibundenheit und das Engagement der Menschen nachhaltig verändert. Darauf müssen die Parteien endlich reagieren, sonst arbeiten sie an der Gesellschaft vorbei. Ein Beispiel: Sie müssen neue Partizipationskanäle schaffen, um die sehr heterogenen gesellschaftlichen Gruppen abzuholen. Die Möglichkeit eines „virtuellen Ortsvereins“, d.h. ein ortsungebundener Ortsverband oder Kreisverband, in dem sich die Mitglieder online vernetzen können, ohne an physischen Sitzungen teilnehmen zu müssen, wäre denkbar, wobei noch nicht ganz klar ist, inwieweit das Parteiengesetz hier noch vom Bundestag abgepasst werden müsste.

Die Autoren der Studie, Hanno Burmester, Philipp Sälhoff und Ma-

rie Wachinger fordern weiter, dass die Parteien dem Überangebot an neuen Informationen eigene, hochwertige und zielgruppengerechte Informationen entgegensetzen sol-

*Entscheidend, ob ein neues Mitglied dabei bleibt oder nicht, sind die ersten Wochen in der neuen Partei.*

len. Nur so kann verloren gegangenes Vertrauen der Bürger in die Parteien wieder gewonnen werden. Auch schlagen sie vor, eine eigene „Feedbackkultur“ zu kreieren, denn je motivierter Mitglieder sind, umso eher werden sie sich weiter für die Partei engagieren. Feedback kann z.B. durch die wertschätzende Wahrnehmung der Leistung des Einzelnen gegeben werden oder durch konstruktive Verbesserungsvorschläge oder auch ggf. durch Gratifikationen, also Belohnungen von Feedback (z.B. Gutscheine für parteiinterne Fortbildungen).

Die Studie legt einen großen Schwerpunkt auf die Gewinnung von neuen Mitgliedern, aber auch das Halten von Mitgliedern. Entscheidend, ob ein neues Mitglied

dabei bleibt oder nicht, sind die ersten Wochen in der neuen Partei. Wer sich in dieser Zeit nicht abgeholt fühlt, verliert schnell die Motivation und tritt möglicherweise bald wieder aus. Deshalb empfehlen



Foto: ÖDP Bundespresstelle

*Auch prominente Politiker sollten bemüht um den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sein.*



Foto: ÖDP-Bundespressestelle

Ausgefallene Aktionen ziehen Interessenten in die Parteien.

die Autoren eine klare „Willkommenskultur“ für Neumitglieder mit einer hohen Qualität der persönlichen Ansprache. Weiteres Beispiel für diese Kultur sind persönliche Patenschaften von erfahrenen Mitgliedern für neue Mitglieder – eine Art „An-die-Hand-Nehmen“ und Einweisung in parteiinterne Abläufe. Der Pate/die Patin sollte vor Ort sein und möglichst ähnliche Interessen haben. Dies kann man durch gezielte Filterung der Mitglieder-

wird empfohlen, dass Parteien sich in machbaren und kleinen Schritten ändern, um Blockadehaltungen vonseiten der Mitglieder zu durchbrechen. Oft nehme der Widerstand zu, wenn sich eine Partei zu schnell und in Form eines großen Kraftaktes ändere. Dennoch sind stetige Veränderungsziele ratsam und notwendig. Dies muss Vorstands- bzw. Chefsache sein. Ein Grundsatzbeschluss eines Parteitags, welcher die Veränderungsbereitschaft hervor-

und steigert den Aktivierungsgrad; zugleich arbeiten die Ehrenamtlichen professionell und haben selbst einen Mehrwert ihres Engagements. Auch rät die Studie dazu, Vor-

gehen zu können; dies steigert auch die persönliche Bindung. Neuartige Debattenformate nutzen, wie z.B. Videokonferenzen, Dialog-Cafés etc.

Abschließend gibt es noch den Tipp, dass Parteien von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) lernen sollten: Sie können z.B. kurz-

„Parteien sollten von Nichtregierungsorganisationen lernen!“

fristige kampagnenartige Projekte ins Leben rufen oder politische Diskurse frühzeitig erkennen, um sie eher als die Konkurrenz in den politischen Meinungsbildungsprozess einfließen zu lassen. Auch empfiehlt es sich, verstärkt mit NGOs auf fachlicher Ebene zusammenzuarbeiten, um als Partei am Puls der Zeit zu bleiben. ■

Die komplette Studie hier: <http://go.gl/0bcGrC>  
Weitere Infos: <http://parteireform.org>

Die komplette Studie hier: <http://go.gl/0bcGrC>

Weitere Infos: <http://parteireform.org>

**Florence von Bodisco**, ÖDP-Mitglied seit 1997. Politologin und Mediatorin. Leitet das Berliner Büro des Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner.



[info@mediatorin.me](mailto:info@mediatorin.me)

**Pablo Ziller**, leitet die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der ÖDP und beobachtet aufmerksam das politische Berlin.



[Pablo.Ziller@oedp.de](mailto:Pablo.Ziller@oedp.de)

Keine Expertensprache, sondern die Themen auch für Außenstehende nachvollziehbar und sprachlich klar aufbereiten.

daten vor Ort herausbekommen. Weiterhin schlagen die Autoren der Studie vor, dass Parteien ihre Mitglieder und Funktionäre automatisch fortbilden und qualifizieren sollten, um die Qualität der Arbeit stetig zu verbessern. Insbesondere werden klare Qualifikationsziele auch für Ehrenamtliche gefordert, um diesen dann z.B. parteiinterne Fortbildungszertifikate in Aussicht zu stellen. Das schafft Motivation

hebt, könne auch zukünftige Vorstände binden und somit langfristig wirken.

Weitere interessante Vorschläge der Studie, damit die Mitgliederkultur lebendig bleibt: keine Expertensprache, sondern die Themen auch für Außenstehende nachvollziehbar und sprachlich klar aufbereiten. Parteitage auch als Workshop gestalten, um bei bestimmten Themen in Kleingruppen besser in die Tiefe

## Parteiendemokratie

# Sechs Thesen zum weiteren Aufbau der ÖDP

Die ÖDP wird diese und andere Studien zur Zukunftsfähigkeit der Parteien weiterhin aufmerksam verfolgen. Damit die ÖDP auch künftig für die Menschen vor Ort und bundesweit eine attraktive und zukunftsfähige Alternative ist, müssen wir die Entwicklungen in der Gesellschaft kritisch reflektieren und soweit sinnvoll in unserer Arbeit berücksichtigen.

ÖDP-Generalsekretär Dr. Claudius Moseler bricht die Schlussfolgerungen der Studie auf die ÖDP herunter. Ein Anwendungs- und Diskussionsvorschlag in sechs Thesen.

von Dr. Claudius Moseler

Die ÖDP steht vor dem weiteren Aufbau der Parteistrukturen, die nun auch im Rahmen der Bundestagswahl sowie in der Zeit danach fokussiert und umgesetzt werden müssen. Dazu habe ich mit Blick auf die oben erwähnte Studie zur Partearbeit folgende Thesen formuliert. Diskussion ist hierzu natürlich erwünscht.

**These 1:** Wir brauchen hauptamtliche Kräfte, die die ehrenamtlichen ÖDP-Mitglieder bei der Partearbeit unterstützen. Wir müssen unsere bescheidenen finanziellen Mittel im Rahmen der Bundestagswahl so einsetzen, dass wir für unsere Parteistruktur ein nachhaltiges Ergebnis erreichen. Also nicht „nur“ Unterschriften sammeln, um den flächendeckenden Bundestagswahltritt zu sichern, sondern auch aktive neue Mitglieder werben und dadurch ÖDP-Verbände organisieren, die uns auch in die Europa- und Kommunalwahlen 2019/2020 tragen.

**These 2:** Die neuen Mitarbeiter/-innen (Landeswahlbeauftragte, Regionalbeauftragte), die diese



Foto: ÖDP-Bundespressestelle

Präsenz auf der Straße wird auch in der Zukunft für die Parteien essenziell sein.

Aufgaben ausführen sollen, müssen Tätigkeiten übernehmen, die über das reine Sammeln und Organisieren von Unterschriften hinausgehen. Dazu müssen wir sinnvolle Zeitbudgets einrichten, die mittelfristig beides berücksichtigen. Es gilt nämlich auch, verschiedene Reformschritte im Rahmen des Aufbau- und Strukturkonzeptes anzugehen.

**These 3:** In diesem Prozess des Strukturaufbaus müssen wir die veränderten Lebenswelten der

Bürgerinnen und Bürger berücksichtigen. Neben der traditionellen Mitarbeit in ÖDP-Kreis- und Ortsverbänden (welche auch weitgehend vom Parteiengesetz vorgegeben ist), müssen wir starke thematische Arbeitskreise als Anlaufstelle für Mitglieder einrichten, aber auch den „digitalen“ Kreisverband (also z.B. Menschen mit wenig Zeit oder ohne Kreisverband vor Ort in die Online-Partearbeit integrieren). Wir müssen darüber hinaus über maßgeschneiderte Mit-

machangebote für Mitglieder weiter nachdenken. Auch nahestehende Nicht-Mitglieder müssen mit der ÖDP vernetzt und in Partizipationskonzepte eingebunden werden.

**These 4:** Wir müssen unsere Mitglieder stärker qualifizieren. Dabei erscheint es nicht zweckmäßig, unsere Mitglieder zu anderen Schulungsorganisationen zu schicken, sondern wir sollten die Experten zu ÖDP-Schulungen holen, um das neue Wissen gemeinsam auf ÖDP-Veranstaltungen erfahrbar zu machen, mit dem Ziel, die Mitglieder dadurch auch stärker zu vernetzen. Dazu müssen z. B. ÖDP-Hauptamtliche/Aktive – auf unsere Verhältnisse zugeschnitten – weitere Angebote geben (z. B. Unterstützungsunterschriften sammeln, Kreisverbandsarbeit, politische Themen etc.). Diese müssen die Regionalbeauftragten vor Ort mit organisieren.

**These 5:** Wir müssen unsere Online-Präsenz ausbauen und verbessern. In der neuen Internet-AG wird z. B. auch über ein neues Diskussionsforum für ÖDP-Aktive nachgedacht, um die Kritik vom letzten Bundesparteitag aufzugreifen. Im Zuge des Strukturausbaus müssen auch die Landesverbands- und Kreisverbandsseiten aktiviert werden. Mandatsträger und Kreisvorstände müssen stärker dazu ermuntert werden, ihre Arbeit (Aktivitäten/Aktionen) zu publizieren und Mitglieder brauchen Hinweise, auf welchen Seiten sie sich informieren können. Nur so gelingt mehr Transparenz und Information. Auf die Aktivitäten in sozialen Netzwerken können wir – trotz der Kritik an Facebook & Co. – nicht verzichten. Über diese Schienen können wir unser Parteilieben auch bei dünner



Foto: Pablo Zillier/ÖDP Bundespressestelle

Praktische Politik muss den Mitgliedern auch Spaß machen.

Mitgliederstruktur gut nach außen „verkaufen“. Allerdings müssen physische Mindestaktivitäten vor Ort stattfinden. Diese sollten durch die Regionalbeauftragten/Landeswahlbeauftragten mit initiiert werden. Ziel wären mindestens zwei „Leuchttürme“ pro Bundesland.

**These 6:** Menschen wählen Menschen und erst in zweiter oder dritter Linie Parteien und/oder Programme. Daher müssen wir unsere Dialogfähigkeit stärken: „Vor-Ort-Initiativen: Thematisch fokussierte, zeitlich begrenzte Vor-Ort-Initiativen bringen Parteien zurück auf die Straße und eröffnen die Chance für begrenztes, niedrigschwelliges Engagement von Nicht-Mitgliedern. Die Partei spielt eine Rolle als kundiger Organisator und Multiplikator, der Menschen vernetzt und zum Engagement befähigt.“ (1) Hinzu kommen thematische Regionalkonferenzen/Seminare sowie Fachgespräche mit Multiplikatoren oder Verbänden auf den verschiedenen Ebenen (z. B. BUND Bundesvorstand usw.) anzuregen. Letzteres ist sicher Kür und hängt vom knappen Zeitbudget ab.

Als Fazit möchte ich festhalten, dass die Autoren der vorliegenden Studie die politische Arbeit vor Ort weiterhin als wichtigen Faktor definieren. Ohne Basisarbeit keine lebendige Partei! Allerdings wird ganz klar ausgeführt, dass die Parteien und damit auch die ÖDP sich auf die veränderten Lebenswelten und Informationsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger einstellen müssen. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. ■

Quelle: (1) Hanno Burmester, Philipp Sälhoff und Marie Wachinger (2015): „Die Partei 2025. Impulse für zukunftsfähige politische Parteien“ (Hrsg.: Das progressive Zentrum/Heinrich-Böll-Stiftung/Konrad-Adenauer-Stiftung), Seite 51

**Dr. Claudius Moseler**, ÖDP-Mitglied seit 1983, studierte Geografie, Geologie und Publizistik, ÖDP-Generalsekretär, ÖDP-Fraktionsvorsitzender im Mainzer Stadtrat und direkt gewählter Ortsvorsteher von Mainz-Marienborn.



politik@oedp.de

## Baden-Württemberg

### Generationenwechsel im Landesvorstand

Am 23. April fand der Landesparteitag in Emmendingen statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Neuwahl des Landesvorstands. Unser bisheriger Landesvorsitzender, Bernd Richter, der Anfang April seinen 73. Geburtstag feierte, hat den Weg frei gemacht für einen „Generationenwechsel“. Aber er wollte sich nicht gänzlich zurückziehen, sondern weiterhin seine Arbeitskraft dem Landesverband widmen. So wurde Bernd Richter nicht verabschiedet, sondern sowohl für seine vierzehn Jahre an der Spitze des Landesverbands als auch weitere elf Jahre als Beisitzer und stellvertretender Vorsitzender im Landesvorstand geehrt. Nach einem bewegenden Abschlussteil seines Vorstandsberichts, in dem er seinen Entschluss erläuterte, nicht mehr für den Spitzenposten aus Altersgründen anzutreten, erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen und bedankten sich für seinen jahrelangen Einsatz mit einem langen Applaus. Aus dem bisherigen Vorstand stand Christine Stankus aus beruflichen Gründen nicht mehr für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung und wurde nach vierjähriger Tätigkeit als zweite stellvertretende Vorsitzende mit einem Geschenkkorb verabschiedet.

Mit im Schnitt von 90–95% der Stimmen wurde der folgende Vorstand neu gewählt:

Zum Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Guido Klamt (45 Jahre) vom KV Ludwigsburg, zum ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde Michael Kefer (47 J.) vom KV Emmendingen gewählt. Zweiter stellvertretender Landesvorsitzender wurde Dieter Baur (63 J.) aus Stuttgart. Ergänzt wird der geschäftsführende Vorstand durch Dirk Uehlein (47 J.) aus Karlsruhe als Schatzmeister. Weitere Vorstandsmitglieder sind Ute Göggelmann (57 J., KV Main-Tauber) als Schriftführerin und die vier Beisitzer Josef Wagner (48 J., KV Ludwigsburg), Matthias Dietrich (45 J., KV Reutlingen), Dr. Bernhard Keil (40 J., KV Heilbronn) und Bernd Richter (73 J., KV Rottweil).

Die Delegierten beschlossen ohne Gegenstimme die Teilnahme des Landesverbands Baden-Württemberg an der Bundestagswahl. Die Aufstellung der Landesliste erfolgt bei einer Wahlversammlung im Rahmen des nächsten Landesparteitages (Antragsfrist: 23. Juli; Änderungsantragsfrist: 3. September) am Samstag, dem 15. Oktober im Raum Stuttgart. Neben der Landesliste sollen die Kreisverbände in möglichst vielen Wahlkreisen auch wieder Direktkandidat(inn)en aufstellen, denn über sie können auch bessere Ergebnisse bei den

Zweitstimmen eingefahren werden. Die Aufstellung der Direktkandidat(inn)en ist seit dem 23. Juni möglich.

Am Rande des Parteitages stand ein Besuch am Gedenkstein in Wyhl an, verbunden mit einer Mahnwache zum Gedenken an den 30. Jahrestag von Tschernobyl.

Während der Mahnwache, zu der die Mitglieder der ÖDP und die Bevölkerung eingeladen waren, berichtete der Delegierte aus dem Kreisverband Emmendingen, Michael Kefer, dass dieser Widerstand gegen das Kernkraftwerk in Wyhl sicher der bedeutendste Schritt für die gesamte Region gewesen sei. Kefer ließ den kürzlich verstorbenen Widerstandskämpfer Walter Vögtle zu Wort kommen, indem er von ihm Textpassagen aus dem Jahrbuch des Landkreises Emmendingen vorlas. Darüber hinaus sprach Bernd Nössler aus Wyhl vom Widerstand, bei dem er und alle Freunde, die mitmachten, bis zum Äußersten zu gehen bereit waren. „Im Widerstand gegen das Kernkraftwerk gab es ein Miteinander, ein Wir-Gefühl. Nur der Mensch hat gezählt. Es war ein riesiges Sammelbecken von verschiedenen Menschen. Aus einer kleinen Pflanze wurde eine große Pflanze des Widerstands“, so Nössler. Richard Schweizer, Jahrgang 1944 aus Emmendingen und ÖDP-Delegierter, berichtete ebenso als Zeitzeuge: „Bevor ich zur Arbeit ging, brachte ich in den Leuten, die mehrmals in der Woche den Platz besetzt hielten, eine Kanne frisches Wasser vorbei. Das war für mich ein Beitrag, um die Menschen zu unterstützen.“ In einem indianischen Gebet erinnerte Bernd Nössler an all die Menschen, die bei den großen Reaktorunfällen von Tschernobyl und Fuku-



Mitglieder der ÖDP Baden-Württemberg in Wyhl

shima ihr Leben lassen mussten. Bernd Richter dankte Bernd Nössler für seine bewegenden Worte und fügte an: „Nai hämmer gsait, so lautet der bekannte Satz des Widerstands von damals. Heute brauchen wir den gleichen Geist gegen TTIP, CETA und die anderen Freihandelsabkommen. Das Wir-Gefühl geht weiter.“

Die ÖDP Baden-Württemberg hat einen Volksantrag gegen CETA in die Wege geleitet und lotet mögliche Bündnisse mit anderen Parteien und Verbänden bei der Durchführung aus. Seit Dezember 2015 ist es in Baden-Württemberg möglich, dass neben Volksbegehren auch Volksanträge beantragt werden können. Ein Volksantrag richtet sich an den Landtag und kann neben einem Gesetz auch einen allgemeinen Gegenstand der politischen Willensbildung zum Gegenstand haben. Innerhalb eines Jahres müssen 0,5 % (ca. 39.000) der Wahlberechtigten den

Volksantrag unterzeichnen, damit sich der Landtag damit befassen muss. Der Zeitraum der Unterschriftensammlung beträgt zwölf Monate. Unterschreiben dürfen nur Bürger(innen), die auch das Wahlrecht haben. Der Antragstext des Volksantrags muss bei der Straßensammlung immer vorliegen, sodass jede(r) den Text nachlesen kann, wofür er/sie unterschreiben wird. Die Unterzeichner(innen) dieses Volksantrags fordern den Landtag Baden-Württemberg auf, sich in einer offenen Abstimmung gegen das geplante europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) auszusprechen und die Landesregierung zu beauftragen, CETA im Bundesrat abzulehnen. Alle Mitglieder und Sympathisant(innen) der ÖDP werden gebeten, sich aktiv bei der Sammlung der 39.000 Unterschriften zu beteiligen und so mit den Grundstein des Erfolgs zu legen.

*Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein  
Tel. (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de  
Regionalbeauftragter Matthias Dietrich  
Tel. (07121) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de*

## Bayern

### ÖDP-Landesparteitag unterstützt Volksbegehren gegen Freihandelsabkommen

Die bayerische ÖDP unterstützt das geplante Volksbegehren gegen das Freihandelsabkommen CETA, das von einem Bündnis mehrerer Organisationen getragen wird ([www.volksbegehren-gegen-ceta.de](http://www.volksbegehren-gegen-ceta.de)). „Wir

werden hierfür mit großem Einsatz unsere langjährige direktdemokratische Erfahrung einbringen“, sagte ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek am Samstag, den 11. Juni 2016 beim ÖDP-Landesparteitag in Schwabach. Einstimmig votierten die Delegierten dafür, dass die Staatsregierung per Volksentscheid verpflichtet werden soll, im Bundesrat gegen CETA zu stimmen.

Diese Bindung der Staatsregierung im Bundesrat ist seit der letzten Verfassungsänderung im Jahr 2013 möglich, wenn Hoheitsrechte auf die Europäische

Union übertragen werden.

Derzeit laufen die organisatorischen Vorbereitungen für das Volksbegehren. „Vielleicht ist der CSU noch gar nicht ganz klar, dass sich die in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandene Skepsis gegenüber CETA und TTIP in diesem Volksbegehren entladen wird“, sagte ÖDP-Chef Mrasek.

Die Delegierten verabschiedeten ferner ein vom Landesvorstand vorgeschlagenes wirtschaftspolitisches Positionspapier zur Gemeinwohlorientierung: „Alles Wirtschaften dient dem Gemeinwohl. Dieser Leitsatz aus Artikel 151 der Bayerischen Verfassung muss endlich Realpolitik werden. Die Menschen spüren derzeit mehr denn je, dass wir keine gerechten Verhältnisse mehr haben“, sagte Mrasek.

Kernpunkte der ÖDP-Positionsbestimmung sind eine Kreislaufwirtschaft anstelle des Mengenwachstumsdenkens, Fairhandel statt Freihandel, die Reduzierung der die Arbeitskraft verteuernenden Abgabenlast durch aufkommensgleiche höhere Belastung des Ressourcenverbrauchs und eine Reform des Finanzsektors: „Es darf nicht sein, dass das Finanzsystem immer wieder in krisenartige Zustände stolpert und von den ‚kleinen Leuten‘ gerettet werden muss“, forderte der ÖDP-Landeschef. Die ÖDP tritt unter anderem für eine Trennung der Banken in Kredit- und Investmentinstitute, für ein Verbot von virtuellen Derivaten und für die Erhebung einer Umsatzsteuer auf alle Börsengeschäfte ein.

Außerdem forderten die Delegierten, dass der Wechsel von Politikern in den Lobbyismus künftig bei Aus-



Der ÖDP-Landesparteitag tagte im mittelfränkischen Schwabach.

scheiden aus dem Amt erst nach einer langen Übergangszeit erlaubt sein soll.

Gastredner beim ÖDP-Landesparteitag war der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Sparda Bank München, Günter Grzega mit einem Vortrag zum „Geldsystem in unserer Wirtschaft“. Der Geldexperte forderte eine „Neuordnung des Finanzwesens“ durch ein Verbot von Derivaten, die nicht der Absicherung realer Geschäfte dienen, z.B. von Waren-Termingeschäften. Außerdem plädierte Grzega für die Regulierung und letztlich Beseitigung des Schatten-Banken-Systems, für eine Austrocknung der Steueroasen, für eine Pflicht der Banken zur Unterlegung von risikoreichen Finanzgeschäften im Finanz-Kasino mit 100 % Eigenkapital. Und schließlich soll laut Grzega das Bankensystem in seine ureigene Aufgabe als Dienstleister der Realwirtschaft zurückgeführt werden, nämlich: Risikomanagement, Kapitalallokation – also bestmögliche Verwendung – für die Gelder der Sparer, Bereitstellung von Krediten und Betrieb eines effizienten Zahlungssystems.



Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz

Die Rede des ÖDP-Landesvorsitzenden Klaus Mrasek und das Grußwort der Bundesvorsitzenden Gabriela Schimmer-Göresz können unter [www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de) heruntergeladen werden oder in der ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern angefordert werden. Grußworte sprachen auch der Schwabacher Oberbürgermeister Matthias Thürauf und der ÖDP-Kreisvorsitzende Roland Wolkersdorfer.

### Bundesentwicklungsminister von der ÖDP empfangen

Einen Auftritt von Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller in der Passauer Universität nahm die ÖDP zum Anlass, als „Gerd-Müller-Fanclub“ aufzutreten und die Aktion „Müller vor, schieß ein Tor“ zu starten. Der von der ÖDP initiierte „Gerd-Müller-Fanclub“ forderte den Minister auf, wie sein Namensvetter, die Fußballlegende Gerd Müller, „nicht nur zu reden, sondern auf Tor zu zielen und sich auch von der Kanzlerin nicht am Torschuss hindern zu lassen. Und das heißt in der Entwicklungspolitik: Verbindliche faire Regeln für den Welthandel, Fair Trade- statt Freihandelsabkommen, faire Löhne weltweit...!“



Landesvorsitzender Klaus Mrasek

Vorgesehen war eigentlich auch noch ein ÖDP-Gruppenbild mit Gerd Müller, dem sowohl der Minister als auch die Uni-Präsidentin zugestimmt hätten. Doch dann kam CSU-Generalsekretär Dr. Dr. Andreas Scheuer dazwischen, der den Minister am Hemdsärmel wegzerterte...

Die kritischen ÖDP-Fragen, die der Minister anschließend im Hörsaal ausweichend beantwortete, sind



V. li.: Minister Dr. Gerd Müller, Uni-Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Reutner und Universitätspräsidentin Dr. Prof. Dr. Carola Jungwirth sind überrascht von der Gerd-Müller-Fanpostkarte, die Urban Mangold übergibt. Mit einem Autogramm auf der Karte soll der Minister unterschreiben, dass er seinen Worten Taten folgen lässt.

zu finden auf [www.urban-mangold.de](http://www.urban-mangold.de) (Meldung vom 31.05.2016).

ÖDP-Bezirksvorsitzender Urban Mangold forderte den Minister auf, im Bundestag und in der Bundesregierung gegen die Freihandelsabkommen zu stimmen und sich als Gegenpol zu den roten und schwarzen Ministern zu positionieren, die durch das Zulassen von Waffenexporten Fluchtursachen erzeugen.

### ÖDP Bayern stellt Bundestagslandesliste auf – Sonderdelegierte bis 15. November melden!

Die bayerische ÖDP wird im Februar 2017 ihre Bundestagslandesliste aufstellen. Das Wahlgesetz sieht vor, dass dies nicht durch die „normalen“ Landespartei-tagdelegierten erfolgen kann, sondern durch Sonder-

delegierte, die in den Bundeswahlkreisen zu wählen sind.

Die Bundeswahlkreise decken sich häufig nicht mit den ÖDP-Kreisverbänden, sondern setzen sich aus mehreren Kreisverbänden oder Teilen von Kreisverbänden zusammen. Der ÖDP-Landesvorstand bittet alle Kreisverbände, sich mit den zu ihrem Bundeswahlkreis gehörenden Nachbar-Kreisverbänden abzustimmen, die Bundeswahlkreisversammlung einzuberufen und die dort zu wählenden Sonderdelegierten bis zum 15. November 2016 an die ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern zu melden.

Für Rückfragen steht die ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern zur Verfügung.

Kontakt: ÖDP-Bayern, Heuwinkel 6, 94032 Passau  
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92  
[bayern@oedp.de](mailto:bayern@oedp.de), [www.oedp-bayern.de](http://www.oedp-bayern.de)

### Berlin

#### ÖDP Berlin auf dem Umweltfestival

Das jährliche Umweltfestival zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule, das am 5. Juni stattfand, ist ein ökologisches Großereignis für Berliner, Ausflügler und Touristen und überdies das Zentrum einer Fahrrad-Sternfahrt.

Die Umweltmeile mit 230 Anbietern bietet Kulinarisches und Naturkundliches, pfiffige umweltschützende Ideen, Kleidung und Schuhe, Angebote rund ums Radfahren, zu Naturreisen und Mobilität sowie zu Energie, Bau und Finanzen.

Ein buntes Spektrum kreativer Anbieter aus der Region lässt traditionelle Techniken und Materialien, daunter viele Plastikalternativen, zeitgemäß wieder er-



Der Stand auf dem Umweltfestival brachte so einiges an Interesse bei den Besuchern.

blühen. Umwelt-Organisationen runden diese ökologische Attraktion für Kinder und Erwachsene ab.

Der ÖDP-Landesverband Berlin hat zur Mitgliederwerbung und Vorbereitung der Wahlen im Herbst diesmal seine Standfläche verdoppelt. Ein beschirmter Tisch mit Bio-Kaffee, Tee und Gebäck und ein kräftiger Platzregen luden zum Verweilen ein, wobei wir zahlreiche Interessenten gewinnen konnten, und eine Bücherkiste ergänzte unser Infomaterial.

Der Stand wurde von den Landesvorsitzenden Dr. Matthias Nitschke und Dr. Larissa Dloczik organisiert und zusammen mit Jürgen Weiß und Henner Gnotke, einem unserer fünf Wahlkreiskandidaten, durchgeführt.

Kontakt: ÖDP Berlin,  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel.: (01 76) 38 49 93 28  
[www.oedp-berlin.de](http://www.oedp-berlin.de), [info@oedp-berlin.de](mailto:info@oedp-berlin.de)

### Brandenburg

#### ÖDP zeigt Präsenz auf Stadtteilstift in Potsdam

Der ÖDP Landesverband Brandenburg war am 28.05.2016 beim 17. Stadtteilstift „Affe, Schaf & Känguru“ des Brandenburger Vorstadt e.V. mit einem Info-Stand dabei. Auf dem Potsdamer Dr.-Rudolf-Tschäpe-



Larissa Dloczik und Jörg-Rainer Collin beim Stadtteilstift „Affe, Schaf & Känguru“ in Potsdam.

Platz informierten Larissa Dloczik und Jörg-Rainer Collin zu den grundsätzlichen und aktuellen Themen ökologischer Politik.

Für den am 21.08.2016 vereinbarten Vortrag zu TTIP von Prof. Dr. Klaus Buchner in Potsdam konnten sich Interessenten vormerken lassen. Bei strahlendem Sonnenschein wurde mit gut gelaunten Standbesuchern

ein Wiedersehen auf den Wahlzetteln zur Bundestagswahl 2017 vereinbart.

Kontakt: ÖDP-Brandenburg  
Tel./Fax: (0 33 81) 79 86 37.

### Niedersachsen

#### Kommunalwahlenantritt gesichert

Die ÖDP Niedersachsen wird in Bad Zwischenahn und im Landkreis Aurich zur Kommunalwahl antreten. Dabei rechnet sich vor allem der Landesvorsitzende Martin F. Dreß Chancen auf eine erfolgreiche Teilnahme aus. Ihm ist es gelungen, vier zum Teil in der Kommunalpolitik und in Bad Zwischenahn verwurzelte Mitstreiterinnen für eine Kandidatur und gleichzeitig als neue Mitglieder zu gewinnen. Somit wird die ÖDP zum ersten Mal mit einer ÖDP-Liste in Bad Zwischenahn antreten. In Wiesmoor (Kreisverband Ostfriesland/Nordfriesland) wird Landesvorstandsmitglied Marion Fick-Tiggers mit einem weiteren Mitstreiter zur Gemeinderatswahl antreten. Der Landesverband unterstützt beide Kandidaturen finanziell und soweit möglich auch personell.

Im April beteiligte sich der Landesverband an der Anti-TTIP-Demo in Hannover und über die Kreisgruppen und Kreisverbände an der Anti-TTIP-Postkartenaktion des Bundesverbands.

#### Teilnahme an der Bundestagswahl: Iko Schneider Spitzenkandidat

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag der niedersächsischen ÖDP in Hannover wurde die Teilnahme an der Bundestagswahl 2017 einstimmig beschlossen. Die Landesliste wurde mit folgenden Kandidatinnen und Kandidaten in entsprechender Reihenfolge (Listenplätze) aufgestellt:

- Platz 1: Iko Schneider, Bankkaufmann, Hannover
- Platz 2: Andreas Roling, Krankenpflegelehrer, Nordhorn
- Platz 3: Klaus-Joachim Arndt, Dipl.-Ing., Fachlehrer, Braunschweig
- Platz 4: Inga Brettschneider, Dipl.-Betriebsw. i.R., Bad Zwischenahn
- Platz 5: Ulrich Brehme, Prüflingenieur, Osnabrück
- Platz 6: Marion Fick-Tiggers, Technische Agentin, Wiesmoor
- Platz 7: Harald Biester, Industriemeister, Nordhorn



Foto: Martin Dreß

V. l.: Kati Wascher, Buchhändlerin; Inga Brettschneider, Dipl.-Betriebsw. i. R., Ratsfrau im Gemeinderat Bad Zwischenahn (derzeit noch Fraktion B90/Die Grünen); Martin F. Dreß, Dipl.-Ing. agr. und Fachlehrer; Gisela Simon, Friseurmeisterin i. R., Sportlehrerin

Niedersachsenweit müssen in den nächsten Monaten 2.000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden, sie sind Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl. Der ÖDP-Landesvorsitzende Martin F. Dreß (Bad Zwischenahn) betonte die Notwendigkeit eines vollständigen Politikwechsels: „Wir müssen weg vom neoliberalen, tödlichen Wachstumsdogma! Unsere Devise lautet: Mensch und Planet vor Profit! Die ÖDP strebt die Veränderung zu einer Gemeinwohl-Ökonomie an.“

*Kontakt: ÖDP Niedersachsen,  
Hogen Kamp 9, 26160 Bad Zwischenahn  
Tel.: (044 03) 699 00 09  
info@oedp-niedersachsen.de  
www.oedp-niedersachsen.de*

## Nordrhein-Westfalen

### Superwahljahr 2017 – Jäger: „Wir wollen da rein!“

Die ÖDP NRW bereitet sich auf das Superwahljahr 2017 vor. Am Muttertag 2017 sind in Nordrhein-Westfa-

len 22% der wahlberechtigten Deutschen an die Urne gerufen, ein neues Landesparlament zu wählen. „Wir wollen da rein!“, hat der ÖDP-NRW-Landesvorsitzende Benjamin Jäger als Ziel ausgegeben. Im Herbst 2017 folgt dann die Bundestagswahl.

In einer Kreisvorständekonferenz in Köln bereitete sich die ÖDP-NRW auf diese Wahlen vor. Ziel der ÖDP ist es, sich als ökologische Alternative im Lande weiter zu etablieren. Thema der Konferenz war zum einen die Verbesserung der internen Kommunikation, zum anderen die Definition von Schwerpunkten des Landtagswahlkampfes: Innere Sicherheit, Familienpolitik, Braunkohlepolitik und Schulpolitik für NRW. Besonderes Augenmerk wird die ÖDP auf ein demokratisches und verfassungsgemäßes Kommunalwahlrecht legen.

Zur Verteidigung der kommunalen Demokratie gründete sich – auf Initiative der ÖDP-NRW – im Januar 2016 eine „Kommunalparteienkonferenz“. In dieser haben sich neben der ÖDP-NRW die Tierschutzpartei, Die Violettten, Freie Wähler und die Partei der Nichtwähler zusammengeschlossen. „Sollten die beratungs-

resistenten Landtagsparteien trotz allem Widerstand für eine Sperrhürde stimmen, wird die Kommunalparteienkonferenz in NRW geschlossen juristisch und politisch dagegen vorgehen“, so der Landesvorsitzende Benjamin Jäger (ÖDP). Die NRW-KPK hat aus diesem Grund eine juristische Expertenkommission einberufen, der sich unter anderem Dr. Marcus Schiller, Dr. Manfred Urhahn und Michael Krapp angeschlossen haben.

Ein voller Erfolg war der Messeauftritt der ÖDP-NRW auf der FAIRGOODS in Essen. Der Kampf gegen Massentierfleisch und multiresistente Keime war das Kernthema des Messeauftritts. Die ÖDP-NRW machte an ihrem Messestand auf die Gefährdung durch multiresistente Keime und deren Entstehen durch die Massentierhaltung aufmerksam. Mit einer Unterschriftensammlung wurde die Aktion des ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner unterstützt. 223 Messebesucher solidarisierten sich mit ihrer Unterschrift mit diesen Zielen.

Die ÖDP-NRW beschäftigte sich mit weiteren landespolitischen Themenstellungen wie den grenznahen AKWs Doel und Tihange, der desaströsen Braunkohlepolitik in NRW, den unzureichenden Rettungsdiensten in NRW, der Verschmutzung des Rheins durch Mikroplastik sowie der Luftverschmutzung durch die Binnenschifffahrt und durch mobile Maschinen.

Durch die Gründung eines ÖDP-Kreisverbands Bonn/Rhein-Sieg-Kreis konnte auch ein weiterer Schritt in der organisatorischen Entwicklung des Landesverbands gegangen werden.

### Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg der ÖDP wird gegründet

Am Freitag, den 15. Januar, wurde der Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg und Kreis Euskirchen der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) gegründet.

In den Vorstand wurden Lars Beer aus Niederkassel als 1. Vorsitzender, Thomas Weber aus Bad Godesberg als Stellvertreter und Sabine Lippmann aus Euskirchen als Schatzmeisterin gewählt. Ulrich Beer aus Niederkassel und Prof. Dr. Günter Röhser aus Bonn, die als Beisitzer gewählt wurden, komplettieren den Vorstand.

Zur Wahl erklärte Lars Beer: „Wir bedanken uns bei unseren Mitgliedern für das Vertrauen und freuen uns auf ein tolles Jahr mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen. Das neue Team ist sich sicher, dass viele Mitsstreiter für das aktuelle Programm gefunden werden können. Wir starten voller Energie und Zuversicht in die Zukunft! Wir wollen erfolgreiche Arbeit leisten

und viel erreichen! Für mehr Lebensqualität und soziale Gerechtigkeit.“

Thomas Weber ergänzte: „Inhaltlich wollen wir uns in der nächsten Zeit unter anderem mit den Themen Flüchtlingspolitik, Gesundheitspolitik, Nachhaltigkeit, Bildung und Bindung und der Verkehrspolitik beschäftigen. Zudem werden wir uns den Erneuerbaren Energien, dem Verbraucherschutz, dem Tierschutz und dem Streben nach sauberen Städten zuwenden. Auch unser Engagement für Toleranz und gegen jede Form der Diskriminierung werden wir vorantreiben. Außerdem planen wir, die Vernetzung innerhalb der ÖDP in Nordrhein-Westfalen und die Arbeit mit den Jugendverbänden der Jungen Ökologen (JÖ) vor Ort weiterzuentwickeln. Das alles wollen wir erreichen mit einer Wirtschaftsform ohne Zwang zu ständigem Wachstum.“

*Kontakt: ÖDP NRW,  
Weseler Str. 19–21, 48151 Münster  
Tel.: (0251) 760 267 45  
info@oedp-nrw.de  
www.oedp-nrw.de*

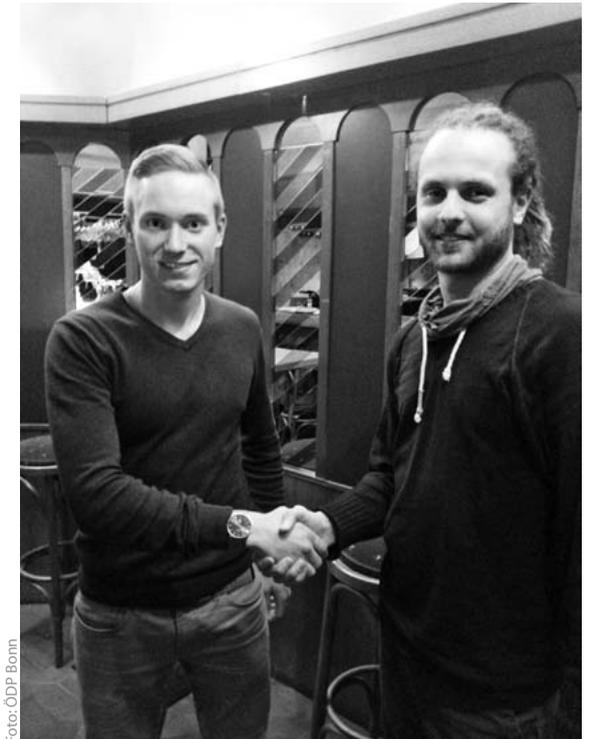


Foto: ÖDP Bonn

Der Landesvorsitzende der ÖDP in NRW, Benjamin Jäger, gratuliert dem 1. Vorsitzenden Lars Beer zu seinem neuen Amt.

## Thüringen

## Landesparteitag

Am 12.03.2016 fand in Gernrode/Eichsfeld auf Anforderung des Bundesvorstands ein außerplanmäßiger Landesparteitag statt. Auf diesem wurde den Mitgliedern neben Berichten der Vorsitzenden und Schatzmeisterin hauptsächlich der Haushaltsplan für 2016 und der Finanzplan 2016–2020 erläutert, mit ihnen beraten und anschließend von ihnen beschlossen sowie die Jahresplanung besprochen. Im Anschluss fand ein Kulturprogramm statt, bei dem historische Plätze in Worbis besichtigt wurden. Auf diesem Weg wurde am „Gülden Creutz“, einem historischen Gebäude in Worbis, auch an die hier erfolgte Gründung der ÖDP Thüringen vor mehr als 22 Jahren gedacht. Den anwesenden Gründungsmitgliedern wurde der Dank für ihr langjähriges Engagement bereits auf dem Parteitag ausgesprochen.

## Kommunalwahl 2016

Im Landesverband Thüringen fanden am 5. Juni 2016 Kommunalwahlen statt. In vielen Orten wurden die Bürgermeister neu gewählt. In vier Städten ging es um ein hauptamtliches Stadtoberhaupt. Eine davon war die Einheitsstadt Leinefelde-Worbis im Eichsfeld. Sie liegt ganz im Nordwesten Thüringens, vom geografischen Mittelpunkt Deutschlands nur 50 km entfernt. Leinefelde-Worbis ist die Heimat des Kreisverbands Eichsfeld sowie der Thüringer Landesvorsitzenden Susann Mai. Sie hat hier drei kommunale Mandate inne. So ist sie in der Region, dem Landkreis Eichsfeld, Mitglied des Kreistages Eichsfeld, in der Einheitsstadt Leinefelde-Worbis mit neun Ortsteilen im Stadtrat und im eigenen Ortsteil Worbis im Ortsteilrat. Nach 26 Jahren Amtszeit geht hier in der Gesamtstadt der bisherige Bürgermeister am 30.06.2016 in den Ruhestand. Er durfte aus Altersgründen nicht mehr kandidieren. Dies war eine historische Chance für einen Regierungswechsel. Deshalb hat Susann Mai sich um dieses Amt beworben. Sie hatte als einziges ÖDP-Mitglied den Mut, sich dafür in Thüringen zur Wahl zu stellen. Mit unverwechselbarem Engagement hat sie es geschafft, einen authentischen Wahlkampf zu meistern. Und das in einer sehr konservativ geprägten Umgebung. Sie hat viele Menschen gewonnen und sie eingeladen, zur Wahl zu gehen und von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Susann Mai aus Worbis errang bei der Bürgermeisterwahl in Leinefelde-Worbis 16,4%. Sie dankt allen Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen. Das Votum ist ein Gewinn für mehr Bürgerbeteiligung, Trans-

parenz, Generationengerechtigkeit und Gemeinwohl in Leinefelde-Worbis. Sie hofft darauf, dass diese Aspekte in der weiteren Entwicklung der Stadt eine größere Rolle spielen werden als bisher. 977 Bürgerinnen und Bürger von 5.954 Wählerinnen und Wählern waren wegen dieser Werte in Leinefelde-Worbis zur Wahl gegangen und haben Susann Mai gewählt. Die Wahlbeteiligung lag bei 38,4% und ist damit etwas gestiegen. 2010 lag sie nur bei 22,5%. Die Stadt steht vor großen Herausforderungen. Susann Mai erwartet eine nachhaltige und zukunftsweisende Entwicklung für die Einheitsstadt im Eichsfeld. Sie bittet um Spenden für die Bürgermeisterwahl auf das Konto des Kreisverbands Eichsfeld:

ÖDP KV Eichsfeld, DE 26 8205 7070 0100 0045 04,  
Verwendungszweck: Unterstützung Bürgermeisterwahl Susann Mai. Dafür gibt es eine Spendenquittung, daher bitte eine kurze Info mit Namen und Adresse an [info@oedp-thueringen.de](mailto:info@oedp-thueringen.de). Herzlichen Dank für die Unterstützung.

Kontakt: ÖDP Thüringen, Alte Chaussee 3,  
37339 Worbis, Tel.: (03 60 74) 9 25 95  
[info@oedp-thueringen.de](mailto:info@oedp-thueringen.de), [www.oedp-thueringen.de](http://www.oedp-thueringen.de)

## Nachruf

Der ÖDP Landesverband Thüringen  
trauert um Gründungsmitglied,  
Bundestagswahl-Kandidatin, Schriftführerin



Foto: ÖDP Thüringen

## Hannelore Mai

\* 25. Februar 1943  
† 26. Juni 2016

*Durch ihr authentisches Leben aus ihrem christlichen Glauben war sie ein Vorbild für die Grundsätze der ÖDP, hat sich für viele Menschen eingesetzt und immer durch ihren Blick für die Ganzheit beeindruckt. Ihre Liebe, Kreativität und positive Ausstrahlung haben geprägt und begeistert.*

*In dankbarer Erinnerung an einen wunderbaren und engagierten Menschen im Namen des Landesvorstandes*

Susann Mai, Landesvorsitzende  
Franz-Josef Mai, stellv. Landesvorsitzender

## Was läuft in unserer ÖDP? Wie bleibe ich informiert?



Tagesaktuelle Infos erhalten Sie nicht nur auf unserer Homepage, sondern auch über unseren Twitterkanal und unsere Facebookseite. So üngern manche die sozialen Netzwerke nutzen – die Werbewirkung gerade im Hinblick auf Wahlkämpfe ist nicht zu unterschätzen. Hier haben wir noch Potenzial und bitten alle Mitglieder, die in diesen Netzwerken aktiv sind, die Seite der Bundes-ÖDP und andere ÖDP-Seiten mit „gefällt mir“ zu markieren. Besonders hilft uns, wenn Sie regelmäßig auch Ihre Facebookfreunde einladen, die ÖDP zu „ liken“. Auch freuen wir uns darüber, wenn Sie unsere Beiträge kommentieren, liken oder teilen.



Immer wieder kommt die Frage auf: „Was macht eigentlich der Bundesvorstand?“ Oder: „An welchen Projekten wird gerade in der ÖDP gearbeitet?“ Für den Informationsfluss ist nachfolgende Information hilfreich:

Über öffentliche Bundesvorstandssitzungen, ob körperlich oder als Telefonkonferenz, erfolgt nach Beschluss die Veröffentlichung der Protokolle im internen Teil der ÖDP-Homepage. Dort bitte den Punkt „Interne Protokolle“ wählen. Wenn Sie Ihre Zugangsdaten vergessen haben, melden Sie sich bitte unter Tel.: (09 31) 40 48 60.

Aktuelle Pressemitteilungen sind auf der Homepage unter [www.oedp.de](http://www.oedp.de) eingestellt, können dort nachgelesen und auch weiterverbreitet werden. Kleiner Tipp: Abonnieren Sie unsere Pressemitteilungen und bleiben Sie immer auf dem neuesten Stand!

Über aktuelle Projekte, Aktionen, Hinweise etc. wird per E-Mail-Newsletter oder durch gezielte Rundmails berichtet. Alle unsere per E-Mail erreichbaren Mitglieder werden informiert. Bei Fragen oder Themenvorschlägen wenden Sie sich bitte an Tel.: (09 31) 40 486-0 oder schreiben Sie an [info@oedp.de](mailto:info@oedp.de).

Bei Veröffentlichungswünschen für unser Mitgliedermagazin ÖkologiePolitik wenden Sie sich bitte an [presse@oedp.de](mailto:presse@oedp.de). Wir arbeiten daran, ÖkologiePolitik auch in einer Online-Version besser zur präsentieren.

Für die Untergliederungen, die auf Facebook vertreten sind, gilt natürlich dasselbe. Gerne werden wir auch auf interessante Links und Kurzvideos hinweisen, die wir dann über unsere Facebookseite teilen. Auch bei der Produktion von Kurzvideos oder dem allgemeinen Umgang mit den Sozialen Medien können wir Sie auf Anfrage unterstützen. All dies sind gute Möglichkeiten, Ihre Themen zielgenau an die Bürgerinnen und Bürger zu bringen. Lassen Sie diese einfache Chance nicht ungenutzt! Bei Fragen wenden Sie sich ebenfalls an: [presse@oedp.de](mailto:presse@oedp.de)

Zudem bleibt Ihnen die Möglichkeit, die einzelnen Geschäftsstellen sowie Mitglieder der verschiedenen Vorstände, auch des Bundesvorstands, gezielt zu kontaktieren, auf Informationen hinzuweisen oder Fragen direkt zu stellen.

Sie sehen, es gibt eine Fülle von Möglichkeiten, zeitnah informiert zu werden.

Bitte haben Sie Verständnis, dass bei der Fülle der Aufgaben und der Ehrenamtlichkeit unseres Engagements zusätzliche Kommunikationswege, Veröffentlichungen etc. derzeit nicht möglich sind. Wir wollen auch das Verhältnis zwischen regelmäßiger Information und vielfach als lästig empfundenen Überversorgung ausgewogen halten.

## Bundeshauptausschuss und Landesverbändetreffen in Würzburg

Am 9. Juli fand in Würzburg der Bundeshauptausschuss statt. Die Delegierten debattierten mit dem Bundesvorstand ausführlich über den Leitspruch für die kommende Bundestagswahl und als Konfliktlinienslogan allgemein. Dieser „Slogan“, der die Programmatik der ÖDP auf den Punkt bringen soll, ging aus einer intensiven innerparteilichen Konfliktliniendebatte hervor. Mit „Mensch vor Profit“ einigten sich die anwesenden Delegierten auf einen „Slogan“, welcher verdeutlicht, dass gieriges Profitstreben nie Vorrang vor Mensch und Natur haben darf. In den kommenden Monaten soll der Slogan in ein Strategiekonzept eingebettet werden.

Darüber hinaus wählten die anwesenden Delegierten die Mitglieder der Bundessatzungskommission und der Bundesprogrammkommission turnusgemäß neu. Für die Bundessatzungskommission wurden gewählt:

Helmut Kauer, Dr. Claudius Moseler, André Meyer, Axel Gebhardt und Josef Wagner. Ersatzmitglieder sind: Johannes Schneider und Adrian Heim. In die Bundesprogrammkommission wurden gewählt: Dr. Reinhold

*In den kommenden Monaten soll der Slogan „Mensch vor Profit“ in ein Strategiekonzept eingebettet werden.*

Reck, Roswitha Bendl, Dr. Hermann Schweiger, Jürgen Osterlänger, Matthias Dietrich, Verena Föttinger und Hanns-Dieter Schlierf. Ersatzmitglieder sind: Christoph Raabs, Dr. Claudius Moseler, Angela Binder und Klaus Wagner. Wir gratulieren allen Gewählten und wünschen eine erfolgreiche Zusammenarbeit!



Foto: Pablo Zillier  
Delegierte auf dem Bundeshauptausschuss



Foto: Pablo Zillier  
Ideensammlung zum Strategiekonzept für die Bundestagswahl

### Landesverbändetreffen mit Ideensammlung in Gruppenarbeit

Am darauffolgenden Sonntag fand das Treffen der Landesverbände ebenfalls in Würzburg statt. Im Hauptteil der Veranstaltung wurden in einer kreativen Sammlung in Gruppenarbeit Ideen für ein Strategiekonzept zur Bundestagswahl gemeinsam erarbeitet. Auch stellte der Bundesvorstand die zwei neu eingestellten Mitarbeiter (siehe Kasten) den Landesverbänden vor. Zuständig sind diese vor allem für die Koordinierung der Unterstützungsunterschriftensammlung zur Bundestagswahl. Wir wünschen einen guten Einstieg!

Der Bundesverband sucht darüber hinaus noch Landeswahlbeauftragte, insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern und Hessen. Nachfragen und Bewerbungen hierzu bitte bei Dr. Claudius Moseler über politik@oedp.de oder Telefon (0 61 31) 67 98 20. Alle Fragen zur Organisation der Bundestagswahl bitte an bundestagswahl@oedp.de.

### Neue Mitarbeiter im Bundesverband

**Thomas Büchner** (54) ist in der ÖDP seit 1994 und hat mit seinen Mitstreitern im KV Coburg zwei Stadtrats- und zwei Kreisratsmandate für die ÖDP erfochten. Er arbeitet als selbstständiger Handelsfachwirt und Tonproduzent; er liebt es, projektbezogen zu optimieren und mit smarter Penetranz Dinge zu Ende zu bringen. Er wird die Sammlungen der Unterstützungsunterschriften für den Bundestagswahlkampf im Auge behalten, Landeswahlbeauftragte betreuen und mit dafür sorgen, dass die ÖDP in ganz Deutschland auf den Wahlzettel kommt.



Foto: Pablo Zillier  
Thomas Büchner

Kontakt: [thomas.buechner@oedp.de](mailto:thomas.buechner@oedp.de)



Foto: ÖDP Bundespressestelle  
Michael Johné

**Michael Johné** (36) ist Dipl.-Staatswissenschaftler und hat einen Master of Science in Public Relations. Zu seinen beruflichen Schwerpunkten zählen Öffentlichkeitsarbeit und Marketing, politische Kommunikation sowie solidarisches Wirtschaften. Als passionierter Radfahrer hat er bereits einmal den Globus umradelt und weltweit ehrenamtliche Erfahrungen gesammelt. Für die ÖDP wird er als Wahlkampfkoordinator die strategische Kommunikation unterstützen und den bundesweiten Wahlkampf konzeptionell und vernetzend begleiten. Er ist verheiratet, hat eine Tochter und lebt in Köln.

Kontakt: [michael.johne@oedp.de](mailto:michael.johne@oedp.de)

Das durch den 50. Bundesparteitag überarbeitete **Bundespolitische Programm der ÖDP** finden Sie in der aktualisierten Version online unter: <http://t1p.de/OEDPBundesprogramm>

## Aus Respekt vor der Erde

„Wir können nichts ändern an dem, was geschah. Wir können aber daraus lernen, nach vorne schauen und weitergehen. Für unsere Kinder. Und eine bessere Welt“, so Henry Red Cloud, der auf seiner Europatour Station in Murnau machte und dort herzlich begrüßt wurde.

Er führte das Publikum durch die schwere Geschichte der Lakota-Sioux, vermittelte die indianische Botschaft eindrucksvoll und untermalte diese mit indianischem Gesang für den Frieden mit der Erde. Er erinnerte an die alte indianische Weisheit, alle Entscheidungen zum Wohle der kommenden sieben Generationen zu treffen. Wir können Wege aus der Krise finden. „Wenn wir die Erde wieder ehren und das alte Wissen mit dem neuen verknüpfen, ist es möglich, die Verbindung zwischen Mutter Erde und Vater Sonne wieder herzustellen.“

Die bittere Armut im Lakota-Reservat Pine Ridge und die hohe Arbeitslosigkeit waren für ihn eine Herausforderung. Der einstige Stahlarbeiter kam nach Europa und lernte. Er entwickelte sich zum Unternehmer und Pionier, gründete 2004 Lakota Solar Energy und bot die Grundlage für zahlreiche neue wirtschaftliche, gesellschaftliche und umweltpolitische Projekte. Es wurden Solarkollektoren montiert, Windenergiesysteme installiert, feste ökologische Häuser aus Stein und Lehm und ein Schulungszentrum für junge Indianer



Henry Red Cloud mit der ÖDP-Bundsvorsitzenden

errichtet. Nicht zuletzt brachte Henry Red Cloud die fast ausgestorbenen Bisons zurück in die Black Hills. Für seine Arbeit erhielt er zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen und Preise, z. B. den Global Energy Award.

Unter den begeisterten Besuchern befand sich auch ÖDP-Bundsvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz, die die Pause für ein kurzes Gespräch mit Henry Red Cloud nutzte.

Wer den Visionär und die Non-Profit-Organisation Oceti Wakan unterstützen möchte, findet Informationen und Spendenmöglichkeiten unter folgender Internetadresse: [www.ocetiwan.org](http://www.ocetiwan.org)

## Bundsvorsitzende gratuliert Frau Valeria Ströse-Grützner zum 100. Geburtstag

Wer kann von sich behaupten, schon über 25 Jahre Mitglied der ÖDP und doch 75 Jahre seines Lebens in keiner Partei gewesen zu sein?

Frau Valeria Ströse-Grützner wurde 1916 in Breslau geboren. Ihr Leben spiegelt viele Facetten der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts wider: Ihre Mutter starb unterernährt an Spanischer Grippe nach dem Ersten Weltkrieg. Nach dem Abitur durfte sie als Nonnenschülerin nicht studieren. Bei der Vertreibung aus dem geliebten Schlesien verlor sie ihren damals zweieinhalbjährigen Sohn Michael. Nach 1945 konnte sie endlich Lehrerin werden und war zuletzt lange Jahre Rektorin in Köln. Nach der Pensionierung zog sie nach Bayern zu ihrem Sohn nach Kempten im Allgäu. Kurios: Ihre beiden Kellerabteile im Seniorenheim, in dem die Jubilarin seit sechs Jahren wohnt, dienen der ÖDP als Wahlkampf-Depot. Selbst im Alter von 100 Jahren pflegt sie ihre größte Leidenschaft, im Fernsehen Wissenssendungen zu verfolgen.

Vielleicht hat Sohn Adeodatus René Michael Hofer („der von Gott Wiedergegebene“) ja von ihr die Zähigkeit geerbt, denn er sitzt seit mehr als einem Vierteljahrhundert für die ÖDP im Kemptener Stadtrat und ist seit vielen Jahren Vorsitzender des Kreisverbands.



V.l.: Gabriela Schimmer-Göresz, Valeria Ströse-Grützner und Michael Hofer

## BAK Christen & Ökologie auf dem Katholikentag in Leipzig

Wenn zu exklusiven Veranstaltungen wie G8 oder Weltwirtschaftsforum in Davos eingeladen wird, dann gibt es meist ein Damenprogramm oder zumindest ein Partnerprogramm für die vertrauten Begleitpersonen, die zu den großen Reden scheinbar nichts beizusteuern haben. Auf einem Katholikentag ist das nicht so: Entweder man ist offiziell dabei oder außen vor.

So fühlt man sich als unterrepräsentierter politischer Mitakteur, wenn die Podien und Stände nach festen Regeln besetzt werden, etablierte Volksvertreter befragt werden und katholisches Vereins- und Gemeinschaftsleben ausgebreitet wird. Ich muss aber zugeben: Es ist das gute Recht des Gastgebers, sich seine Gesprächsgäste auszuwählen. AfD draußen, Grüne, SPD und Linke drin (O-Ton Bodo Ramelow beim Wir-sind-Kirche Zelt: „Wir mussten 26 Jahre darauf warten, das darf die AfD gerne auch müssen.“), CDU sowieso. Und die ÖDP?

Sie taucht wohl im Codex dieses catholicam nicht auf. Nun, da haben wir jetzt wieder zwei Jahre Zeit, dicke Bretter zu bohren, und freuen uns auf einen neuen Anlauf in Münster 2018.

Zumindest aber die Bedingungen für einen Stand oder Pavillon auf der Katholikentagsmeile sind für alle Parteien und deren Arbeitskreise gleich: keine Chance.

Wir als Arbeitskreis Christen und Ökologie waren mit drei BAK-Mitgliedern trotzdem präsent, wenn auch nur ein paar Stunden. Für Samstagmittag bei schönstem Sommerwetter hatten wir einen Stand am Innenstadtring bei der Stadt Leipzig angemeldet und freuten uns: über den rechter Hand liegenden kühlen Brunnen, über die linker Hand ebenfalls einen



Im Gespräch mit interessierten Passanten: Dirk Zimmermann und Helmut Graf

Stand betreuenden grüchrischen Nachbarn und über diejenigen der Leipziger und Katholikentagsbesucher, die sich immer mal ein paar Augenblicke Zeit für uns nahmen. Den Namen der ÖDP im Bewusstsein zu verankern und unsere christlichen Positionen hervorzuheben, war unser Anliegen, nicht mehr, nicht weniger. „Gehen Sie wählen?“, war die Frage, die die meisten Leute zum Anhalten brachte. Ein paar Meter im raschen Schritt neben ihnen zu gehen, wie sie eilends zum nächsten Programmevent schwitzten, wurde durchaus akzeptiert.

Ein Geschenk machten uns die Leipziger Bürger auch noch: Eine relativ kurzfristig

angesagte Anti-TTIP-Demo führte fast unmittelbar an unserem Stand vorbei. Da schnappte sich der Jüngste von uns dreien, meine Wenigkeit, rasch die ÖDP-Fahne und mischte sich mitten unter die ca. 1.000 bis 1.500 De-

*Den Namen der ÖDP im Bewusstsein zu verankern und unsere christlichen Positionen hervorzuheben, war unser Anliegen.*

monstranten. So wurde die Fahne mit wechselnder und wohlwollender Unterstützung meiner Gesprächspartner im Zug hochgehalten. Die Katholikentagsbesucher am Rande schienen uns mit Wohlwollen zu betrachten und einige reihten sich mit ein.

Ein Dank gilt zum Schluss den extra für den Nachmittag angereisten BAK-Mitgliedern, die mich als sächsischen Vertreter tatkräftig unterstützten!

## Zehntausende demonstrieren in Berlin gegen EEG-Novelle

Am 2. Juni demonstrierten in Berlin mehrere Zehntausend Menschen gegen die Novelle des „Erneuerbaren-Energien-Gesetzes“ (EEG), darunter auch eini- ÖDPler. Insbesondere die Deckelung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ist ein großer Rückschlag. Dazu schreibt MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner: „Die Berechnungsformel bei der Windenergie nimmt der Windindustrie die Planungssicherheit und gleichzeitig bekommen Kohlekraftwerke freie Fahrt, das macht klimapolitisch keinen Sinn. Ich teile die Sorgen des Bun-

desverbands Windenergie, dass durch die EEG-Reform der Ausbau der Windenergie zum Stillstand kommt und die Bürgerbeteiligung an Windkraftanlagen gefährdet ist, zum Nutzen der großen Energiekonzerne. Die geplante Formel als Grundlage für den Ausbau von Windkraftanlagen garantiert keinen kontinuierlichen Ausbau von Windkraftanlagen. Bei der Photovoltaik besteht durch die Reform das Risiko einer zu schnellen Reduzierung der Einspeisevergütung, dabei werden die Ausbauziele jetzt schon nicht erreicht.“



ÖDPler auf der Demonstration in Berlin

## „Das Ende der grünen Märchen“ – was ist zu tun?

Dieser Frage ging auf Einladung des ÖDP-Stadtverbands München der bekannte und preisgekrönte Schauspieler, Regisseur, Buchautor und Umweltaktivist Hannes Jaenicke in sympathischer Art nach. Jaenicke verdeutlicht in seinen Filmen und Büchern den Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, Artensterben und unserem Konsumverhalten. Mit seinen Büchern kam er auf die SPIEGEL-Bestsellerliste. Jaenicke's Recherchen sind ein wichtiges Zeugnis über die skrupellose Geschäftemacherei in unserer modernen Konsumgesellschaft.

Thomas Prudlo, Vorsitzender des ÖDP-Stadtverbands München, konfrontierte das Publikum mit „acht grünen Märchen“ und setzte damit eine lebhaft Diskussion in Gang:

- Wir brauchen Wirtschaftswachstum, um uns Umweltpolitik leisten zu können.
- Wir kommen bei der Energiewende zügig voran. Elektroautos sind der Ausweg aus dem Mobilitätsproblem.
- Klimaschutz und Ökologie sind auch wichtige Themen.
- Bio ist stark im Kommen.
- Die „grüne“ Gentechnik wird unser Hungerproblem lösen.
- Freihandelsabkommen fördern den Wohlstand und erhöhen den Verbraucherschutz.
- Europa ist der Hort für Frieden, Wohlstand und Demokratie.

Die zahlreiche Zuhörerschaft entzauberte in Redebeiträgen und Fragen an den Referenten vieles als „Greenwashing“ und den raffinierten Versuch, Verbraucherinnen und Verbraucher auf sämtlichen Ebenen in die Irre zu führen. Intensiv wurde der Frage nachgegangen, wie sich die Menschen dagegen wehren können. Die größte Macht des Verbrauchers liege, so Jaenicke, im eigenen Geldbeutel. Mit der bewussten Entscheidung, wem vertraue ich mein Geld an, welche Produkte kann ich bedenkenlos kaufen und welche boykottiere ich, kann jede und jeder Einzelne jeden Tag die Welt ein Stück weit besser machen.

Neben der Bundesvorsitzenden Gabriela Schimmer-Göresz nahmen auch die beiden ÖDP-Stadträte Sonja Haider und Tobias Ruff an diesem interessanten Abend teil.

Wer den Abend nachschauen will, kann das hier tun:  
<http://t1p.de/pwc0>



V.l.: Sonja Haider, Tobias Ruff, Hannes Jaenicke und Gabriela Schimmer-Göresz

### Sommerfest am 20.08.2016 im Abgeordnetenbüro von MdEP Buchner

Wir laden Sie sehr herzlich zum Sommerfest in das Berliner Abgeordnetenbüro unseres Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner ein. Ab 16 Uhr gibt es Musik, kaltes Buffet und Getränke. Prof. Buchner freut sich auf interessante Begegnungen mit Ihnen. Die Adresse: Ebelingstr. 8 in 10249 Berlin-Friedrichshain. Bitte melden Sie sich unter [bodisco@klausbuchner.eu](mailto:bodisco@klausbuchner.eu) kurz an, wenn Sie kommen können.



## Ein besonders wirkungsvolles Kraut: der älteste ÖDP-Mandatsträger Ernst Egelkraut

Irgendwie ist Ernst Egelkraut ein Spätzünder. Die Betonung liegt mehr auf Zünder. Mit 58 ist er in die ÖDP eingetreten und hat 25 Jahre in seiner Heimat, einem Markt mit 5.700 Einwohnern, im Landkreis Hof und im Bezirk Oberfranken sehr viel bewegt. Heute ist er

Mit 83 Jahren sitzt Egelkraut immer noch im Gemeinderat und mischt sich tatkräftig ein.

Das politische Leben des Oberfranken Ernst Egelkraut ist geprägt von seiner Liebe zur Natur. „Ich bin begeisterter Radfahrer!“, erzählt er. Den Saaleradweg hat er fast ganz be-„radelt“. Von der Saalequelle im Fichtelgebirge bis Halle hat er es geschafft. Die Saale ist seine Heimat, für die er sich ungebremst engagiert. Aber auch zu Fuß ist er gerne in der Natur unterwegs.

Seine Frau Arnhilt und seine drei Kinder stehen hinter ihm, auch wenn sie oft auf ihn verzichten müssen, weil er wieder mal politisch eingespannt ist. So gehört das Bürgerbegehren gegen den Abriss des Schulgebäudes zu seinen Erfolgsgeschichten. 57 % der Bürger folgten seinem Ziel, das historische Schulgebäude zu erhalten.

„Ich hatte schon lange mit der ÖDP sympathisiert“, beschreibt Ernst Egelkraut seine Motivation, 1991 in die ÖDP einzutreten. Anlass zum Eintritt war der Protest gegen die Privatisierung von Bahn und

Post. „Und heute sehen wir, was daraus geworden ist!“

Der Oberfranke wird aber auch deutlich, wenn es um die Zukunft des Landes geht. Er fordert von der ÖDP, dass sie den erschreckenden Erfolg der AfD „nicht

*Für die Zukunft der ÖDP hat er einen Wunsch: „Die ÖDP verdient, mehr Beachtung zu finden!“*

unter den Teppich kehrt“. Sein Leben lang hat er klar seine Meinung gesagt und versucht, viele Menschen in persönlichen Gesprächen für eine nachhaltige Politik zu begeistern. Direkte Demokratie hat er immer wieder gefordert und gefördert. Für die Zukunft der ÖDP hat er einen Wunsch: „Die ÖDP verdient, mehr Beachtung zu finden!“



Foto: ÖDP Bayern

Ernst Egelkraut (li), mit 83 Jahren das Herz des KV Hof/Wunsiedel; Kreisvorsitzender Peter Hiltner (re)

mit 83 Jahren der älteste Mandatsträger der ÖDP. Ernst Egelkraut ist immer noch voll dabei, als Gemeinderat, als stellvertretender Vorsitzender des Bürgerbegehrens gegen die Ortsumgehung, das zusammen mit dem Bund Naturschutz dem Flächenfraß entgegentritt.

Sechs Jahre war Ernst Egelkraut der 2. Bürgermeister des Marktes Oberkotzau. „Keine einfache Zeit!“, fasst der bescheidene Oberfranke seine Leistung zusammen. Er erwähnt zwar, dass er davon fast zwei Jahre den verhinderten 1. Bürgermeister vertreten musste, aber er ist kein Mann, der sich stolz auf die Brust klopft, auch wenn er Beachtliches geleistet hat. Mit dem Eintritt in den Gemeinderat 2002 kam gleich das Amt des stellvertretenden Bürgermeisters auf ihn zu. Bis 2008 setzte er sich mit dem damaligen 1. Bürgermeister für eine gesunde und nachhaltige Gemeinde ein. Zum Verhältnis mit dem nun amtierenden CSU-Bürgermeister Breuer sagt er nur: „Eine Zusammenarbeit ist unmöglich!“

## Familie, Politik, Theater und ein großes Herz – das Unikat Horst Halser wird 80!

„Politik machen wir für unsere Kinder und Enkel, um ihnen etwas mitzugeben und ihnen Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen.“ Geboren am 6. Juli 1936, ist der 9-fache Patchworkfamilienvater und 17-fache Großvater

*„Auch als Einzelner kann man Dinge ändern – man sollte nur die Geschäftsordnung kennen und gut netzwerken.“*

von Kindesbeinen mit Politik auch in der Familie konfrontiert. „Mein Großvater hat mich politisch geprägt“, beschreibt Horst Halser seine sehr persönliche Motivation, politisch aktiv zu werden.

Wer dem seit 2014 ältesten Rosenheimer Stadtrat begegnet, lernt einen herzlichen Menschen kennen, aus dem die Lebensfreude nur so heraussprudelt, der aber klare und deutliche Worte findet, wenn es um Politik geht. „Wer nie Kommunalpolitik gemacht hat, weiß nicht, was den Bürger bewegt, das sieht man gut an vielen Spitzenpolitikern.“

Horst Halser weiß, wovon er spricht, denn er ist seit 47 Jahren politisch engagiert. Ab 1969 für die FDP war er u. a. im Landesvorstand, Bezirksvorsitzender in Oberbayern und von 1984 bis 1994 gewählter Kreisrat und Gemeinderat in Höslwang. „Nachdem alle Sozialpolitiker die FDP verlassen haben, kam ich 1993 zur ÖDP.“ So war Halser bis 2002 für die ÖDP im Kreisrat und von 2004 an für zehn Jahre Vorsitzender des Seniorenbeirats Rosenheim. „Die Umweltpolitik der ÖDP hat mich überzeugt.“

„Auch als Einzelner kann man Dinge ändern – man sollte nur die Geschäftsordnung kennen und gut netzwerken“, empfiehlt der lebensfrohe Halser den ÖDP-Mandatsträgern. Die Energie geht dem Theaterregisseur auch im hohen Alter nicht aus: „Manchmal kann ich narrisch werden mit der ÖDP. Es ist so wichtig, gute Pressekontakte zu pflegen und die ÖDP auch auf gesellschaftlichen Events zu repräsentieren; wir wollen hier schließlich die Zukunft mitgestalten.“

Sein persönliches politisches Anliegen ist dabei u. a. die politische Realisierung der Inklusion. „Dafür haben meine Frau und ich schon immer gekämpft, da kannte

noch keiner den Begriff.“ Halsers Frau ist die engagierte und 7-fach wiedergewählte ÖDP-Bezirksrätin Johanna Schildbach-Halser. Inklusion ist auch in der Familie ein Thema. So unterstützen die Kinder ihren Papa und Opa fleißig, etwa bei seiner Mandats-Webseite: [www.stadtrat-halser.de](http://www.stadtrat-halser.de)

Horst Halser beherrscht neben den lauten auch leise, mahnende Töne: „Wir leben derzeit in Zeiten, die nachdenklich machen. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, ich habe eine Multikulti-Familie. Ausgrenzung und Anfeindung habe ich auch persönlich erlebt. Die Spaltung der Gesellschaft durch die



Foto: ÖDP Bayern

AfD, diesen politischen Hohlkörper mit Antworten von vorgestern, das tut der Gesellschaft nicht gut. Daher wünsche ich mir, dass alle politischen Kräfte – und ich meine wirklich alle –, die demokratischen Parteien und damit auch wir als ÖDP die Kurve kriegen und zusammen dem entgegenwirken.“

### Wahlkampf-Fotos benötigt?

Sie benötigen Fotos oder Videos Ihrer ÖDP-MandatsträgerInnen oder WahlkandidatInnen? Wir helfen Ihnen gerne. Melden Sie sich unter Tel.: (030) 4985 40 50.

## Ein Nachruf von Arnold Kimmerl (stellv. Landrat und stell. Vors. KV Schwandorf)

# Hermann Lobinger

Liebe Freunde,

wir müssen Abschied nehmen von Hermann Lobinger, der am 7. März 2016 im 89. Lebensjahr in seinem Haus in Nabburg friedlich verstarb. Er war nicht nur ein geachteter Mitbürger und eine bekannte Persönlichkeit seiner Heimatstadt Nabburg, sondern auch ein engagierter Parteifreund und Mitglied der ersten Stunde in der ÖDP.

Hermann Lobinger, geboren am 23.11.1927 in Passau, war vor der Gründung der ÖDP bereits für Natur und Umwelt im Oberpfälzer Waldverein, im Bund Naturschutz und bei den Grünen aktiv. Nach deren Linksruck trat er als Gründungsmitglied 1982 der ÖDP bei. Er arbeitete von Anfang an zielstrebig am Aufbau und der zeitgemäßen, am Menschen orientierten, umweltpolitisch bürgerlich-konservativ ausgerichteten Weiterentwicklung der Politik durch die ÖDP, damals unter dem Vorsitzenden Dr. Herbert Gruhl, mit. Ich kann mich noch gut an das Treffen 1982 in München erinnern, bei dem er sich stark für die Teilnahme an der Landtagswahl im Herbst einsetzte, bei der die ÖDP erstmals mit einem Kraftakt bei einer Wahl auf Landesebene auftrat.

Hermann war in dieser Aufbruchsstimmung einer der stark treibenden Kräfte zum Aufbau der ÖDP in den Anfangsjahren. Er brachte mit seinem vom Beruf des Dipl.-Kaufmanns beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband her geschulten klaren, analytischen Denken sein Fachwissen für Strukturen, Systematik, Inhalte und die kommunale Praxis in die Partei mit ein, um damit, zusammen mit allen damaligen Mitstreitern, ein Fundament für die Gliederung, deren Aufbau und Fortentwicklung zu legen.

Dazu gehörte beispielsweise die Mitarbeit in der Antragskommission bei der Vorbereitung der Parteitage mit der thematischen Sortierung und Gewichtung der Anträge und der Tagesordnung. Aber auch die inhaltliche Arbeit nahm er beherzt und mutig auf. Dabei ging

es ihm immer um eine ausgewogene und lebenspraktisch verständliche Darstellung der Vorschläge zu den Programminhalten, die er wohlüberlegt und sauber ohne extreme Richtungen formulierte. Typisch dafür ist z.B. seine maßgebliche Mitarbeit in der Programmkommission zur Vorbereitung des Rechtsabgrenzungsbeschlusses, der dann am Parteitag in Saarbrücken am 18./19.02.1989 mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Dabei scheute er nicht vor deutlichen, mit guten Argumenten untermauerten Worten und dem inhaltlichen Streit zurück.

Darüber hinaus war er vielfältig engagiert auf Landkreis-, Landes- und Bundesebene am Aufbau der ÖDP aktiv beteiligt. Vom Plakatieren bis zu Werbeaktionen und Öffentlichkeitsarbeit war er überall dabei. Ein prägendes Ereignis bei uns im Landkreis Schwandorf war der Widerstand gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennelemente, die WAA, bei dem er sich mit uns im KV Schwandorf stark engagierte. Das brachte uns 1984 bei der Kommunalwahl die ersten Mandate in Stadträten und im Kreistag ein.

Er selbst war von 1984 bis 1996 für die ÖDP Mitglied des Stadtrates Nabburg. In diesen 12 Jahren nahm er sein Mandat, zum Wohle für seine Heimatstadt und deren Bürger tätig zu sein, sehr ernst. Gewissenhaft, verantwortungsvoll und ehrlich stellte er sich den Aufgaben der Kommunalpolitik, die er im Gremium wahrnahm. Er suchte den Konsens für seine Anliegen durch Überzeugung und Kompromissbereitschaft.

Hermann war, auch als studierter Theologe, ein sehr der Schöpfung insgesamt und der Natur verbundener Mensch mit Verantwortung für die kommenden Genera-



Foto: ÖDP Bayern

tionen. So war es nur konsequent, dass er den Bund Naturschutz tatkräftig unterstützte und sich für den Erhalt der Heimat einsetzte. Sein großes Anliegen war dabei, eine vernünftige und möglichst Natur und Menschen schonende Trassenvariante für die geplante Autobahn A6 zwischen Amberg und dem Kreuz Oberpfälzer Wald mit der A93 zu finden. Dazu hat er ein von der Fachwelt anerkanntes Verfahren zur Berechnung und Abschätzung der Wirtschaftlichkeit sowie Optimierung verschiedener Planungsvarianten beim Straßenbau entwickelt. Doch der politische Wille von ganz oben führte zur jetzigen, weniger naturverträglichen Trasse.

Er hatte auf der einen Seite als Idealist eine tiefe Natur- und Heimatverbundenheit und andererseits durch seinen Beruf beim Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ein sehr klares, analytisch abwägendes Denken, das ihm bei seinen Aktivitäten zugutekam. Hermann Lobinger blieb dabei immer ein bescheidener, ehrlicher Mensch, ein typischer Oberpfälzer, der nicht viel Aufhebens von sich machte.

Der Tod von Hermann Lobinger hinterlässt nach einem erfüllten, langen Leben trotzdem eine schmerzliche Lücke, aber die guten Erinnerungen an ihn bleiben in uns und die Spuren seines geistigen und praktischen Wirkens leben auch in der ÖDP weiter.

Wir alle haben einen Freund und Mitstreiter verloren – wir sind ärmer geworden. Doch wir schöpfen immer noch aus den vielen Bereicherungen, die er uns mit seiner beispielhaften Persönlichkeit geschenkt hat.

Lieber Hermann, danke für alles!

## Umgezogen? Neue Kontonummer?

### Helfen Sie mit zu sparen!

Bitte geben Sie uns umgehend Bescheid, wenn sich Ihre Adresse oder Ihre Bankverbindung geändert hat! Jeder Lastschrift-Rückläufer kostet die ÖDP drei Euro zzgl. Portokosten.

*Vielen Dank!*

#### Neue Adresse:

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Tel.

E-Mail

#### Neue Bankverbindung:

IBAN

BIC

Name der Bank

Bitte senden Sie diesen Abschnitt an:  
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1,  
97070 Würzburg, Fax: (09 31) 4 04 86 -29,  
E-Mail: [mitgliederverwaltung@oedp.de](mailto:mitgliederverwaltung@oedp.de)

Zusammengestellt von Pablo Ziller

## ÖDP fordert die Direktwahl des Bundespräsidenten

(06.06.2016) Der Generalsekretär der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Dr. Claudius Moseler, bringt angesichts der bevorstehenden „Bundesversammlung“ zur Neuwahl des Bundespräsidenten im



Dr. Claudius Moseler

Frühjahr 2017 erneut die Forderung nach einer Direktwahl ins Gespräch. Nachdem Bundespräsident Joachim Gauck heute seinen Verzicht für eine zweite Amtszeit erklärt hat und von den Parteien bereits die ersten Bewerber in Stellung gebracht werden, ist für die ÖDP die stärkere Einbindung der Wählerinnen und Wähler bei bundespolitischen Entscheidungen wesentlich wichtiger. „Statt Vorabsprachen und machtpolitische Vorgaben der Parteien bei der Wahl des Bundespräsidenten/der Bundespräsidentin fordern wir die Direktwahl. Die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger sind

mündig genug hier weise Entscheidungen zu treffen“, so Moseler.

Darüber hinaus unterstreicht die ÖDP ihre Forderung nach bundesweiten Volksentscheiden. Es gebe keinen Alleinvertretungsauftrag der Parteien. „Wir brauchen eine Mitmachdemokratie, um Parteienfrust und Politikerverdrossenheit zu bekämpfen, und dazu bedarf es der konsequenten Anwendungen von Art. 20 (2) Grundgesetz. Es müssen alle Möglichkeiten zur Fortentwicklung unserer repräsentativen Demokratie genutzt werden. Auch müssen sich die Parteien stärker für die Menschen zur Mitarbeit öffnen“, so Moseler abschließend.

## Schimmer-Göresz (ÖDP): „Bayer könnte sich den Ökozid einkaufen“

(06.06.2016) Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) setzt ein deutliches Zeichen. Sie hat sich dem internationalen Bündnis zur Abhaltung eines Tribunals gegen Monsanto angeschlossen, um mit Gleichgesinnten gegen die Geschäftspraktiken des amerikanischen Saatgutes Monsanto vorzugehen und für die Bewahrung der Vielfalt auf unserer Erde einzutreten. Die ÖDP-Bundesvorsitzende nennt das Unternehmen „eine der zentralen Schaltstellen zur Verminderung unserer Artenvielfalt und der Zerstörung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft“, daher habe das Bündnis ihre volle Unterstützung.

Einen weiteren „Aufhänger“ für Kritik liefere diese Tage die Meldung über die geplante Übernahme von Monsanto durch den deutschen

Pharmariesen Bayer, die vorerst an einem zu geringen Übernahmegebot scheiterte. Die ÖDP-Vorsitzende findet es widerlich, wie in der Berichterstattung die Verbrechen an Mensch, Tier und Umwelt lediglich in Nebensätzen erwähnt werden. Der Unternehmensführung von Bayer sei scheinbar völlig egal, welchen Klotz sie sich hier ans Bein binde. „Wir werden den Deal genau beobachten. Sollte Bayer Monsanto wirklich übernehmen, wird es massiven Protest hageln! Wenn Profit-Gier Unternehmensinteressen leiten, kommen Mensch, Tier und Umwelt unter die Räder. Dies zu verhindern sei Aufgabe einer Politik, die das Wort ‚Verantwortung‘ noch kenne und ernst nehme“, so Schimmer-Göresz.

Monsanto ist auch der ÖDP schon seit Langem ein Dorn im Auge, denn das Unternehmen ist weltweit mit diversen chemisch hoch-aggressiven Substanzen mit Namen wie RoundUP, Glyphosat oder PCB in Verbindung zu bringen, welche alles Leben auf und um Äcker töten und zudem als möglicherweise krebserregend gelten. Zudem ist Monsanto ein verlässlicher Partner der industriellen Landwirtschaft, die gemeinsam mit genmanipulierten Pflanzen die Artenvielfalt zerstört mit unvorhersehbaren Folgen für unsere Zukunft. Kritiker werfen Monsanto vor, verursachte Schäden an Mensch und Umwelt zu leugnen und ihre verheerenden Aktivitäten weiterhin aufrecht zu erhalten. Dazu gehört Lobbying bei Regierungen, Lügen und Korruption, Finanzierung zweifelhafter wissenschaftlicher Studien, unter Druck setzen unabhängiger Wis-



Foto: Mojipe/pixabay.com

senschaftler, Manipulation von Presseorganen etc.

Vom 14. bis zum 16. Oktober 2016 wird in Den Haag das Monsanto-Tribunal stattfinden, in dessen Verlauf die gegen Monsanto erhobenen Vorwürfe zusammengetragen und die verursachten Schäden evaluiert werden sollen. Die ÖDP unterstützt die Abhaltung des Tribunals und fordert alle ihre Mitglieder und die kritische Öffentlichkeit dazu auf, die Initiative ebenfalls mit ihrer Unterschrift oder einer kleinen Spende zu unterstützen. Das Tribunal befasst sich mit Monsanto's Verbrechen gegen die Umwelt in Form des Ökozids, dessen Aufnahme ins internationale Strafrecht bereits vorgeschlagen wurde. Das Tribunal wird untersuchen, ob sich das Römer Statut, auf dem der Internationale Strafgerichtshof seit 2002 beruht, reformieren lässt und Ökozid als Verbrechen darin aufgenommen werden kann. Dies würde ermöglichen, natürliche und juristische Personen, welche unter Verdacht stehen, ein solches Verbrechen begangen zu haben, zur Verantwortung zu ziehen. „Hätte Monsanto

nachweislich einen ‚Ökozid‘ begangen, würde sich Bayer womöglich hüten, ein solches Unternehmen aufzukaufen. Für die ÖDP haben Mensch, Tier und Umwelt absoluten Vorrang vor Profit. Daher unterstützen wir das Tribunal“, so die ÖDP-Vorsitzende.

Alle Infos zum Tribunal:  
[www.monsanto-tribunal.org](http://www.monsanto-tribunal.org)

## ÖDP kritisiert Spitzenpolitiker der Grünen für Kooperation mit Airbus

Spitzenpolitiker von Bündnis 90/ Die Grünen pflegen enge Kontakte zum Luftfahrt- und Rüstungskonzern Airbus. In einer PR-Broschüre werben Cem Özdemir, Anton Hofreiter oder Katrin Göring-Eckardt indirekt auch für die Arbeit des Konzerns und umweltschädliches Fliegen. „Mit der Publikation ‚Oben – Ihr Flugbegleiter‘ wollen Heinrich-Böll-Stiftung und Airbus Group Einsichten in den aktuellen Stand der technischen Entwicklungen und in die politische Debatte um eine nachhaltige Zukunft des Fliegens bieten“, heißt es in einer

Ankündigung, als sei die Stiftung Teil einer Forschungsdenkfabrik des Unternehmens. Für Gabriela Schimmer-Göresz, Bundesvorsitzende der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), ist dies ein weiterer trauriger Beweis, dass sich die Grünen immer weiter von ihren einstigen Idealen entfernen. „Damit fallen sie einmal mehr der Ökologiebewegung in den Rücken!“, so Schimmer-Göresz und verweist auf die Unbestechlichkeit der ÖDP, die sich selbst Firmenspendenfreiheit verordnet hat.

„Besonders skandalös finde ich, dass hier mit einem Rüstungskonzern ohne Berührungängste zusammengearbeitet wird. Mir sträubten sich ja schon die Haare, als Kretschmann die Grünen zur Autofahrerpartei mit einem Faible für TTIP machte. Nun zeigt sich, dass der Einfluss von Unternehmen bei den Grünen keine Grenzen mehr zu kennen scheint. Das lässt sich auch an den finanziellen Zuwendungen und an den Parteitags-Sponsoren ablesen“, so Schimmer-Göresz. Die ÖDP-Chefin betont, dass die ÖDP seit ihrer Gründung, keinerlei Spenden von Unternehmen annehme. „Gespräche mit einem Konzern sind das eine – Werbebroschüren dieser Art finde ich dagegen unausstehlich!“, so die Meinung von Schimmer-Göresz.

Im Abkommen der Weltklimakonferenz von Paris findet der Flugverkehr keine Erwähnung. Die Luftfahrtindustrie feierte dies als Freiflugschein in die Verantwortungslosigkeit. Dass dies nun indirekt Unterstützung durch eine grüne Partei erfahre, sei der wahre Skandal. Eine glaubwürdig ökologische Partei hingegen müsse sich für ein Ende aller Luftverkehrssubventionen stark machen. Nachhaltigkeit im Luftverkehr sei, so Schimmer-Göresz, ein Mythos.

Zum Artikel „Pro Monat 1.000 Euro“,  
ÖP 170

### Wesentliches Merkmal geht von Bord

Die ÖDP zeichnete sich bisher dadurch aus, dass ihre Konzepte und Vorschläge – so sie denn beschlossen würden – alle wesentlichen Probleme dieser Zeit wirksam bekämpfen oder zumindest mildern würden. Genannt seien hier die „Aufkommensneutrale Steuerreform für Arbeit und Umwelt“, das sozialversicherungspflichtige Erziehungsgehalt oder der Mindestlohn.

Doch die ÖDP ist offensichtlich dabei, dieses wesentliche Merkmal ihrer Programmatik über Bord zu werfen. Denn es gibt – wie der letzte BPT in Würzburg zeigte – in der ÖDP offensichtlich starke Kräfte, welche das „Bedingungslose Grundeinkommen“ in das ÖDP-Programm aufnehmen wollen!

Das Grundeinkommen wäre ein gigantisches Experiment mit enormen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Risiken und völlig ungewissem Ausgang! Wer das „Grundeinkommen“ für machbar und sinnvoll hält, der muss auch an den Sozialismus glauben! Mit dem Grundeinkommen wäre die ÖDP nicht mehr die Partei der „Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft“, sondern würde die GRÜNEN und sogar die LINKE „links überholen“ und zur x-ten linken Splitterpartei mutieren, welche das Volk mit unfinanzierbaren sozialen Wohltaten zu überschütten gedenkt. Solche linken Splitterparteien gibt es aber bekanntlich genügend! Das heißt im Umkehrschluss: Das Grundeinkommen im Programm der ÖDP wird zu einer existenziellen Krise der ÖDP und möglicherweise zu ihrem Verschwinden führen ...

Reinhard Ebert, 91719 Heidenheim

Anmerkung d. Red.: Der neu gegründete und mit dieser Frage befasste Bundesarbeitskreis, diskutiert kein Bedingungsloses sondern ein Humanökologisches Grundeinkommen.

### Nicht einverstanden

Mit dem 5-Säulen-Modell, Säule 2, bin ich überhaupt nicht einverstanden.

Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer darf auf keinen Fall erfolgen, da aufgrund eines enormen Verwaltungsaufwands schon früher kein nennenswerter Ertrag erzielt wurde. Auch unter dem Gesichtspunkt „Gerechtigkeit“ ist sie nicht erforderlich: Das Vermögen, sobald eine Verwertung (Konsum) erfolgt, erzielt eine Steuereinnahme über die anfallende Mehrwert-

steuer. Falls keine Verwertung erfolgt, aber Erträge entstehen, wird eine Steuereinnahme über die Einkommensteuer erzielt.

Außerdem sollte die Erbschaftssteuer völlig abgeschafft werden, da auch hier ein hoher Verwaltungsaufwand anfällt. Und Steuereinnahmen werden, wie bereits oben erwähnt, als Folge von Konsum oder entstehenden Erträgen erzielt.

Zur Mehrwertsteuer: Diese wird sehr stark zum Steueraufkommen beitragen und muss deshalb umgebaut werden. Mein Vorschlag ist, statt zwei Steuersätzen drei Sätze anzuwenden. Einen niedrigen für alle Grundbedürfnisse. Einen mittleren für den gehobenen Bedarf. Und einen hohen für luxuriösen Bedarf. Vorteil der Mehrwertsteuer ist ein geringer Verwaltungsaufwand.

Oberste Priorität bei der Einführung eines Grundeinkommens muss sein, die Verwaltungskosten äußerst klein zu halten. Dieser Gesichtspunkt wurde immer schon stark vernachlässigt. Denn finanzielle Probleme des Staates entstanden seither nie durch zu geringe Einnahmen, sondern immer durch vermeidbare Ausgaben.

Eine Einführung von heute auf morgen wird niemals möglich sein, die Einführung sollte über einen Stufenplan erfolgen. Dann wird nicht mehr benötigtes Personal in der Verwaltung allmählich durch Verrentung abgebaut. Das dennoch verbleibende Verwaltungspersonal kann bis zur späteren Verrentung mit anderen Aufgaben betreut werden, wie z.B. eine verstärkte Verfolgung von Steuerhinterziehung.

Paul Fink, 71384 Weinstadt



### Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Es werden jedoch nur Zuschriften veröffentlicht, die eindeutig als Leserbrief gekennzeichnet und mit Vor- und Nachnamen, der vollständigen Adresse sowie einer Telefonnummer versehen sind. In der ÖkologiePolitik abgedruckt werden nur Name, Ort und PLZ.

Leserbriefe entsprechen nicht zwingend der Auffassung der Redaktion. Anonyme Briefe, Beleidigungen sowie „Offene Briefe“ und an Dritte gerichtete Schreiben werden nicht veröffentlicht.

Und bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würzel! Wir behalten uns sinnwahrende Kürzungen vor. Ein Recht auf Veröffentlichung eines Leserbriefes besteht nicht. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. September 2016** an:

ÖDP/ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin  
Fax: (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Zum Artikel „Bundestagswahl 2017 – nur mit uns!“, ÖP 170

### Erfolg auch ohne Wahlbeteiligung

Ich beziehe mich besonders auf den Abschnitt „Ureigenste Aufgabe der Parteiarbeit“. Darin wird mit Verweis auf Art. 21 GG und (indirekt) auf das Parteiengesetz die Teilnahme an Wahlen quasi als einzige Aufgabe von Parteien definiert. Zitat: „Es ist also unsere ureigenste Aufgabe, an Wahlen teilzunehmen.“ Und schlimmer noch, wer nicht an Wahlen teilnehmen möchte, solle sich doch in einem Verband oder einer Bürgerinitiative engagieren.

Dagegen verwehre ich mich entschieden. Wir haben schon eine Kanzlerin, die grundsätzlich ihre eigene Sicht der Dinge für alternativlos hält, und wir sollten uns in der ÖDP diesen gefährlichen Politikstil nicht zu eigen machen. Außerdem irren die beiden Autoren in der Sache.

Denn im zitierten Artikel 21 GG werden Wahlen mit keinem einzigen Wort erwähnt! Dafür lohnt der Blick ins Parteiengesetz. Dort werden die Aufgaben einer deutschen Partei gleich im §1 definiert und übrigens die Worte des Grundgesetzes (wirken an der politischen Willensbildung des Volkes mit) mit dem äußerst aufschlussreichen Zusatz „auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ ergänzt. Per Gesetz wirken also Parteien nicht nur in Parlamenten, sondern allgemein im öffentlichen Raum! Weder die Teilnahme an Wahlen noch die Arbeit in einem Parlament sind demnach konstituierend für die Existenz einer Partei!!! Die Beteiligung an Wahlen gehört übrigens auch noch dazu, übrigens mindestens alle 6 Jahre an einer überregionalen Wahl. Wie viel Zeit, Kosten und Energie könnten wir sparen, wenn wir damit klug haushalten würden.

Und zu guter Letzt: Was waren denn die größten Erfolge der ÖDP in den letzten Jahren? Die Einführung eines wirksamen Nichtraucherschutzes, die Abschaffung des Bayerischen Senats und die Abschaffung der Sperrklausel für kleine Parteien bei der Europawahl. Und das alles war möglich ohne einen einzigen Parlamentarier in einem Landes- oder dem Bundestag!!!

Wenn es dem Willen der Mehrheit in der ÖDP entspricht, an der BTW 2017 teilzunehmen, bitte sehr. Aber dann sollte wenigstens sauber argumentiert werden und mögliche Alternativen sollten nicht durch mangelhafte Gesetzeszitate diskreditiert werden.

Theo Gassmann, 30952 Ronnenberg

## IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. September 2016**.

### Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei  
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg  
Tel.: (0931) 4 04 86-0, Fax: (0931) 4 04 86-29  
www.oedp.de

### Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)  
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München  
guenther.hartmann@oedp.de  
Pablo Ziller (pz)  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
pablo.ziller@oedp.de

### Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Florence von Bodisco,  
Ulrich Brehme, Prof. Dr. Klaus Buchner,  
Ulrike Brandhorst (ub), Jörg-Rainer Collin,  
Matthias Dietrich, Larissa Dloczik,  
Martin Dress, Dr. Herbert Einsiedler,  
Gabriela Schimmer-Göresz, Edgar Guhde,  
Arnold Kimmerl, Dr. Klaus J. Klumpers,  
Claude Kohnen, Susann Mai,  
Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler,  
Jürgen Osterlänger, Iko Schneider,  
Hermann Striedl, Bernhard Suttner,  
Markus Raschke, Dirk Zimmermann

### Externe Autoren

Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Peter Hensinger (ph),  
Björn Klusmann, Dr. Jörg Nowak, Gerd Zeitler

### Interviewpartner

Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Günter Grzega  
Elisabeth Voß, Jörn Wiedemann

### Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner  
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

### Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –  
Ökologisch-Demokratische Partei  
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin  
Tel.: (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

### Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,  
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00  
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01  
BIC: BFSWDE33MUE

### Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf  
100 % Recycling-Papier gedruckt.

## VORSCHAU

# ÖkologiePolitik im November 2016

### Ressourcenwende

Im Banne des Klimawandels geraten andere Umweltprobleme aus dem Blickfeld. So gehen beispielsweise viele Rohstoffe zur Neige oder lassen sich nur noch mit erheblichen Nebenwirkungen für Mensch und Natur gewinnen. Auf der anderen Seite wachsen unsere Müllberge. Ein sparsamerer Rohstoffverbrauch wäre angebracht. Der würde auch dem Klima zugute kommen, denn Abbau, Transport und Verarbeiten von Rohstoffen brauchen immer Energie. Wird die durch Verbrennen fossiler Energieträger gewonnen, entsteht als „gasförmiger Müll“ CO<sub>2</sub>. Aber egal, ob der Müll gasförmig oder stofflich ist: Seine Vermeidung ist ein Kernaspekt umweltgerechten Wirtschaftens. Es gilt, unsere Wirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft umzugestalten.

## TERMINE

So. 21.08.2016	Landesparteitag der ÖDP Brandenburg (in Potsdam)
So. 21.08.2016	Vortrag „TTIP und die Auswirkungen auf Kommunen“ von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP (in Potsdam)
Di. 23.08.2016	Vortrag „TTIP und die Auswirkungen auf Kommunen“ von Prof. Dr. Klaus Buchner MdEP (in Rostock)
Sa. 03.09.2016	Landesparteitag der ÖDP Rheinland-Pfalz (in Mainz-Lerchenberg)
So. 11.09.2016	Kommunalwahlen in Niedersachsen
So. 18.09.2016	Landesparteitag der ÖDP Nordrhein-Westfalen (n.n.)
Sa. 01.10.2016	Landeshauptausschuss der ÖDP Bayern (in Erding)
Sa. 08.10.2016	Bezirksparteitag der ÖDP Oberbayern (in Murnau)
Sa. 15.10.2016	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart)
So. 19./20.11.2016	ÖDP-Bundesparteitag (in Bonn)

